206. Dienstag, den 4. September 1866. 206.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 2. Septbr. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Den Geheimen Legations- und vortragenden Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Abeken zum Wirklichen Geheimen Legationsrath; sowie den Geheimen Bergrath Bendemann zum Geheimen Ober-Bergrath und die Geheimen Regierungsräthe Windhorn und Boretius zu Geheimen Ober-Regierungsräthen zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, 3. September Nachmitt. Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Generalgouverneurs, durch welche alle öffentliche Versammlungen zur Besprechung politischer Angelegenheiten für die Dauer des Kriegszustandes im Königreich Sachsen verboten werden.

Der Ministerwechsel in Frankreich.

Schon gestern bemerkten wir, daß wir der Ersetzung des Herrn Drouyn de L'huis durch den Marquis v. Moustier, bisherigen Gesandten in Konstantinopel, eine für Preußen günstige Deutung geben. Diese Auffassung wird heute durch alle Blätter bestätigt, welche sich über den Ministerwechsel äußern. Daß es sich dabei bloß um den Zweck handele, diejenige Person in die Nähe des Kaisers zu ziehen, welche beim Ausbruch der Verwicklungen im Orient am besten geeignet wäre, den Kaiser zu informiren, ist unwahrscheinlich, da sich dies auf anderem Wege erreichen ließ, und im Gegentheil ein in die Verhältnisse der Pforte eingeweihter Gesandter jetzt, wenn seine anderweite Verwendung nicht dringlicher war, wohl gerade auf seinem Posten bleiben mußte.

Aber der Kaiser wollte Preußen den Beweis seiner friedlichen Absichten geben und beruft darum den Mann in das auswärtige Amt, der Frankreich sieben Jahre hindurch (von 1853 bis 1860) am Berliner Hofe vertreten hat und dort persona grata ist. Der Ministerwechsel ist, nach der Meinung der „Berl. Börs. Ztg.“, ein officielles Desaveu der in Frankreich vorhandenen preußenfeindlichen Strömung, ein völliger Bruch mit den im Kabinet des Kaisers hin und wieder auftauchenden östreichischen Sympathien und ein energischer Protest gegen die kriegs- und gloirelustigen Stürmer, die noch vor Kurzem lauter als je die Erwerbung der Rheingrenze für Frankreich forderten.

„Es ist freilich — fährt das Blatt fort — nicht zu leugnen, daß auch die bisherige Haltung des französischen Kabinets trotz der östreichfreundlichen Gesinnung des Ministers des Auswärtigen zu keinerlei ernstlichen Besorgnissen für Preußen Veranlassung bot, denn weniger als in irgend einem anderen Lande gelten zur Zeit in Frankreich, wo der Wille des Kaisers allein den Ausschlag giebt, persönliche Sympathien oder Antipathien der Minister. Der Personenwechsel wird daher keineswegs einen Systemwechsel in der auswärtigen Politik zur Folge haben, und nicht in dieser Beziehung messen wir ihm irgend eine Wichtigkeit zu. Sein Schwerpunkt liegt unsers Erachtens darin, daß der Kaiser dem eigenen Lande und der vielfach gegen Preußen feindselig erregten Stimmung gegenüber mit aller Entschiedenheit seinen Standpunkt kennzeichnen will. Das Verbleiben des Herrn Drouyn de L'huys im Amte konnte der kriegerischen Stimmung eines Theils der französischen Nation einige Nahrung bieten, man konnte über die wirklichen Absichten des Kaisers in Zweifel sein und der noch auf engere Kreise beschränkte Haß gegen Preußen konnte durch die Agitationen eines Theils der Presse und der der kaiserlichen Regierung feindlichen Parteien leicht bedenkliche Dimensionen gewinnen. Gegenwärtig weiß man nun, daß diese Bestrebungen keine Aussicht auf Erfolg haben und daß die Politik des Kaisers mit großer Entschiedenheit sich auf anderen Bahnen bewegt. In der That darf man im Interesse des Friedens, wie im beiderseitigen Interesse Frankreichs und Deutschlands dieser politischen Klugheit und Mäßigung des Kaisers vollen Beifall zollen, mag dieselbe auch zunächst nur durch das eigene dynastische Interesse des letzteren veranlaßt sein. Denn daß der Kaiser Napoleon in dem Könige von Preußen den naturgemäßen Beschützer des kaiserlichen Prinzen für die Thronfolge in Frankreich erkennt, und daß schon seit dem Besuche des Königs Wilhelm in Compiegne in dieser Beziehung bestimmter formulirte Zusicherungen existiren, als man vielleicht annimmt, daß auch die Verabredungen in dieser Richtung neuerdings noch präcisere Fassung erhalten haben, ist eine Annahme, der man in unterrichteten Kreisen vielfach begegnet. Gerade deshalb aber dürften die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen sich wahrscheinlich auch noch inniger gestalten, und soll denn auch die Reise des Grafen Bismarck nach Biarritz, und zwar schon in allernächster Zeit, trotz der officiösen Versicherungen des Gegentheils, beschlossene Sache sein. Alsdann dürften die Grundzüge für die zukünftige entente cordiale der beiden Staaten noch weiter zur Feststellung gelangen.“

Ohne in diese diplomatischen Mysterien eindringen zu wollen, darf doch die Thatsache nicht übersehen werden, daß der bevorstehende Ministerwechsel unserer Regierung schon eine Woche vorher vertraulich avisirt war und eine Pariser Korrespondenz der offiziösen „Nord. Allg. Z.“ schon vor dem Bekanntwerden des kaiserlichen Schreibens über den Rücktritt und den Nachfolger des Herrn Drouyn ziemlich zutreffende Mittheilungen macht.

Der Pariser Korrespondent der „Kreuzzeitung“ hält es für unbestritten, daß nur die deutschen Angelegenheiten die Entlassung des Ministers veranlaßt haben. Die Ansichten desselben seien zwar nicht in wesentlichen Punkten mit denen des Kaisers auseinander gegangen, aber er habe Vorbehalte in Berlin zu machen gewünscht, die der Kaiser nicht für opportun gehalten. Der Rücktritt des Herrn Drouyn werde, meint das Blatt, nichts destoweniger zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beitragen.

Die „Nordd. Allg.“ hält sich reservirt. Sie spricht dem scheidenden Minister ihre Anerkennung aus, freut sich aber, in der Kenntniß der deutschen Frage, wie sie der Marquis v. Moustier auf seinen neuen Posten mitbringe, ein Pfand zu haben, daß auch unter der Leitung dieses Staatsmannes die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich die herzlichsten bleiben, und bekennt sich schließlich zu den Worten der neuesten „Opinion nationale“:

„Das Schicksal Europa's hängt in der That von der Freundschaft der vier großen civilisirten Völker Frankreichs, Deutschlands, Englands und Italiens ab. Und die Urheber von Verwirrungen, um diese so natürliche Allianz zu stören, sind sehr blind oder sehr schuldig.“

Das Verlangen nach der Rheingrenze hat in Frankreich merklich nachgelassen. Nur „La France“ und die anderen legitimistischen Blätter setzen ihr Geschrei noch fort. Wir glauben, daß es nur geschieht, um dem Kaiserthum Verlegenheiten zu bereiten. Das „Journal de Débats“ äußert sich ganz im Gegensatze zu seinen noch vor wenigen Tagen gegen Preußen ausgeschütteten Bissigkeiten.

„Meint man, die Politik müsse heute sein, was sie unter dem alten Regime gewesen, ein Staat dürfe nur daran denken, wie er sich vergrößere und alsdann die anderen verhindere, ein Gleiches zu thun; er müsse alles, was seinen Nachbarn zuwächst, als einen Schaden für sich selbst betrachten und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen? Verlangt man das, so möge man es ungescheut sagen. Diese Politik würde nicht das Verdienst der Neuheit, wohl aber der Klarheit haben. Es würde schwer halten, sie mit dem Nationalitäts-Princip, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit dem modernen Recht, das an die Stelle des alten getreten, und mit den Grundsätzen von 89 in Einklang zu bringen. Eine Uebereinstimmung würde schwer herzustellen sein; aber einzeln betrachtet und für sich genommen, bildet diese Politik ein logisches Ganzes. Sie hat Anfang, Mitte und Ende. Ihr Ursprung ist die menschliche Selbstsucht, die sich von den Regeln der Moral losgesagt hat, ihr Zweck ist das Eigeninteresse und ihre Mittel findet man des Breiteren im Machiavell erörtert. Nun wohl! Wir glauben, daß diese Politik viel von ihrer Machtsphäre verloren hat und wir wünschen, daß sie dieselbe eines Tages ganz und gar verliere. Diese Hoffnung wird von vielen einsichtsvollen Leuten gehegt. Sie wird vielleicht getäuscht werden, aber sie macht unserem Zeitalter Ehre und man darf sie nicht entmuthigen. Wir sehen, trotz einer gewissen Mißstimmung, welche zu verhehlen kindisch sein würde, wie die öffentliche Meinung begreift, daß in dem, was in Deutschland vorgeht, im Grunde nicht Alles ungerecht ist; trotz vieler tadelns- und bedauernswerther Handlungen, besteht doch ein großer Unterschied zwischen Preußen, das sich mit den engsten Banden den verschiedenen Gliedern des deutschen Stammes anschließt, und Oestreich, das die italienischen Völker bedrückt, oder Rußland, das die Polen zermalmt. Ein Gefühl der Billigkeit mischt sich in die noch herrschenden nationalen Vorurtheile. Nicht diese, sondern jenes Gefühl ermuthigen wir und schämen uns nicht, dies offen zu gestehen. Frankreich, das seine nationale Einheit trotz aller Hindernisse begründete, schon längst die Einheit Englands zu zerstören verzichtete und der Einheit Italiens wohlwollend zu Hülfe kam, kann die Einheit Deutschlands ohne Furcht hinnehmen. Vergessen wir nicht, daß die handelnden Personen der Gegenwart mit ihren Fehlern und Mängeln von der Bühne der Welt abtreten, die Nationen aber bestehen bleiben werden. Nun, die Nationen, von denen wir hier sprechen, das sind die vier großen civilisirten Völker Europa's, und ihre Freundschaft kann von dauerhafter und heilsamer Wirkung sein für das Schicksal der Menschheit.“

Ganz ähnlich erklärt sich Vilbert im „Siècle“. Er nennt die Vergrößerungssucht Frankreichs ein barbarisches Vorurtheil und schließt: „Im Namen der französischen Nation verwerfen wir diese Lehren und erklären sie für unseres Zeitalters unwürdig.“

Trotz alledem darf Preußen sich nicht in völliger Sicherheit wiegen; denn die französische Regierung wird ihre zu wartende Stellung in der deutschen Frage nicht aufgeben. Ein Vortheil ist aber der für uns, und ihn müssen wir benutzen, daß der Kaiser uns augenblicklich in dem Vorgehen, welches zur soliden Konstituirung des norddeutschen Bundes erforderlich ist, nicht hindert, Sachsen und andere nach Paris schielende deutsche Souveräne in ihm keine Stütze finden.

Deutschland.

Preußen. = [Zu den Verhandlungen mit Meiningen; zur Guldenwährung; Verhandlungen mit Sachsen und Hessen; Rückkehr der Truppen; aus der bairischen Kammer.] Die Verhandlungen mit Meiningen haben sich zerschlagen, der Herzog will die Bedingungen nicht annehmen, welche die preußische Regierung in Bezug auf den Anschluß an das norddeutsche Bündniß zu stellen für nothwendig findet; deshalb glaubt die Regierung auch sich der Mühe überheben zu können, weiter zu verhandeln, hat aber zugleich erklärt, das im Falle die Regierung des Herzogthums auf den Erbprinzen übertragen werden sollte, die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten und dem Lande keine weiteren Opfer auferlegt werden sollten.

Vor einigen Tagen brachte die „Badische Landesztg.“ die Nachricht, daß sich nach den Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Bayern die süddeutschen Staaten, also Bayern, Württemberg und Baden dahin geeinigt hätten, statt der Guldenwährung die Thalerwährung in Süddeutschland einzuführen; hier ist nichts von dieser Absicht bekannt.

Ergebnisse der Verhandlungen mit Sachsen und Hessen liegen zur Stunde noch nicht vor; aber wohl dürfte in nächster Zeit etwas Näheres darüber bekannt werden. Die Befestigungsarbeiten für Dresden sind schon wieder aufgenommen; preußische Truppen sind zur dauernden Besatzung bestimmt und in Frankfurt a. O. werden, wie wir hören, sächsische Truppen erwartet.

Die ersten preußischen Truppen, welche aus Böhmen in die Heimath zurückgekehrt sind, wurden in Görlitz, Ratibor und anderen Orten mit Hochs auf den König und den Grafen Bismarck empfangen und haben stets auf das Lebhafteste in diese Hochs eingestimmt.

In den Kundgebungen der bayrischen Kammer findet man ein erfreuliches Zeichen dafür, daß trotz aller Hetzereien von Seiten der Partikularisten und trotz aller Intriguen des Auslandes dennoch die Verbindung zwischen Süd- und Norddeutschland immer bessere Aussichten gewinnt und jedenfalls viel bessere hat, als Manche annehmen mögen; diese Kundgebungen sind spontan, fast unerwartet und daher desto bedeutungsreicher.

△ Berlin, 3. September. Jetzt, wo nach Beendigung des Krieges die Werke des Friedens wieder mehr hervortreten, wendet man auch der Pariser Weltausstellung wieder größere Aufmerksamkeit zu. Es war schon früher mitgetheilt worden, daß die äußeren Gallerien des Ausstellungs-Lokales zu Verkaufsläden, Erholungs-Lokalen u. s. w. eingerichtet werden sollten; von Preußen war remonstrirt worden, weil der Raum nicht entbehrt werden konnte und man hatte sich endlich dazu verstanden, dem preußischen Raume einen Theil zu lassen, jedoch unter der Bedingung, daß er des Abends erleuchtet würde, damit das Ganze ein gleichmäßiges Aussehen bekäme. Jetzt hat abermals die französische Kommission die Forderung gestellt, daß dem Publikum gestattet werden solle, durch die ganze äußere Gallerie durchgehen zu können. Für die Erholungslokale war dies natürlich, geht das Publikum aber in den preußischen Theil hinein, so hat es auch Eintritt in den übrigen Raum; dadurch würden aber Diebstähle möglich, weil hier grade die werthvollsten Sachen liegen und ist deshalb die Forderung gestellt worden, die preußische äußere Gallerie durch eine von oben bis unten gehende Wand abzutrennen, und hat man sich hier entschlossen, dies zu thun; dadurch trat aber ein anderer Uebelstand hervor, nämlich, daß die Arrangements, welche für die Aufstellung der Gegenstände getroffen waren, ganz umgeworfen werden müssen, da man nicht die Absicht hat, werthvolle Gegenstände in diesen Räumen zu lassen; es sollen also nur solche dort aufgestellt werden, welche keinen Werth haben, wie Wein, da die Flaschen keinen Wein, sondern nur Flüssigkeiten und Etiquetts enthalten, während der Wein selbst in Lagerräumen liegt, Glaskisten mit Wollproben u. dgl. — Die vermehrte Arbeit hat es nun nöthig gemacht, auch noch neue Arbeitskräfte anzustellen.

Da ferner für Preußen, Oestreich und die übrigen deutschen Staaten drei gleich große Räume zur Disposition gestellt waren, der jetzige Krieg aber die Verhältnisse geändert, so sind Verhandlungen mit den, diesseits des Main gelegenen Staaten eröffnet, damit sie sich alle in dieser Angelegenheit unter Preußens Führung stellen möchten. Wie man hört, wollen diese Staaten auch der preußischen Aufforderung entsprechen, nur Sachsen scheint auch in dieser Beziehung eine exceptionelle Stellung einnehmen zu wollen. Es steht zu erwarten, daß in der nächsten Zeit in Berlin Bevollmächtigte zu einer Besprechung dieser Angelegenheit zusammentreten werden.

— Das dem gestern gebrachten, zwischen Preußen und Oestreich abgeschlossenen Friedensvertrage angeschlossene Protokoll lautet:

Protokoll,

betreffend die Auslieferung der Kriegsgefangenen und die Räumung des kaiserlich königlich östreichischen Territoriums durch die königlich preußischen Truppen.

Zur Ausführung der Artikel 3 und 12 des am heutigen Tage geschlossenen Friedensvertrages sind die hohen Kontrahenten über folgende Bestimmungen eingekommen:

1) Am dritten Tage nach der Ratifikation des Vertrages werden in östreichisch Oderberg (Bahnhof) sämmtliche königlich preußische Kriegsgefangene, und von demselben Tage ab ebenda die kaiserlich königlich östreichischen Kriegsgefangenen in Echelons von ungefähr 1000 Mann ausgeliefert, die sich in den nächsten Tagen (nicht mehr als sechs Echelons innerhalb 24 Stunden) folgen.

2) Die in den böhmischen Festungen und in Olmütz vorhandenen königlich preußischen Kriegsgefangenen werden, sobald die Nachricht von der Ratifikation dieses Vertrages in diesen Festungen einlangt, an den der Festung nächsten königlich preußischen Truppentheil übergeben werden.

3) Von beiden Armeen werden in östreichisch Oderberg Kommissarien stationirt, welche die Auslieferung, so weit sie in Oderberg stattfindet, besorgen und den Eisenbahntransport von Oderberg nach Süden gemeinsam feststellen. Kaiserlich königlich östreichischerseits wird in östreichisch Oderberg ein Truppenkommando von ungefähr 200 Mann zum Zweck der Uebernahme und Verpflegung stationirt werden.

4) Nichttransportfähige, kranke Kriegsgefangene verbleiben in den beiderseitigen Lazarethen unter der für die einzelnen Truppen reglementsmäßigen Behandlung und Verpflegung, bis ihre Auslieferung in Oderberg möglich wird.

5) Die aus der Kranken-Verpflegung der zurückbleibenden Kriegsgefangenen vom dritten Tage nach der Ratifikation ab erwachsenden Kosten werden beiderseits nach den in beiden Armeen reglementsmäßigen Lazareth-Verpflegungs-Sätzen liquidirt und erstattet.

6) Zur Ausführung der binnen 3 Wochen nach der Ratifikation dieses Vertrages zu bewirkenden Räumung des kaiserl. königl. östreichischen Territoriums wird königlich preußischerseits der Landstrich südlich der Linie Napajedl-Brünn-Iglau-Tabor (ausschließlich der genannten Orte) am 7. Tage, und am 15. Tage nach der Ratifikation alles Land geräumt sein, welches südlich der Eisenbahnlinie Pilsen-Prag-Littau und weiter einer geraden Linie von Littau bis zur Mündung der Oppa in die Oder liegt. Zur möglichen Beschleunigung dieser Räumung wird königlich Preußischerseits bereits die Zeit zwischen Unterzeichnung und Ratifikation dieses Vertrages zu vorbereitenden Maßregeln benutzt werden.

7) Die kaiserlich königlich östreichischen Truppen werden während der Räumungsfristen bei der Wiederbesetzung des Landes im Abstande von drei Meilen von der Queue der königlich preußischen Kolonnen sich halten. Die Zeiten des Nachrückens auf jeder Marschlinie bleiben hiernach der Verständigung der beiderseitigen Befehlshaber überlassen.

8) Die Benutzung der über Pilsen nach dem Königreich Baiern führenden Bahnlinie wird kaiserlich königlich östreichischerseits für die königlich preußischen Militär-Transporte behufs Räumung Böhmens zugestanden.

9) Der königlich preußischen Armee verbleibt während der Räumungsfristen die uneingeschränkte Verfügung über die in ihren Besetzungs-Rayons liegenden Eisenbahn-Linien zum Rücktransport von Truppen und Kriegs-Material, unter Anwendung des am 17. August dieses Jahres endgültig festgestellten Uebereinkommens, d. d. Brünn vom 1. August c. Als Grundsatz wird festgehalten, daß auch während der Räumung auf allen Eisenbahn-Linien täglich ein Zug in jeder Richtung für den öffentlichen Verkehr bestehen bleibt; nur unvorhergesehene Störungen der Militär-Transporte könnten für den betreffenden Tag eine Außerkraftsetzung dieses Grundsatzes rechtfertigen.

10) Von dem auf die Ratifikation folgenden Tage ab übernimmt die königlich preußische Regierung alle Kosten der Verpflegung für die königlich preußischen Truppen, welche dagegen in den von ihnen besetzten Territorien freies Quartier ohne Verpflegung erhalten.

Den für die königlich preußischen Truppen erforderlichen Vorspann sind die Ortsbehörden verpflichtet zu gestellen, wofür von den Truppen baare Vergütung nach dem kaiserlich königlich östreichischen, jetzt gültigen Vorspanns-Normale sofort zu erfolgen hat. Dieses Normale ist im Besitz der Landes- und Ortsbehörden.

11) Die nicht transportfähigen Kranken der königlich preußischen Armee verbleiben in den Militär-Lazarethen resp. Orts-Krankenanstalten, so weit erforderlich, unter Aufsicht und Behandlung königlich preußischer Militär-Aerzte.

Die kaiserlich königlich östreichische Regierung verspricht für die sorgsamste Behandlung der Zurückgebliebenen Veranstaltung zu treffen, so wie daß den zur Krankenpflege nöthigen Requisitionen der Aerzte nach Thunlichkeit entsprochen werde.

12) Die königlich preußischen Armeekommandos werden noch vor der Räumung den kaiserlich königlichen Statthalterschaften von Böhmen resp. Mähren und Schlesien durch Vermittlung der königlich preußischen General-Gouvernements in Prag resp. Brünn ein Verzeichniß der zurückzulassenden Kranken, unter Angabe des Ortes, wo dieselben liegen, zugehen lassen.

13) Behufs Uebergabe der Lazarethe in Brünn, Prag, Pardubitz und Königinhof werden am Tage der Räumung dieser Städte an den genannten Orten Kommissare der beiderseitigen Armeen zusammentreten und unter Aufnahme eines Protokolls die Uebergabe vollziehen.

14) Die für die Kranken erwachsenden Verpflegungskosten werden Seitens der königlich preußischen Regierung nach den für die kaiserlich königlich östreichischen Truppen feststehenden Reglements auf erfolgende Liquidation ungesäumt erstattet werden.

Prag, den 23. August 1866.

(gez.) Werther. (gez.) Brenner.

Erklärung.

Die Regierungen von Preußen und Oestreich, von dem Wunsche geleitet, die Eisenbahnverbindungen zwischen ihren beiderseitigen Gebieten zu vermehren, haben aus Anlaß der Friedensverhandlungen die unterzeichneten Bevollmächtigten beauftragt, nachstehende Erklärung abzugeben, welche am heutigen Tage in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und ausgewechselt wurde:

1) Die kgl. preußische Regierung verpflichtet sich, die Herstellung einer Eisenbahn von einem geeigneten Punkte der schlesischen Gebirgsbahn bei Landshut nach der östreichischen Grenze bei Liebau in der Richtung auf Schwadowitz zuzulassen und zu fördern, wogegen die kais. östreichische Regierung ihrerseits die Herstellung einer Eisenbahn von einem geeigneten Punkte der Prag-Brünner Eisenbahn bei Wildenschwert bis zur preußischen Grenze bei Mittenwalde in der Richtung auf Glatz in gleicher Weise gestatten und fördern wird.

2) Die kais. östreichische Regierung wird, wenn die kgl. preußische es in ihrem Interesse finden sollte, die Führung der schlesischen Gebirgsbahn nach Glatz über Braunau gestatten, ohne eine Einwirkung auf die Leitung des Betriebes der in ihrem Gebiete belegenen Strecke dieser Bahn in Anspruch zu nehmen, wobei jedoch die Ausübung aller Hoheitsrechte vorbehalten bleibt.

3) Die zur Ausführung dieser Eisenbahnen erforderlichen Einzel-Bestimmungen werden in einem besonderen Staatsvertrage zusammengefaßt werden, zu welchem Behufe Bevollmächtigte beider Regierungen in kürzester Frist an einem noch näher zu vereinbarenden Orte zusammentreten werden.

Prag, den 23. August 1866.

(gez.) Werther. (gez.) Brenner.

— Der „Köln. Ztg." wird von hier telegraphirt: „Der Großherzog von Hessen-Darmstadt begnügte sich nicht, wegen der Abtretung von Homburg, Meisenheim und Biedenkopf Schwierigkeiten zu erheben. Gerüchten zufolge trägt man sich in Darmstadt mit der Hoffnung, daß ein europäischer Umschwung ein Königreich Hessen begründen werde. Preußischerseits sollen die Territorial-Forderungen bezüglich Hessen-Darmstadts neuerdings erhöht worden sein, wobei auch namentlich die Lage des preußischen Wetzlar berücksichtigt ist. — Wegen Sachsens durchkreuzen sich mannigfache Einwirkungen und Intriguen. Man hofft, daß sie wirkungslos bleiben und Preußen seine Forderungen aufrecht erhalten werde."

— In Württemberg soll eine gänzliche Umgestaltung des Heerwesens auf der Basis der drei Faktoren Linie, Reserve und Landwehr (nach preußischem Muster) in Aussicht stehen. Das bisherige Centralisationssystem der Armee (Garnisonen nur in Städten) soll aufgehoben und eine Vertheilung der Kadres über das ganze Land eingeführt werden.

— Nach der Anzeige, welche den General-Kommando's zugegangen, tritt die Demobilisirung der Armee mit dem 1. September in Kraft. Damit fallen dann die Mobilisirungsgelder und die Feldzulage fort. Die Landwehr wird entlassen, die Linie dagegen bleibt bis zum 1. Januar in kriegsmäßiger Stärke.

— Von Donnerstag den 6. September ab ist auch die Stettiner Eisenbahn durch Militärtransporte der Art in Anspruch genommen, daß 12 verschiedene Züge bis auf Weiteres in Wegfall kommen.

— Die Berlin-Hamburger Bahn sieht sich, wie die betreffende Kundmachung erklärt, der Militärtransporte halber außer Stande beim Güterversand in nächster Zeit die reglementsmäßigen Lieferfristen einzuhalten.

— Die östreichischen Zollbeamten in Oderberg, wahrscheinlich weil ohne Weisungen aus Wien, betrachten die bisherigen Zollverträge als erloschen und erheben beim Waaren-Ein- und Ausgange die höheren östreichischen Zölle.

— Auf den böhmischen Schlachtfeldern, schreibt die „Politik", ist gegenwärtig eine große Menge preußischer Officiere mit Vermessung derselben zum Zweck des Entwurfes genauer Karten und Schlachtpläne beschäftigt. Es ist deshalb bekanntlich von Preußen eine eigene Militär-Kommission nach Böhmen gesandt worden, an deren Spitze die Generale Hartmann, Blumenthal, Stoß, Schweinitz und Witzleben stehen. Außer den Militärgeometern sieht man auf den Schlachtfeldern auch mehrere Zeichner und Photographen aus Deutschland und England, welche die genannten Gegenden für die illustrirten Zeitungen aufnehmen.

— Der kgl. Botschafter am kaiserl. französischen Hofe, wirklicher Geh. Rath v. d. Goltz, ist gestern früh hier eingetroffen.

— Der General-Postdirektor v. Philipsborn wird dem Vernehmen nach seine diesjährige Erholungsreise dazu verwenden, sich durch persönliche Einsicht Kenntniß von dem Zustande der Postverwaltungen in den neu erworbenen Ländern zu verschaffen. Die Abreise soll in etwa 8 Tagen erfolgen.

— Der Einzug unserer siegreichen Truppen in Berlin soll nun bestimmt am 20. und 21. September stattfinden und zwar durch das Brandenburger Thor. Die zwei Tage sind wohl wegen der großen Zahl der Truppen nothwendig.

— Seitens der Stadt wird zu Ehren der heimkehrenden Truppen in der Turnhalle in der Prinzenstraße ein Festmahl veranstaltet, zu welchem 1000 Mann geladen werden, und wobei jeder Rang vertreten ist. Man hofft dabei auf das Erscheinen Sr. Majestät des Königs, der königl. Prinzen u. s. w. Gleichzeitig ist, wie der „V. Z." mitgetheilt wird, beschlossen worden, alle einziehenden Soldaten zu bekränzen, und soll das dazu erforderliche Material am Tage des Einzuges auf Wagen nach dem großen Stern geschafft werden. Die Vorbereitungen zu den Einzugsfeierlichkeiten werden bereits in der ganzen Stadt in großartiger Weise getroffen; auch in dem vor dem Oranienburger Thore belegenen Stadttheile sind dieselben in vollem Gange; die ganze Straße soll mit Mastbäumen, die die preußischen Farben tragen, bepflanzt und diese durch Guirlanden u. s. w. verbunden werden.

Breslau, 3. September. Der königliche Sanitätsrath und Direktor der hiesigen orthopädischen Anstalt, Herr Dr. Klopsch, ist gestern Nachmittag nach kurzen schweren Leiden im 45. Lebensjahre plötzlich gestorben. Die Krankheit, der er erlag, war ein Leber- und Magenleiden, das sich schon im Laufe des letzten Jahres wiederholt in gefährlichster Weise bei ihm eingestellt hatte. (Bresl. Ztg.)

Neisse, 31. August. In der Nacht vom 29. zum 30. d. Mts. entwichen abermals 24 Mann östreichische kriegsgefangene Soldaten aus dem Zeltlager bei der Ziegelbarriere. Im Laufe des gestrigen Tages wurden indeß bereits wieder 8 Mann eingebracht, welche in den umliegenden Dörfern ergriffen worden waren. Bei der guten Verpflegung, der mäßigen Arbeit (täglich nur 5 Stunden), und der nahen Aussicht auf Auslieferung an Oestreich würde man sich wundern, daß dieselben überhaupt noch Fluchtversuche machen, doch soll gegen die Gefangenen demnächst in Oestreich Untersuchung eingeleitet werden, wobei dieselben über die Art, wie sie in Gefangenschaft gerathen sind, sich rechtfertigen müssen. (Br. Z.)

Oestreich. Prag, 31. August. Der Abmarsch der Preußen beginnt am 5. September nach großen Dimensionen. (Pr.)

Brünn, 30. August. Am Schlusse der von dem Gemeinde-Ausschuß am 29. d. Mts. abgehaltenen Sitzung ward eine Zuschrift Sr. Durchlaucht des Herrn General-Gouverneurs Herzog von Ujest überbracht, welche der Herr Vorsitzende den Mitgliedern allsogleich bekannt gab, nachstehenden Inhalts:

An Herrn Oberbürgermeister Dr. Giskra, Hochwohlgeboren, hier.

Eine der letzten Pflichten, welche ich hier zu erfüllen habe, ist die Sorge für die pietätsvolle Erhaltung der Gräber unserer in den hiesigen Lazarethen verstorbenen braven Krieger. Es ist heute auf dem Obrowitzer Friedhofe, wo die Mehrzahl derselben ihre letzte irdische Ruhestätte gefunden, unter angemessener Feierlichkeit ein einfaches Denkmal eingeweiht worden, und soll auf meine Anordnung Bedacht genommen werden, auch die anderen Plätze, wo preußische Soldaten begraben liegen, ähnlich auszuschmücken.

Wir übergeben bei unserem nahe bevorstehenden Abgang von hier die Gräber unserer tapferen Kameraden der Fürsorge der verehrlichen städtischen Behörde von Brünn in der vertrauensvollen Erwartung, daß der Tod alle Gegnerschaft ausgleiche.

Brünn wird die irdischen Reste der hier einem schnellen Tode anheimgefallenen preußischen Soldaten um deswillen nicht weniger in Ehren halten, weil sie die Waffen gegen Oestreich getragen haben. Erlauben Sie mir, Ihnen, hochgeehrtester Herr Oberbürgermeister, die Obhut über die preußischen Grabstätten noch besonders mit der Bitte ans Herz zu legen, damit Ihr uns so vielfach bewiesenes wohlwollendes Entgegenkommen zum letzten Male zu bethätigen. Brünn, 28. August 1866.

Gezeichnet:
Der königl. preußische Generalgouverneur für Mähren:
Generallieutenant Fürst zu Hohenlohe,
Herzog von Ujest.

Diese Zuschrift ward von den Ausschußmitgliedern mit freundlicher Zustimmung zur Kenntniß genommen.

Baiern. München, 3. September. Der Feldmarschall Prinz Karl von Baiern ist gestern Nacht mit den Officieren und Beamten des Hauptquartiers hier eingetroffen. Die Demobilisirung der Armee soll alsbald erfolgen.

† Nürnberg, 31. August, In der bairischen zweiten Kammer stimmten für ein sofortiges enges Bündniß mit Preußen von 133 Abstimmenden 122 mit Ja! und nur 11 mit Nein! — Noch größer war der Sieg der bisherigen Minorität bezüglich des momentan untergeordneten Antrags auf energische Beschleunigung innerer Reformen, voran der radikalen Umgestaltung der Heeresverfassung, sowie Vorlage eines freisinnigen Schulgesetzes! Für den Antrag stimmten 128, gegen den Antrag nur 5 Stimmen. — Der Münchener Glückshafen vor dem Karlsthor zum Besten der verarmten Unterfranken hat 1780 Fl. ergeben. — Der Münchener Magistrat hat das Gesuch der Wirthe u. s. w., das Oktoberfest abzuhalten, abgelehnt.

Nassau. Wiesbaden, 1. September. Der von deutschen Mittel- und Kleinstaaten gebildete Verband, der zu dem Zweck hergestellt war, getrennt von Preußen 1867 die Pariser Ausstellung zu beschicken, ist auseinandergegangen und die eingesetzte Centralkommission hat sich aufgelöst. (Köln. Ztg.)

Schleswig-Holstein.

Flensburg, 31. August. Nachdem schon zuvor ein Kommissär der preußischen Bank hier Erkundigungen eingezogen hatte, ist heute der Bankpräsident von Dechend hier angekommen, um mit mehreren Kaufleuten wegen der Frage der Errichtung einer Filialbank Rücksprache zu nehmen. Derselbe reiste von Flensburg nach Kiel weiter. (Flensb. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 2. September, Abends. Ein Telegramm aus Valentia meldet, daß es dem „Great Eastern" gelungen ist, das Atlantische Kabel, welches im Jahre 1865 gelegt wurde, wieder aufzufinden und die Verbindung des Kabels mit dem „Great Eastern" herzustellen.

Frankreich.

Paris, 1. September. Der „Patrie" wird aus Wien vom 28. August geschrieben: „Oestreich scheint im Augenblicke, ungeachtet der ernsten Lage, in welcher es sich befindet, weniger wegen seiner eigenen Angelegenheiten besorgt zu sein, als wegen der Ereignisse, die sich in der Türkei vorbereiten. Man trifft Anstalten, um gegen alle Eventualitäten geschützt zu sein.

Schweiz.

— Die Leiche des verunglückten Dr. Hugo Wislicenus ist endlich aufgefunden worden. Die „Neue Glarn. Ztg." berichtet darüber: „Sonnabend Vormittag durchforschten die Führer Th. Thut, Vater und Sohn, und Jost Zweifel zuerst den sogenannten Absturzgletscher von Tödi gegen die Biferten. Man traf sichere Spuren, daß Wislicenus sich hier durchgearbeitet hatte. Die Führer machten sich dann gegen die Grünhornhütte (vom schweizerischen Alpenklub gestiftete letzte Station unter dem Haupte des Tödi, etwa 8000 Fuß hoch) und etwa zwei Steinwürfe weit von der Hütte entfernt entdeckten sie in einer Rinse unterhalb des Weges einen männlichen Körper, theilweise überschneit. Es war nach der Beschreibung der vermißte W. Er lag auf dem Rücken, den Kopf oben, in einer Lage, die annehmen ließ, daß er seit dem Tode von einer kleinen Lawine weiter gestoßen worden. An dem Wege oben nach dem Grünhorn fand man das Reisebuch und andere Habe des Verunglückten. Der Leichnam zeigte keine tödtliche Verletzungen, blos eine leichte Hautwunde am Schädel und viele Schürfungen an den Händen. Nach Gutachten der Finder und der Aerzte ist W., wie es in der Todesanzeige des Vaters heißt, am 8. d. auf dem Wege von der obern Sandalp nach der Grünhornhütte durch ein furchtbares Unwetter überfallen worden und durch einen Sturz eine Rinse und einen Felsenhang herab, vielleicht bei schon eingetretener Nacht, entweder unmittelbar oder, zunächst nur betäubt, durch Hinzutreten der Kälte um sein Leben gekommen."

Italien.

Florenz, 28. August. Man sagt, Italien habe die in Aussicht stehenden günstigen Friedensbedingungen zu einem großen Theile den Bemühungen des Grafen Bismarck zu verdanken und es ist gewiß, daß die Beziehungen zwischen Preußen und Italien wieder sehr gut geworden sind. Graf Bismarck ist ohne Zweifel darauf bedacht, sich nicht so leicht den in Italien gewonnenen Halt aus der Hand winden zu lassen, besonders wenn Frankreich hier, wie es den Anschein hat, die östreichische Allianz an die Stelle der preußischen setzen möchte. Daß Italien mit Oestreich bald in die naturgemäßen, freundnachbarlichen Beziehungen treten wird, ist gewiß sehr erfreulich; aber bis zu einer italienisch-östreichischen Allianz unter französischer Aegide, die im geeigneten Augenblicke gegen Preußen eine Koalition ins Feld führen würde, ist es doch noch ein weiter Weg. Italien fühlt sehr wohl, daß es am besten durch Anlehnung an Preußen alle fremde Bevormundung abschütteln kann. — Es ist jetzt so gut wie ausgemacht, daß Italien nur mit dem Reste der lombardisch-venetianischen Specialschuld belastet wird. Es macht dies gegen die von Oestreich aufgestellte Quote einen Unterschied von 200 Mill. Frcs. Die Beziehungen zu Oestreich nehmen übrigens eine solche Gestalt an, daß man dem Gerüchte von der Vermählung des Prinzen Humbert mit der Tochter des Erzherzogs Albrecht eine ernstliche Bedeutung beizulegen anfängt. — Garibaldi sehnt sich, sobald wie möglich nach Caprera zurückzukehren. Er wird von seinem Hauptquartiere weder nach Florenz noch nach einer anderen großen Stadt kommen, sondern sich sofort nach seiner Insel einschiffen. Die Freiwilligen werden der Regierung wohl noch einige Mühe machen. Sie hatten nach einem früheren Versprechen gehofft, vor ihrer Entlassung noch einen sechsmonatlichen Sold zu erhalten. Die Regierung verlangt aber jetzt für diesen Sold auch noch eine sechsmonatliche Dienstzeit, wozu die meisten sich nicht mehr verstehen wollen.

— Die „Italie" vom 29. August erklärt, daß zwischen der italienischen Regierung und dem Hofe zu Rom keine Unterhandlungen im Gange sind, auch keine Gründe vorhanden seien, solche anzuknüpfen. „Die Politik Italiens gegenüber der päpstlichen Regierung ist sehr einfach. Italien wird die Konvention mit vollkommenster, pünktlichster Gewissenhaftigkeit zur Ausführung bringen, mit allem ihrem Einflusse dahin wirken, daß die Ruhe in Rom nicht gestört werde, und im Uebrigen die weiteren Ereignisse abwarten."

Im „Diritto" vom 28. August heißt es, die französischen Diplomaten seien beflissen, zwischen Italien und Oestreich eine enge Allianz zu schließen.

Der Mailänder „Secolo" sagt, der König Viktor Emanuel habe das diplomatische Korps ersucht, ihn bei seinem Einzuge in Venedig zu begleiten, was denn auch wohl geschehen werde.

Rußland und Polen.

Petersburg, 2. September. Nach einem Telegrammm des „Invaliden" vom 21. August entsendeten die Aufständischen im Kaukasus eine Deputation, um ihre Unterwerfung anzukündigen und die Ergebung in die über sie zu verhängende Strafe auszudrücken.

☐ Aus Polen, 29. Aug. In Kalisch geht man damit um, neben dem bereits bestehenden pädagogischen Gymnasium und der Töchterschule noch eine specifisch deutsche höhere Knabenschule unter der Benennung Kreisschule zu errichten. Die nöthigen Fonds sind bereits vorhanden und die Genehmigung der Regierung wird wohl erfolgen.

Eine Deputation, welche wegen der Ausführung der Bahn von Lodz über Sieradz und Kalisch nach der preußischen Grenze in Warschau Vorstellungen gemacht, ist mit der Weisung abgefertigt worden, nicht weiter auf eine Sache zu dringen, die im Augenblicke ganz unberegt bleiben müsse, da noch zu viele Bedenken vorliegen. Wenn die Bahn auf preußischer Seite von Breslau aus über Oels nach Ostrowo an die hiesige Grenze zur Ausführung kommt, werde die Regierung schon von selbst daran denken, die direkte Verbindung derselben mit den Fabrikorten zweckmäßig herzustellen. Die für den Oktober in Aussicht gestandene Aufhebung des Belagerungszustandes wird leider nicht eintreten, da wieder neuerdings Verhaftungen vorgekommen sind.

Wie man jetzt mit Bestimmtheit hört, wird die Verwaltung nach der neuen Eintheilung des Landes erst im Januar beginnen; wahrscheinlich will man vorher die erforderliche Anzahl qualificirter Russen als Beamte zur Hand haben, um die neu entstehenden Stellen mit solchen ausreichend besetzen zu können. Die Vorstellung, welche höchsten Orts wegen Aufrechthaltung der strengen Grenzsperre von dafür Interessirenden eingereicht worden war, ist unberücksichtigt den Petenten zurückgeschickt worden, und die einzige Erwiderung darauf ist die Verhängung einer Stempelstrafe von 250 Rubel S., die sofort eingezogen worden ist. Es scheint sonach doch, als ob die Tage der Grenzsperre gezählt wären.

Von der polnischen Grenze, 27. August. Aus unterrichteter Quelle wird mitgetheilt, daß das Centralkomité der demokratischen polnischen Emigration eine Petition an den Kaiser Napoleon beschlossen habe, worin er gebeten wird, die polnische Sache unter seinen besonderen Schutz zu nehmen und sie auf die Tagesordnung des nach der Meinung der Petenten in Aussicht stehenden europäischen Kongresses zu bringen. — Die russische Regierung hat unlängst durch ihren diplomatischen Agenten in Rom, Herrn Kapnist, dem apostolischen Stuhl eine Sammlung authentischer Dokumente überreichen lassen, welche sich auf die amtliche Wirksamkeit des zur Kanonisation designirten ehemaligen Bischofs von Plock, Josephat Burcewicz, beziehen und ein sehr nachtheiliges Licht auf dieselbe werfen. Diese im vorigen Herbst in russischen Blättern veröffentlichten Dokumente sind dem ehemaligen polnischen Reichsarchiv entnommen und liefern den Beweis, daß der genannte Bischof ein sehr habsüchtiger und herrschsüchtiger Mann war und sich der verwerflichsten Mittel, wie Vermögenskonfiskation, Einkerkerung, Hinrichtung u. s. w. zur Bekehrung der griechisch-katholischen Reußen zur römisch-katholischen Kirche bediente. Die Ueberreichung dieser Dokumente ist in der ausgesprochenen Absicht geschehen, den Papst von dem Vorhaben der Heiligsprechung des Bischofs Josephat Burcewicz abzubringen, welche Absicht auch wohl erreicht werden dürfte. Wie schon früher bemerkt, ist die Heiligsprechung dieses Bischofs der russischen Regierung insofern nicht gleichgültig, als dieselbe von der polnischen Bewegungspartei als eine kirchlich-politischen Demonstration gegen Rußland angeregt ist. — Die schon früher beabsichtigte Erweiterung und Verstärkung der Fortifikationswerke der Festung Neu-Georgiewsk (Modlin) wird jetzt zur Ausführung gebracht. Zu diesem Zwecke ist ein um die Festung gelegenes Areal von 50 Morgen angekauft worden. Es liegt in der Absicht der russischen Regierung, diese am Einfluß des Bug in die Weichsel gelegene Festung zu einem Hauptwaffenplatz zu machen, der offenbar mehr gegen den innern, als gegen den äußern Feind gerichtet ist. — Zur Förderung der Russificirung der polnischen Bauern hat die russische Regierung für die Dorfschaften im Königreich Polen polnische Elementar- und Lesebücher mit russischen Lettern drucken lassen, von denen bereits 10,000 Exemplare verbreitet sind. (Ostf.-Ztg.)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

(5. Sitzung vom 3. September.)

Eröffnung 12 Uhr 25 Min. Die Tribünen sind schwach besetzt; die Bänke des Hauses sehr schwach; es ist kaum beschlußfähig.

Am Ministertisch Handelsminister Graf Itzenplitz, Justizminister Graf zur Lippe und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Der Präsident theilt mit, daß die Herren Geh. Rath Klützow und v. Tettau-Tolcks in das Haus eingetreten sind; er begrüßt dieselben Namens des Hauses. — Nach Mittheilung der aus dem Abgeordnetenhause überwiesenen Vorlagen wird beschlossen, für das in nächster Zeit aus dem Abgeordnetenhause herüberkommende Reichswahlgesetz, sowie für das zu erwartende Invalidengesetz nach Schluß der Sitzung besondere Kommissionen zu wählen.

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode: M. H. Es liegt mir noch ob, Ihnen einen Bericht abzustatten Namens der Kommission zur Ueberreichung der Adresse an Se. Majestät den König. Die Adresse wurde am 19. d. M. von der Deputation überreicht, und die Kommission in allergnädigster und huldvollster Weise von Sr. Majestät empfangen; Se. Majestät hat uns beauftragt, dem Herrenhause seinen besonderen Dank für die Adresse und die Gesinnungen auszusprechen, die in derselben niedergelegt sind.

Außerdem hat uns Se. Majestät den Befehl ertheilt, dem Herrenhause insbesondere dafür seinen Dank auszusprechen, daß es mit unerschütterlicher Treue für die von ihm selbst ins Leben gerufene Armee-Reorganisation mitgewirkt hat. Se. Majestät sprach zu gleicher Zeit die Hoffnung aus, daß Gottes Gnade, die so sichtlich über uns gewaltet in dem an schweren Opfern, aber auch an großen Siegen reichen Krieg auch ferner über uns walten werde, damit aus der blutigen Saat reiche Früchte für Alle entsprießen möchten, auch für diejenigen Länder, deren bisherige Führer zu entsetzen und die Länder selbst mit Preußen zu verbinden, er sich habe entschließen müssen." Ich glaube, m. H., daß wir diese Erklärungen Alle mit einem: „Das walte Gott!" entgegennehmen, und daß wir Sr. Majestät unseren Dank dafür aussprechen, durch ein begeistertes: Se. Majestät unser allergnädigster König lebe hoch!

Das Haus stimmt in den Ruf dreimal ein.

Der Präsident theilte darauf mit, daß, da der Bericht über die Wuchergesetze nicht die durch die Geschäftsordnung vorgeschriebene Frist von 3 Tagen in den Händen der Mitglieder gewesen sei, dieser Punkt für heute von der Tagesordnung abgesetzt werden müßte.

Er erbittet jedoch die Ermächtigung vom Hause, in der nächsten Zeit aus Zweckmäßigkeitsgründen diese Frist nicht immer beobachten zu dürfen. Die Ermächtigung wird ihm ertheilt.

Es wird nunmehr zur Tagesordnung übergegangen.

Die beiden ersten Gegenstände der T.-O.:

1) Bericht der Finanz-Kommission über die Verordnung wegen Abänderung der Tarasätze für Zucker;

2) Den Gesetz-Entwurf wegen Ausgabe von Talons zu den Rentenbriefen und zu den Schuldverschreibungen der Paderbornschen und Eichsfeldschen Tilgungskasse;

werden nach kurzen Bemerkungen der Referenten, Herren Engels und Dr. Schubert ohne Debatte erledigt, dadurch, daß das Haus den Anträgen der Kommission gemäß beschließt, die verfassungsmäßige Zustimmung zu den betreffenden Verordnungen zu geben.

Der dritte Gegenstand der T.-O. ist der Bericht der Finanz-Kommission über den 15. und 16. Bericht der Staatsschulden-Kommission. Referent ist Herr v. Meding.

Die Kommission beantragt, das Herrenhaus möge über sämmtliche vorgelegte Rechnungen die Decharge ertheilen.

Nach einer kurzen Motivirung dieses Antrages durch den Referenten wird der Kommissionsantrag ohne weitere Debatte angenommen. Die Sitzung wird sodann um 1 Uhr geschlossen; nächste Sitzung morgen 12 Uhr. T.-O. Das heute vertagte Wuchergesetz. Auch die auf heute angesetzte geheime Sitzung fiel aus, da, nach Mittheilung des Präsidenten verschiedene sachliche Gründe eine Verschiebung derselben auf die nächste Woche wünschenswerth machten.

Haus der Abgeordneten.

(12. Sitzung vom 3. September.)

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind dicht besetzt. Am Ministertisch die Minister v. d. Heydt, v. Selchow, Graf zu Eulenburg und die Regierungkommissare Mölle und Wollny.

Präsident v. Forckenbeck theilt die Namen der Mitglieder mit, welche heute vor der Plenarsitzung in den Abtheilungen für die besondere Kommission zur Berathung des Invalidengesetzes gewählt sind. Es sind die Abgg. v. Bonin (Vorsitzender), Stavenhagen (Stellvertreter), v. Köller (Schriftführer), Cornely (Stellvertreter), v. Wedell, Triacca, v. Kardorf, Harkort, v. Selchow, Dr. Hummel, v. Bunsen, v. Knobelsdorf-Brenckenhoff, Schulte-Westhoff.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und setzt die Berathung über die Indemnitätsertheilung fort. Nach der Rednerliste hat zunächst das Wort für den Antrag der Budgetkommission, für die Ertheilung der Indemnität und die Bewilligung des Kredits für 1866 der

Abg. Dr. Achenbach. Der Abg. Michaelis hat sich an die rechte Seite des Hauses gewandt mit der Aufforderung, doktrinäre Auffassungen aufzugeben. Ich bin mir keiner doktrinären Auffassung bewußt; ich fasse den Art. 99. so auf, wie er lautet, und stimme auch darin zu, daß die sicherste Garantie der Volksrechte in ihrem weisen und mäßigen Gebrauche liegt. Zumal soll das Abgeordnetenhaus bedenken, daß bei der Feststellung des Budgets seine Pflichten besonders schwer wiegen, und daß seinen Rechten hier eine Schranke gesetzt ist in den verfassungsmäßigen Befugnissen des Königs. Gerade vom Standpunkte der Pflicht aus kann das Haus die Indemnität nicht verweigern wegen eines Konfliktes, der zugleich die Ursache großer Erfolge ist. Möge die Linke den Standpunkt der Negation verlassen und im Verein mit uns die frischen Wege des Fortschritts wandeln! (Große Heiterkeit). Ein frischer Zug des Lebens geht gegenwärtig durch die Welt, überall werden Bausteine zu neuen Schöpfungen zusammengetragen, wollen nicht auch Sie Theil daran nehmen? Freilich die großen Thaten, deren Zeugen wir gewesen, sind wider Ihren Willen geschehen, aber ist das ein Grund für Sie, auch zu den Konsequenzen sich abwehrend zu verhalten? — Der Abg. Gneist scheint in der letzten Sitzung in einer eigenthümlichen Stimmung gewesen zu sein. Er hat über alle Dinge und einige andere gesprochen und zwar mit einer so asketischen Auffassung, von der ich nicht weiß, ob sie zusammenhängt mit seiner Auffassung von Adam und der Erbsünde. Gewiß aber ist, daß durch seine ganze Rede ein elegischer Zug, eine Art Sehnsucht nach der guten alten Zeit geht. Der Kommissionsbericht genügt ihm nicht, unsere Verwaltungsbeamten sind ihm Präfekten, unsere Gerichte Regierungskommissionen; die Verfassungsurkunden sämmtlicher deutschen Staaten sind ihm so werthlose Institute, daß, wenn sie weggeblasen werden, kein Hahn danach kräht. Und alle diese Uebelstände sollen durch ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz gehoben werden, denn die Interpretationen der Minister seien die Quellen derselben! Ich selbst, als verfassungstreuer Staatsbürger, beschränke mich darauf, gegen eine solche niedrige Auffassung der Verfassung hiermit öffentlich Protest einzulegen. Er sagte ferner, gegenwärtig ruhe unser Staat allein auf seinem Beamtenstande, und doch hat er diesen Stand in unerhörter Weise angegriffen. Nein, wäre unser Beamtenstand wirklich in solcher Fäulniß, wie er ihn darstellt, so würde derselbe nichts vertreten können, aber noch haben wir Gott Lob unsere alten, kerntüchtigen Beamten. Der Herr Dr. Gneist sagt ferner, die Verfassung sei nichts weiter, als ein Stück Papier, und doch ereifert er sich gegen die Indemnität, weil damit die Verfassung verletzt werde. Dagegen spricht er sich für die Bewilligung des Kredits aus, ganz gegen seine alten Grundsätze, nach denen nur einem Ministerium, zu dem man Vertrauen hat, irgend ein Kredit bewilligt werden darf. Er ruft die Gerichte zur Entscheidung des Konflikts auf, und doch hat gerade, wenn überhaupt Einer, so er, das Vertrauen zu den Gerichten zu erschüttern versucht. Ich will das Gewebe dieser Widersprüche nicht weiter verfolgen und nur noch fragen: hat denn ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz in Frankreich 1848 und vorher den Thron vor dem Sturze und das Volk vor wirklicher Präfektenwirtschaft geschützt? Gott Lob, die Behauptungen des Herrn Dr. Gneist sind durch die großen Thaten unseres Volkes auf's Glänzendste widerlegt worden, eine Nation, die so Großes vollbringen kann, die bewundert wird auf beiden Hemisphären, die besitzt nur gesunde, lebenskräftige Organe. Meine Herren, geben Sie Ihren Widerstand gegen die Vorlage auf, vereinigen Sie sich mit uns auf dem neu gewonnenen Boden der Verhältnisse. Und so lassen Sie mich mit einem Vorgange aus dem Alterthum schließen. Als Thrasybul, aus seinem Vaterlande Athen vertrieben, wieder siegreich dorthin zurückkehrte, schlugen ihm seine Freunde vor, gegen seine früheren Feinde Verfolgungen eintreten zu lassen, er that aber das Gegentheil, er brachte ein Gesetz ein: ne quae praeteritarum rerum mentio fieret. Meine Herren. Auch bei uns ist eine derartige oblivio am Platz, genehmigen Sie vorliegendes Gesetz und lassen Sie uns dann in einmüthigem Zusammengehen auf den neugeschaffenen Zuständen weiter arbeiten. (Bravo rechts, Zischen links).

Abg. Freiherr v. Hoverbeck: Ich bin mit dem Vorredner für einen mäßigen Gebrauch unserer Rechte. Er hält aber das schon für einen unmäßigen Gebrauch, was wir überhaupt erst für Gebrauch halten. Es ist sehr leicht, dem Auslande gegenüber das scheinbare und unwahre Schauspiel der Einigkeit aufzuführen, wenn man sein gutes Recht aufgeben will. Ich habe dazu keine Lust. (Bravo links.) Ich habe in der vorletzten Sitzung das Budget verworfen und hätte es in der letzten auch verworfen; aber der Majorität kann man unmäßigen Gebrauch ihres Budgetrechts nicht vorwerfen. Sie hat nur überflüssige und ungesetzliche Ausgaben gestrichen und die zur Fortführung der Staatsgeschäfte nothwendigen Gelder einer Regierung bewilligt, gegen welche sie das größte Mißtrauen hatte. Wir sollen mit dem Vorredner jetzt den Weg des frischen fröhlichen Fortschritts wandeln. Das Wort Fortschritt bedeutet allerlei; aber dasjenige, was wir auf die inneren Verhältnisse anwenden, auf den Ausbau und die Durchführung gesetzmäßiger Zustände, umdeuten wollen in einen Fortschritt, der uns einige Millionen Einwohner mehr und eine glänzendere Stellung nach Außen schafft, das halte ich für sehr gefährlich, wenn darunter die inneren Rechte des Landes leiden sollen. Wenn uns ferner die Wucht der Verantwortung entgegen gehalten wird, so erkennen wir ja ebenso die Thatsachen an und freuen uns über die gewaltige Kraft des preußischen Volkes, welches trotz der inneren Differenzen den äußeren Feind so glänzend besiegt hat; aber wir sind weit entfernt von einer Machtanbetung. Preußen wäre verloren, wenn es diesen Weg auf die Länge ginge. (Bravo links. Zischen rechts.) Dann hat der Abgeordnete Gneist verschiedene Anfechtungen erfahren; er braucht zwar meine Unterstützung nicht, aber Eines will ich doch bemerken. Wenn in seiner Rede allerdings eine Sehnsucht nach der guten alten Zeit nicht zu verkennen war, welche der Vorredner als nicht verfassungsmäßig zu bezeichnen beliebt, so erwidere ich, daß keine Verfassung immer noch sehr viel besser ist, als eine Verfassung, die nur auf dem Papier steht und auf jede Weise fortinterpretirt wird. (Bravo links.) Wenn ein Volk keine Verfassung hat, so kann es sich noch eine erringen; hat es aber eine und muß es ruhig mit ansehen, wie sie fortinterpretirt wird, so reißt eine gewaltige moralische Verderbniß ein. (Bravo links.) Ich muß nun noch eingehen auf die Rede des Herrn Ministerpräsidenten. Ihr Ton ist versöhnlich und ich wünsche ebenso zu erwidern. Wenn ich dennoch einiges Herbe berühren muß, so liegt die Herbigkeit in den Thatsachen. Ich theile die Ansicht des Abg. Virchow: erst stellt durch alle Instanzen, durch Uebereinstimmung aller Faktoren und durch Publikation in der Gesetzsammlung die verfassungsmäßigen Zustände her und dann kommt mit der Indemnität. Ferner handelt es sich hier nicht, wie der Ministerpräsident sagte, um einen Friedensschluß, sondern um Ertheilung der Indemnität, welche nachgesucht wird als Anerkennung, daß gegen das Gesetz gefehlt worden ist: es wird Befreiung von der Strafbarkeit und Verantwortlichkeit gefordert. (Bravo rechts. Widerspruch links.) Dann versichert uns der Hr. Ministerpräsident, daß er nicht aus Verlegenheit Indemnität nachsuche und beruft sich darauf, daß die Fluth im Innern jetzt zu seinen Gunsten gehe. Ich acceptire das Bild, insofern auf die Fluth die Ebbe folgt. Wenn er sagt, er glaube nicht, daß man ihn anklagen, und sicher nicht, daß man ihn verurtheilen würde, so will ich Beides zugeben; denn erstens ist das Ministerverantwortlichkeitsgesetz eben nicht vorhanden, und er weiß selbst recht gut, daß das die erste Bedingung wäre; aber selbst wenn es vorhanden wäre, selbst in der Form, wie es schon einmal durch dieses Haus gegangen ist, so ist zu bedenken, daß sämmtliche Stellen des Obertribunals von einem der Angeklagten und, wenn sie nicht ausreichen, mit Hülfsrichtern besetzt werden. (Zischen rechts. Bravo links.) Daß man dem Herrn Ministerpräsidenten nicht Furchtsamkeit vorwerfen kann, gebe ich zu; aber ich kenne auch einen Muth der Regierung, welcher darin besteht, daß sie bereit ist, dem Volke alle seine Rechte im vollsten Umfange zu geben, damit sie dann freiwillig von ihm unterstützt werde (Bravo links.) Diesen Muth vermisse ich bei diesem Ministerium. (Bravo.)

Wenn wir unser Recht für einen faulen Frieden opfern sollen, so ist das ein schlechtes Geschäft. Ob der Herr Ministerpräsident unseren Absichten näher steht, als wir ahnen, das kann ich nicht wissen; es würde mich sehr freuen. Aber ich erlaube mir doch, an ein Sprichwort zu erinnern: den Baum erkennt man an den Früchten, und nun, meine Herren, sehen Sie sich nach den Früchten der Verwaltung im Lande um! Wenn uns ferner die Gemeinsamkeit der Arbeit in Aussicht gestellt ist, so ist das sehr schön; aber ich muß dann erst wissen, ob unsere Ziele gleiche sind und ob die Regierung im Stande ist, alle Hindernisse hinwegzuräumen, unter denen namentlich die Zusammensetzung des Herrenhauses ist. (Beifall links.)

Außerdem müßte ich auch wissen, ob alle Mitglieder des Ministeriums in diesen Intentionen einig sind, und dazu liefern uns die Erklärungen des Finanzministers gerade nicht den besten Kommentar. Die Aufforderung des Ministerpräsidenten, dafür zu sorgen, daß nicht durch diese Tribüne vernichtet werde, was Schwert und Feder gewonnen, wird, hoffe ich, hier die rechte Stelle finden; aber ich werde sie nur erst auf Grund voller Verfassungsmäßigkeit und des vollen Volksrechts und der Freiheit berücksichtigen können. (Lebhafter Beifall. Zischen rechts.)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. Lasker (für den Kommissionsantrag). Ich befinde mich mit einer Anzahl politischer Freunde in der schwierigen Lage, daß wir den Gründen unserer eigenen Parteigenossen nicht bis zur Konsequenz der Abstimmung folgen und die Motive, die andere für die Vorlage zu stimmen veranlassen, gleichzeitig nicht theilen können. Der Abg. Achenbach will für sie stimmen, weil er alles in unserem Staat vortrefflich findet. Und doch wissen Sie Alle, daß selbst nach dem glorreichen Tage von Königgrätz die kleinen Maßregeln zu Hause nach wie fort fortgedauert haben. Man glaubte den Staat retten zu müssen mit Nichtbestätigungen, mit Disziplinar-Untersuchungen gegen die, welche die Regierung in ihrer kriegerischen Politik unterstützt haben, nur nicht in der Weise, die dem Herrn Chef gefallen hat. Aber ich frage: sind die Bedingungen noch vorhanden, welche uns zwingen, den Konflikt fortzusetzen, oder können wir in der Opposition und der Vertheidigung unserer Rechte verharren, ohne daß wir gerade diese Art des Kampfes, diesen formellen Konflikt, hineintragen in die neue Zeit. Und ich antworte: aus der logischen Kette, die den Konflikt darstellt, sind alle einzelnen Glieder herausgenommen und es ist die wesentliche Basis nicht mehr vorhanden, den Kampf auf dem Gebiet des Budgetrechts fortzuführen. (Beifall rechts.) Der Abg. Gneist sieht in der Ertheilung der Indemnität die ganze Verfassung von Art. 1—119 für alle Zukunft gebrochen. Er ist eine juristische Autorität, seine Hauptkraft ist die Logik und die Schärfe der Logik. Und ich antworte ihm eben so logisch: in der Vorlage ist nur die Rede vom Budgetgesetz, ihre Annahme schützt nur gegen eine etwaige Anklage wegen der budgetlosen Verwaltung. Warum also sie ausdehnen in einer Weise, welche die kühnste Interpretation nicht billigen kann, nur um uns zu sagen: wenn ihr den Kampf um das Budgetrecht abschließt, so gefährdet ihr die ganze Verfassung! Die Annahme des Indemnitätsgesetzes bedeutet nichts anderes als: „es ist bis jetzt gegen die Verfassung gefehlt worden, aber ich habe innere Gründe, aus denen ich keinen Gebrauch machen werde von dem Anklagerecht, das mir zusteht, weshalb ich ausspreche: Das öffentliche Rechtsbewußtsein ist heut zu Tage befriedigt trotz des Verfassungsbruches." Eine begangene Schuld kann gesühnt werden durch Strafe, durch Gnade und durch Gesetz. Auf den ersten Weg verzichten wir, Gnade kann von uns nicht ausgeübt werden, so schlagen wir den dritten Weg, den des Gesetzes, ein. (Sehr gut!) Wir alle verlangen Amnestie als würdigen Abschluß glorreicher Thaten; aber würde mit ihrer Ertheilung ausgesprochen, daß politische Vergehen und Verbrechen fortan in Preußen straflos sind? Eben so wenig bestätigt das Indemnitätsgesetz den Verfassungsbruch (Zustimmung), sondern, wie man nach glorreichen Thaten Umschau hält und geneigt ist, denen zu vergeben, die früher gegen das Gesetz gefehlt haben, so thun wir dasselbe durch den gesetzlichen Ausspruch der Indemnität. Unsere Abstriche vom Militäretat betrugen 40—50 Millionen im Laufe der budgetlosen Verwaltungsjahre Wer aber hätte den Muth gehabt Angesichts dieser großen Erfolge, der thatsächlichen Vorbereitung für einen Krieg, wie er geführt worden ist, wegen der 40 bis 50 Millionen die Mittel zu verweigern? Selbst im Zweifelfalle würde ich sagen: wenn auf der einen Seite die Existenz gefährdet war und auf der andern Preußen so glorreich, mit solchen Resultaten für ganz Deutschland hervorgehen sollte, dann spielen 40 oder 50 Millionen keine Rolle für mich und wir genehmigen selbst die 108 Millionen, die der Krieg gekostet hat, ohne Widerspruch. Der Herr Abg. Gneist will bewilligen für die Zeit der Gefahr. Aber was ist für Preußen die Zeit der Gefahr? Sie beginnt mit dem Wiener Kongreß und tritt jedesmal ein, so oft Preußen aus seiner Unbedeutendheit heraustreten und für Deutschland eintreten will. Ich würde jedenfalls in Verlegenheit kommen, positiv behaupten zu wollen, daß der Herr Ministerpräsident diesen letzten Ausgang zwischen Preußen und Oestreich nicht schon seit seinem Eintritt in das Ministerium vor Augen gehabt hat. (Sehr gut!)

Der andere Grund des Konflikts war die Reorganisation der Armee. Aber wer hätte heute wohl den Muth in dieser schwankenden Uebergangsperiode ein Militairgesetz machen zu wollen? Wer will in diesem Augenblick an die Regierung die Aufforderung richten, ein Militärgesetz vorzulegen, oder auch nur für die nächste Session in Aussicht zu stellen? Ich könnte das nicht, weil ich immer noch hoffe, daß das norddeutsche Parlament und der norddeutsche Bund eine Wahrheit werden wird und dafür ist die erste Bedingung die Militaireinheit. (Sehr richtig!) Dann aber gehört das Militairgesetz vor das Parlament. Aber selbst wenn dieser Erfolg, was Gott verhüten möge, nicht erreicht wird und wir uns auf lockere Bündnisse beschränken müssen, fehlt uns das Material für ein Militärgesetz, da wir die Kräfte nicht übersehen, die uns zu Gebote stehen, und also die Lasten nicht vertheilen können.

Der dritte Grund des Konflikts, die Budgetlosigkeit, wird durch das Kreditgesetz für das Jahr 1866 aufgehoben, welches das Budgetgesetz vertritt. Nur dadurch wird es möglich, auf die Forderung zu verzichten, daß das Budget für 1866 noch in diesem Jahre vorgelegt wird. So kahl, kurz und knapp das Kreditgesetz auch ist, es bewirkt doch, daß wir uns in diesem Jahre über Budgetlosigkeit nicht beklagen können. Und so sind uns denn alle Glieder zerrissen, welche uns wider Willen gezwungen haben, den Konflikt zu erhalten. — Auch ich würde mit dem Abg. Gneist ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz mit Freuden als den Ausbau unserer Verfassung begrüßen; aber wie kann ich es gerade in dem Augenblick als eine Vorbedingung betrachten, in welchem ich sage, daß ich von dem Gesetz in diesem Fall keinen Gebrauch machen werde. (Hört! Hört!) Auch eine an sich werthvolle Garantie ist darum nicht die Vorbedingung der Indemnität, so wenig wie die Herstellung einer besseren Gemeindeordnung und Verwaltung. Meine Herren, es ist meine tiefe Ueberzeugung, daß wir nie die Freiheit erlangen werden, ehe nicht die Einigkeit in Deutschland festgestellt ist. (Sehr richtig.) Denn die Quelle aller Freiheit ist die Sicherheit des Staates. Sie selbst haben von der glücklichen Insel gesprochen, die sich ihre Verfassungsverhältnisse so gut geregelt hat. Das ist nicht die glückliche Insel in der Fabel, zu der kein Mensch Zutritt hat, sondern es ist England, das ein Verfassungsstaat werden und seine Freiheit erobern konnte, weil es von jeher gegen äußere Angriffe sicher war. Dagegen in einem gegen äußere Angriffe so unsichern Staat wie Deutschland konnte die Ueberbürdung mit Militärlasten, die Zurückdrängung alles bürgerlichen Berufs und volkswirthschaftlicher Geschäfte durch einen die höchste Stelle einnehmenden Militärstand nicht ausbleiben. Bis Deutschland einig ist, wird Europa den bewaffneten Frieden behalten. Mit Italien wird es dann den Ehrgeiz Frankreichs einschränken, alle Länder werden dann in sich gehn und sich den Aufgaben hingeben, die für die Humanität die wichtigeren sind. Dieser Aussicht hat uns der letzte Krieg näher gebracht. Darum bitte ich Sie, der Situation Rechnung zu tragen, damit man uns nicht vorwerfen könne:

„Eine große Epoche hat das Jahrhundert geboren,
Aber der große Moment findet ein kleines Geschlecht!"

(Lebhafter Beifall.)

Abg. Schulze (Berlin) (gegen den Kommissionsantrag). Der Redner weist nach, daß die neue Aera, um derentwillen zur Ertheilung der Indemnität gedrängt wird, nicht allein durch die äußeren Erfolge zu motiviren und daß sie in unserem übrigen Staatsleben noch nicht zu entdecken, daß mithin der Moment zur Ertheilung der Indemnität noch nicht gekommen ist.

Dann fährt er fort:

Ich war erstaunt, daß ich ein Mitglied des Hauses, das der Regierung näher steht als die meisten, von der „blutigen Adresse" an das Haus reden hörte. Das ist eine furchtbar ernste Mahnung mehr noch an die königliche Staatsregierung, als an das Haus. (Lebhafter Beifall links.) Sie gerade hat es mehr als wir in der Hand, ob diese Kämpfe dauernden Segen und großen Erfolg dem Vaterlande bringen werden. Man hat von Mißbräuchen der Amtsgewalt bei den Wahlen gesprochen, gerade in der Zeit der großen Schlachttage. Der Hinweis auf das vergossene Blut ist kein Hoch- und Heilighalten jener Kämpfe, für die Schmälerung der Wahlfreiheit sind sie nicht gefochten worden! (Beifall links.) Warum vereint die verstärkte konservative Partei dieses Hauses nicht ihre Stimme mit der unsrigen, daß zur Schließung des Konflikts mehr gehört, als was die Regierung bis jetzt gethan hat, daß mindestens jene kleinlichen Plackereien endlich einmal ein Ende finden mögen, um nicht fort und fort die alten Wunden wieder aufzureißen. (Sehr wahr!) Sie hätten damit eine gute Wirkung geübt und Ihrer Partei einen guten Dienst geleistet.

Der Herr Ministerpräsident hat die beherzigenswerthen Worte gesagt: „wir stehen nur im ersten Akt der Kämpfe." Da muß der Frieden mit dem Volk unbedenklich und zwar jetzt gemacht werden, nicht später, wenn die ernsten Tage der Entscheidung kommen und die Gunst der Umstände dafür vorüber ist. Der Herr Ministerpräsident will die Eigenthümlichkeiten der eroberten Staaten vorläufig schonen, aber wichtiger noch ist es durch Herstellung unserer verfassungsmäßigen Zustände ihnen die Aussicht auf das Definitivum erträglich zu machen. Soll unser Staat den Kämpfen, die ihm bevorstehen, gewachsen sein, dann muß man seine spontanen Kräfte stärken, nicht unterdrücken. Es ist, als wäre Jemand mit seiner Uhr nicht zufrieden, weil sie zu rasch geht und er nähme die Feder heraus. Dann geht sie allerdings nicht mehr zu rasch, sondern sie geht gar nicht.

Sehen Sie auf die Leistungen unserer Kommunen während des Krieges, und doch sind wir auf dem Wege, daß der größte Theil derselben durch Regierungs-Kommissarien verwaltet wird. (Beifall.) In den großen Tagen der ersten Siege wurden der Berliner Kommune sechs Stadträthe oktroyirt! Die Aufrechterhaltung des Zusammenhanges zwischen äußerer Macht und innerer Entwickelung stärkt, wie nichts anderes, gerade die Macht. Und nichts ist so geeignet, einem Volke die höchste Achtung zu gewinnen und seinen Feinden Scheu vor ungehörigen Pretensionen einzuflößen, als wenn es sich durch Erfolge ungeblendet, von der Glorie und dem europäischen Prestige unberauscht nicht abziehen läßt von dem festen Einstehen für sein inneres Recht. Das ist ein besseres Bollwerk gegen den äußeren Feind, als alle Koncentration der Verwaltung. Ein solches Volk wird die Einmischung des Auslandes nicht dulden, es wird auch verlorene Schlachten und Kriegsunglück überstehen und einen Sporn zu neuen Siegen finden. Hätte der Mann, der an der Spitze unserer Politik steht, früher in die Bahn der wirklichen Versöhnung eingelenkt, dann stünde der Ministerpräsident von Preußen in diesem Augenblick nicht vor der Mainlinie still (stürm. Beifall links, Widerspruch rechts), dann böten wir mit ganz anderen Erfolgen den Herrschern im Osten und Westen Trotz und müßten die großen nationalen Ziele nicht in zwei mühsamen von einander getrennten Stationen erreichen. (Unruhe.) Wenn es wahr ist, daß er diese Ziele stetig im Auge hat (wir wollen das nicht bezweifeln, wir müssen ja sehr bald sehen, wie die Dinge sich entwickeln), — dann wird auch der Herr Ministerpräsident nicht anders sich die Bedingung zu diesen Zielen aneignen, als daß er diesen Frieden schließt. Der würde seinem Namen und seinen großen diplomatischen Leistungen erst die Krone aufsetzen. Er würde weit über die bisherigen Friedensschlüsse hinausgehen und den wahren Frieden und Schluß aller Kämpfe bewirken. Darum helfen Sie durch Ablehnung der Indemnität, wenn Sie auch die Bewilligung des Kredits vielleicht im Auge behalten, der Regierung durch Ihr Votum klar zu machen, auf welchen Grundlagen allein — und sie sind so leicht für sie zu erreichen und durchzuführen — der Konflikt geschlossen werden kann, und Sie werden mehr gethan, der Regierung mehr bewilligt haben, als hunderte von Millionen! (Lebhafter Beifall links. Zischen rechts.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Meine Herren! Wenn die Regierung um Indemnität bittet, so hat sie dabei zwei Gesichtspunkte im Auge: erstens den Wunsch der Entlastung von einer Verantwortlichkeit, die bisher auf ihr lastetete, und dann den Wunsch nach Friedensstiftung. Was den ersten Punkt anbetrifft, so kann ich mir wohl erlauben, daran zu erinnern, daß ich vor etwa einem Jahre einmal geäußert habe: „Meine Herren! Machen Sie die Militär-Reorganisation nicht zu dem Punkt, an dem Sie Ihr Budgetrecht probiren wollen. Es wird sich dann zeigen, daß wir in der Auffassung der Budgetfrage nicht so weit auseinander sind, als es den Anschein hat." Ich glaube dieser Ausspruch rechtfertigt sich heute. Wir haben auch zu damaliger Zeit niemals die Idee von der Kammer Indemnität zu verlangen, von uns gewiesen. Wir sind uns bewußt gewesen, daß wir eine Formverletzung begangen hätten und begingen, für welche wir Indemnität nachsuchen müßten. Wir sind aber darüber nicht im Zweifel gewesen, daß damals der Zeitpunkt noch nicht gekommen war, darauf zu rechnen, daß sie zu erlangen sein würde; wir glauben diesen Zeitpunkt erst jetzt gekommen. Der Herr Abg. Lasker sagt: Wer hätte heut zu Tage den Muth, das verausgabte Geld oder die

Forderung, welche die Regierung stellte, nicht zu bewilligen! Meine Herren! Ich sage, wer hätte uns den Muth gegeben, vier lange Jahre den heftigsten parlamentarischen Kämpfen gegenüber unsere Forderung aufrecht zu halten, wenn wir nicht das Bewußtsein gehabt hätten, daß wir für eine gute, nothwendige, für eine unaufgebliche Sache kämpften. (Bravo rechts.) Von Anfang an sind wir der Ueberzeugung gewesen, daß die Machtstellung Preußens einer Rektifizirung bedürfe. Allerdings kann man sagen, der Minister-Präsident hat vor 4 Jahren diesen Ausgang seiner und unserer Bestrebungen nicht vorausgesehen, aber sie lag in unserem Willen. Wir hatten die feste Ueberzeugung, daß die Stellung, welche Preußen in Deutschland einnahm, unhaltbar sei, wir waren von einem gewissen Großmachtskitzel ergriffen. (Bravo rechts) und wir haben die Gelegenheiten wahrgenommen, die Gelegenheiten gut benutzt. Wenn Sie dies anerkennen, wenn heute von Seiten derjenigen Partei, welche die Reorganisation der Armee bekämpft hat, dergleichen Ausführungen kommen, wie die des Hrn. Abg. Lasker, Ausführungen, denen ich nur vollständig beistimmen kann, da sie dahin gehen, daß die Sicherheit des Staats die erste Bedingung zur Freiheit sei, Ausführungen, von denen ich nur wünschte, daß sie schon vor einem Jahre von dieser Tribüne vernommen worden wären, dann ist es Zeit, die Hand zum Frieden zu reichen, die Indemnität zu erbitten und seitens der Regierung Zustände zu schaffen, die sich an die Indemnitäts-Ertheilung knüpfen.

Der Herr Vorredner sagte: Hätte Graf Bismarck vor einem Jahre die Hand geboten, die er heute bietet, dann stände er unüberwindlich oder doch noch größer da als heutzutage und hätte für Preußen noch mehr erreichen können als jetzt. Meine Herren, so stehen die Sachen nicht. Hätte Graf Bismarck, hätte dieses Ministerium vor einem Jahre schon Ihnen die Hand geboten, dann wäre es nicht die Hand der Versöhnung gewesen, sondern der gestreckte Degen des Besiegten. Aber, meine Herren, die Sache hat sich so gestaltet, daß selbst von denjenigen Seiten, welche der Regierung bisher entgegen gewesen, anerkannt worden ist: die Regierung ist nicht die Besiegte, die Regierung ist stärker als zuvor, und — dennoch hat sie die Hand zum Frieden geboten, und dennoch ist aus königlichem Munde der Ruf zur Versöhnung erschallt, als die beste Garantie dafür, daß es ernstlich damit gemeint ist. Denjenigen Herren, welche heute noch der Ueberzeugung sind, daß wir mit dem Willen, die Verfassung zu verletzen, um zu zeigen, daß sie nicht auch für uns Gesetz sei, den Budgetstreit in der bisherigen Art geführt hätten, — verdenke ich nicht, wenn sie die Indemnität nicht ertheilen wollen. Aber ich hoffe, Sie haben aus den Erfolgen und aus der Wirksamkeit, die wir bisher geübt haben, ersehen, daß die Sache so nicht steht. Es ist ein großer Unterschied, ob ich mit dem Willen, das Recht zu verletzen, einen Weg betrete, auf dem da steht: „Verbotener Weg", oder ob ich den Weg nur einschlage, um auf dem kürzesten Wege einen Ertrinkenden zu retten. Im letzteren Falle, glaube ich, habe ich Recht und bin entschuldbar (Bravo! rechts.) Aus diesem Grunde, meine Herren, bin ich überzeugt, daß die Mehrzahl unter Ihnen sich dieser Einsicht nicht verschließend, der Regierung sagen wird: wir behaupten zwar, daß der Formfehler begangen sei, erklären ihn aber den Ereignissen gegenüber für entschuldbar. Meine Herren, eine größere, eine weitere und wärmere Seite hat doch aber die Indemnitätsforderung insofern, als sie die Basis für den zu schließenden Frieden zwischen der Regierung und der Volksvertretung sein soll. Die Erhobenheit der Stimme, mit welcher der Herr Vorredner unsere Zustände schilderte, ersetzt doch die Gründe nicht, die er für die Wahrheit seiner Behauptungen schuldig geblieben ist. Die Zustände im Lande sind nicht so schwarz, als er sie schilderte. (Widerspruch links.) Sicherlich nicht, meine Herren! (nach links gewendet). Sie sprechen von kleinlichen Plackereien, ich dürfte von berechtigter Abwehr sprechen. Sie verlangen thatsächliche Garantie; ich sage, die thatsächliche Garantie muß dadurch herbeigeführt werden, daß Sie den Willen zeigen, mit uns auf einem gemeinschaftlichen Boden zu arbeiten. Bewilligen Sie uns die Indemnität und bewilligen Sie uns den Kredit, so ist die Regierung moralisch gezwungen, sich mehr Ihnen zuzuwenden, als es bisher der Fall war. (Hört! rechts.) Es ist unmöglich, daß die Regierung sich einem Entgegenkommen entziehen sollte, entziehen könnte, welches ihr in dem Willen entgegengebracht wird, gemeinschaftlich für die gute Sache zu wirken. Keine Bürgermeisterbestätigung, keine Amnestie kann solche Garantien in sich tragen als die Nothwendigkeit des moralischen Zusammenhangs Ihres Entgegenkommens und unsres Handelns. Glauben Sie, meine Herren, die Sache steht nicht so, daß wir in diesem Augenblicke nur einen Waffenstillstand von Ihnen erbäten, und Sie dazu nur aufforderten, um Deutschland, um dem Auslande gegenüber die von uns übernommene Rolle mit Erfolg weiter spielen zu können. Meine Herren, es ist kein bloßer Waffenstillstand, welchen wir verlangen, sondern die Indemnität, um deren Ertheilung wir sie angehen, soll, wie Sie aus dem Munde des Herrn Ministerpräsidenten bereits vernommen haben, wirklich die Präliminar-Grundlage zu einem wahren, dauerhaften und fruchtbaren Frieden sein zwischen der Regierung und der Volksvertretung! (Bravo! auf beiden Seiten.)

Abg. v. Vincke (Hagen). M. H., als wir vor einigen Tagen die Adresse votirten, habe ich geglaubt, daß die damals von allen Parteien bewiesene Versöhnlichkeit auch in späteren Verhandlungen vorwalten würde. Aber kaum ist die Antwort Sr. Maj. des Königs verhallt, als wir uns wieder sehr lebhaft in der Diskussion befinden, so lebhaft, daß selbst ein so geistreicher Mann, wie der Herr Abgeordnete für Mansfeld, sich bewogen gefunden hat, auf Art. 41 der Geschäftsordnung keine Rücksicht zu nehmen. Das Land will ein Ende des Konflikts. Wollen Sie einen Beweis dafür haben, so brauchen Sie sich nur die jetzige Physiognomie der Bänke dieses Hauses anzusehen. Namentlich erlaube ich mir als Beweis für die veränderte Stimmung des Landes meinen geehrten Herrn Vorredner selber anzuführen; lesen Sie das vorjährige, auch von ihm unterschriebene Programm der Fortschrittspartei (Redner verliest einige Sätze desselben), hören Sie, was da verlangt wird: „Rücktritt des Ministeriums Bismarck, unbedingte Verwerfung der Politik Bismarcks, welche vom Ziele der Einigung Deutschlands weiter abführt als je." Und damit vergleichen Sie die Worte, die der Hr. Abgeordnete so eben gesprochen, worin er die „bewiesene Energie dieses großen Staatsmannes" anerkennt, damit vergleichen Sie ferner die Worte der neulich angenommenen Adresse, für die auch er gestimmt: „Von großer Bedeutung sind schon jetzt die errungenen Erfolge, und sie geben die Aussicht, daß in nicht ferner Zeit ein politisch geeinigtes Deutschland die Frucht des Kampfes sein wird." Nach diesem Bekenntniß, nach diesem entschiedenen Kontrast zwischen seinen Prophezeihungen vom vorigen Monat und seinen jetzigen Aeußerungen wird das Volk wohl Recht haben, wenn es so viel andre Männer in dies Haus gesandt hat. Das verehrte Mitglied wollte der preußischen Nation den Großmachtskitzel austreiben; die preußische Nation hat mit der Schlacht bei Königgrätz hierauf geantwortet (Bravo rechts), sie hat gezeigt, daß sie nicht blos den Kitzel in sich hat, sondern daß sie es wirklich ist. Und wenn Sie (nach Links gewendet) immer von den Siegen der preußischen Nation sprechen, so frage ich, wer hat denn dabei die Nation geführt, als die gegenwärtige Regierung. Und da ich einmal an dieser Stelle stehe, so halte ich es, zumal das von den bisherigen Rednern gänzlich verabsäumt ist, für meine Pflicht, der großen Leistungen auf dem Felde der auswärtigen Politik zu gedenken. Große kriegerische Erfolge, die sind wir gewohnt, die hatten wir selbst in unserm unglücklichsten Kriege, dem von 1806, aber was wir nicht gewohnt sind, ist, daß wir diese Siege auch gehörig benutzten. Seit dem Hubertsburger Frieden, oder eigentlich seit dem Tode Friedrich des Großen haben wir eine auswärtige Politik in Preußen nicht gekannt, sie bestand eigentlich nur darin, große Gelegenheiten unbenutzt zu lassen. Nicht einmal Stein, Hardenberg, Wilh. von Humboldt sind darüber hinausgekommen. Jetzt haben wir endlich einmal überhaupt wieder eine Politik, eine Politik dazu, die die größten Erfolge aufzuweisen hat, die den Dualismus aus Deutschland hinausgetrieben hat, und die gerade durch die große Mäßigung, die sie nach dem Siege, namentlich den süddeutschen Staaten gegenüber bewiesen, Allem die Krone aufgesetzt hat. Wenn ich die Schritte des Herrn v. Bismarck richtig verstanden habe, so war das Ziel, das er seit seinem ersten politischen Auftreten gehabt hat, das: „Los von Oestreich, Ausschluß Oestreichs aus Deutschland um jeden Preis." Das war das Ziel, das er selbst bei dem Abschlusse des Bündnisses mit Oestreich im schleswig-holsteinischen Kriege im Auge gehabt hat, auf das er losgesteuert ist trotz aller Hindernisse, namentlich auch trotz derjenigen, die Sie ihm, m. H. (nach links gewendet), in den Weg gelegt haben, daß er endlich erreicht hat, in Vollführung eines konsequenten Planes sowohl, wie in rascher Benutzung der günstigen Gelegenheit. Diesen Thatsachen gegenüber können wir uns daher nicht wundern, daß sich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung vollzogen hat, ein Umschwung, der auch in den Ansichten der Mitglieder dieses Hauses vorgegangen ist. Um Ihnen dies zu zeigen, erlauben Sie mir, Ihnen zwei Aeußerungen von auch gegenwärtigen Mitgliedern des Hauses in einer der früheren Sessionen nach den stenographischen Berichten zu citiren. Die erste rührt her von dem Herrn Abgeordneten für Neu-Stettin. Er hat gesagt: „Oestreich ist für Preußen unentbehrlich; täusche ich mich nicht, so wird ein Augenblick kommen, in dem uns der General Benedek in Berlin lieber sein wird als das geehrte Mitglied für Görlitz." Nun ich glaube, der Herr Abgeordnete hat sich damals doch wohl getäuscht, und das Mitglied für Görlitz ist uns im Ganzen doch lieber. (Heiterkeit.) Die zweite Aeußerung gehört dem Herrn Abgeordneten Schulze an, der die kleine Stadt Delitsch mit seinem Namen geziert hat. Derselbe sagte gelegentlich einer Kritik der Regierung: „Auch wenn die Regierung den Ruf nach einem Parlamente erschallen ließe, so würde sich Niemand einfinden." Ich meine, auch er wird heut zu Tage nicht mehr ganz derselben Meinung sein. (Heiterkeit).

Ich denke also, meine Herren, wenn ein so großer Umschwung sich überall vollzogen hat, so können wir doch wohl annehmen, daß die Kluft, die früher beide Seiten des Hauses trennte, jetzt ausgefüllt ist, ich denke, wir lassen die abgethanenen Dinge ruhen und halten es für unsere Aufgabe, mit dem ganzen Lande den Weg der Versöhnung zu gehen. Wenn da in Bezug auf die zu annektirenden Länder gesagt wird, dieselben würden lieber in die Annexion eintreten wollen, wenn in Preußen gesicherte Verfassungszustände herrschten, nun, meine Herren (nach links gewendet), das Ausland liest auch die Zeitung, und hat das, was von Ihnen in dieser Beziehung gethan ist, gewiß mit Aufmerksamkeit verfolgt. Aber in diesem Augenblicke gilt es, Europa das Schauspiel einer geschlossenen Einheit zu geben. Lassen wir darum alle Nergeleien fahren! Denn Niemand, das wissen Sie, tritt gern in ein Haus, wo Zwietracht herrscht; aber Viele werden sich freuen über die Resignation, welche, das glaube ich gern, viele von Ihnen (nach Links gewendet) mit der Annahme des Gesetzentwurfes beweisen werden. Bleiben Sie aber auf dem alten verbrauchten Standpunkt, so werden Sie, das seien Sie überzeugt, noch lange auf ein einiges Deutschland zu warten haben. Ich denke, wenn Sie sich die Thronrede ansehen, so hat doch das verehrte Mitglied, das meinen Namen trägt, Recht, daß es ohne Beispiel ist in der Geschichte, daß ein König nach einem siegreichen Kriege, rein aus dem Bedürfniß nach Frieden, ohne irgend einen äußeren Zwang, in dieser Weise die Versöhnung sucht. (Bewegung links.) Ja, m. H., ich appellire an Ihre Wahrhaftigkeit, ich glaube Keiner von Ihnen hat das erwartet, ich selber nicht. Nun aber, da dem so ist, nun frage ich, was wollen Sie denn mehr? Nicht einschlagen in die Hand der Versöhnung? Nicht als ersten Beweis dafür das Indemnitätsgesetz annehmen?

Die große Koncession der Thronrede war überhaupt nur in einem deutschen Staate möglich; kein romanischer Staat konnte Aehnliches vorweisen. Es ist ein Beweis einer deutschen Gesinnung, und wir werden hoffentlich mit deutscher Gesinnung darauf antworten. (Bravo.) Die Verfassung, so heilig, so hoch, so erhaben sie sein mag, ist doch mehr oder weniger nur ein Mittel zum Zweck, die Verfassung soll das Mittel sein, des Vaterlandes Wohl zu fördern und zu erheben. Aber sie kann nie über dem Vaterlande selber stehen, das wäre eine contradictio in adjecto. Und wenn es sich in diesem Augenblicke darum handelt, dem Vaterlande eine bedeutende Erweiterung zu geben, dann müssen alle anderen Rücksichten zurücktreten. Was kann es für ein größeres Zugeständniß Seitens der Regierung geben: als das: „Wir haben gefehlt." Dies hat die Regierung ausgesprochen, und wir haben nun nichts zu thun, als so eilig wie möglich dies Zugeständniß zu acceptiren. Ich verstehe auch nicht, wie man sagen kann, wir haben damit nichts Besonderes gewonnen. Von der einen Seite wird gesagt: „Das ist gar kein Entgegenkommen", nun, ich kann mir kein größeres denken. Dann wieder: „Das Budgetrecht sei nicht das einzige verletzte Recht des Landes"; das gebe ich gern zu. Ich habe dem auf die Verbesserung der inneren Zustände des Landes bezüglichen Passus mit voller Ueberzeugung meine Zustimmung gegeben. Aber wo vermissen Sie denn das thatsächliche Entgegenkommen? Die Regierung hat es zunächst bei dem wichtigsten Punkte, dem Budgetrecht bewiesen, denn Vieles Andere, das werden Sie doch zugestehen, ist jedenfalls unwichtiger. Dann haben Sie die versöhnlichen Erklärungen sowohl des Herrn Minister-Präsidenten wie des Herrn Ministers des Innern gehört, und Sie haben kein Recht die Versicherungen der Herren in Zweifel zu ziehen. (Widerspruch links.) Dann sagt wieder der geehrte Herr Abgeordnete für Mansfeld, das ganze Gesetz ist inhaltslos, was hat es für einen Sinn, die Minister von der Verantwortlichkeit zu befreien, so lange es kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz giebt." Ich denke, das Wesentliche ist doch immer die eigene Ehre; und die moralische Verantwortlichkeit der Minister für die behaupteten Verfassungsverletzungen ist doch viel wichtiger als so und so viel Jahre etwaigen Gefängnisses oder so und so viel Thaler etwaiger Geldbuße. Das ist der Inhalt, den ich in dem Gesetze finde, die Befreiung von der moralischen Verantwortlichkeit, und das halte ich überhaupt für das Wichtigste bei dem ganzen Gesetz.

Die Herren auf der linken Seite des Hauses haben von jeher behauptet, ehe nicht für die ohne verfassungsmäßige Genehmigung gemachten Geldausgaben Indemnität beantragt sei, könne von irgend einer weitereren Geldbewilligung nicht die Rede sein. In diesem Augenblicke willfährt man ihnen, man fordert im vorliegenden Gesetzentwurf erst die Indemnität und dann im Artikel 3 desselben einen neuen Kredit. Da mit einem Male heißt es, ja, den Artikel 3, den Kredit, wollen wir bewilligen, aber die Indemnität nicht. Nun, meine Herren, verzeihen Sie mir, Alles mag darin sein (Heiterkeit), aber eine logische Konsequenz nicht (bravo! rechts). Und nun tritt das Mitglied für Königsberg auf die Tribüne und greift den Herrn Finanzminister deswegen an, weil er sich auf denselben Boden stellt, wie jene Herren bisher, weil er den Kredit nur in Verbindung mit der Indemnität haben will.) (Bravo! rechts.)

Ein Anderer sagt wieder, ja, das Gesetz hat allerdings einen Inhalt, einen sehr wichtigen Inhalt, aber ehe wir es annehmen, müssen wir Garantien haben, daß dergleichen nicht mehr vorkommen kann. Und diese Garantie soll darin bestehen, das erst das Budget für 1867 vereinbart ist. Meine Herren, verfassungsmäßig ist das allerdings, aber ich frage, was ist denn das für eine Garantie? Haben Sie denn damit eine wirkliche Garantie für die Zukunft? Wer steht Ihnen denn dafür, daß nicht trotzdem 1868, 1869, in allen folgenden Jahren wieder ebenso verfahren wird, wie dies geschehen ist? Auch von einem Ministerverantwortlichkeitsgesetz kann ich mir wenig versprechen. Nein, meine Herren, die einzige wirkliche Garantie liegt darin, daß das ganze Volk ausnahmslos von jenem öffentlichen Rechtsbewußtsein durchdrungen ist, daß Abweichungen davon zu einer absoluten Unmöglichkeit werden. Ich will mich fr uen, wenn unser Volk in der Zukunft zu diesem Standpunkt gelangt. Aber hier haben wir es mit der Vergangenheit zu thun.

Man sagt endlich, es müsse am Rechte festgehalten werden. Nun das thuen wir ja Alle, ich glaube aber, wir thuen es am besten, wenn wir die Indemnität bewilligen, nur daß es den Herren, die bisher vom Konflikt gelebt haben, vielleicht nicht angenehm ist, wenn derselbe zu Ende geht. Wem nützt es denn, wenn Sie das Gesetz nicht votiren? Dem Lande? Der Verfassung? Ihnen selbst vielleicht? Nein, meine Herren, Niemandem, aber die Annahme des Gesetzes, davon seien Sie überzeugt, wird viel Vortheil nach sich ziehen.

Ich glaube, daß es sehr heilsam ist, wenn viele Parteien hier im Hause vertreten sind. Eine einseitige Parteiherrschaft ist weder zum Heile des Hauses noch des Landes, und so halte ich es für gut, wenn wir viele Physiognomien, an die wir uns gewöhnt hatten, nicht mehr als Mitglieder des Hauses sehen. Aber trotzdem glaube ich, würde sich die Regierung eine Ablehnung der wichtigsten Vorlage jetzt nicht gefallen lassen, und was dann aus Ihnen werden würde, weiß ich nicht. (Bewegung links.) Ja, meine Herren, Sie würden es bedauern, wenn Sie dann nicht mehr hier wären, ich allerdings auch. Doch ich eile zum Schluß. Lassen Sie die wechselnden Interessen des Tages nicht über die des Vaterlandes gehen. Stellen Sie den Frieden der Parteien in diesem Hause wieder her, und als ersten Akt dazu stimmen Sie für die Genehmigung dieses Gesetzes. (Lebhaftes wiederholtes Bravo rechts.)

Abg. Schulze (Berlin). Es ist hier eine Aeußerung von mir über den Großmachtskitzel citirt worden und ich hätte gewünscht, der betreffende Herr Abgeordnete hätte sich vorher erst genauer darüber informirt. Ich freue mich, daß die Regierung in der neuen Aera meinen damaligen Ausspruch rechtfertigt; denn er bezog sich auf den außerdeutschen Großmachtskitzel, während mein Streben stets dahin gerichtet war, Preußen zur deutschen Großmacht zu machen. Vor Ausbruch des Krieges handelte es sich darum, die Stimmung des Landes gegen den Krieg zum Ausdruck zu bringen —

Der Präsident entzieht dem Redner das Wort; das sei keine persönliche Bemerkuug mehr.

Abg. Michaelis. Abg. von Vinke (Hagen) behauptet, der Erste gewesen zu sein, der die Energie der Regierung anerkannt hat; ich nehme diese Ehre für mich in Anspruch. (Heiterkeit.)

Abg. Wagener. Ich bin in Betreff des Citats des Abgeordneten von Vincke in Verlegenheit, da ich mich nicht mehr auf den Zusammenhang erinnere. Wenn er sich jedoch noch weiter mit dem Lesen stenographischer Berichte beschäftigen will, so wird er finden, daß ich schon vor 3 Jahren mich dahin geäußert habe, daß Oestreich nachgeben müsse oder von uns ein Krieg bis auf's Messer geführt werden würde.

Referent Abg. Twesten: Meine Herren! Wir haben zunächst zu berücksichtigen, daß die Regierung keinen Kredit braucht und ihn dennoch nachsucht; sie wünscht also den Frieden, sie wünscht einen gemeinsamen Boden zu finden, deshalb ist es unsere Pflicht auch unsererseits entgegenzukommen. Ich habe mich über die Entschiedenheit gewundert, mit welcher der Abgeordnete Dr. Gneist gegen die Vorlage aufgetreten ist, nachdem er einen solchen Adreßentwurf eingebracht hatte. Es sind uns Folgen der Annahme der Vorlage vorgehalten worden, gegen welche wir uns verwahren müssen: wir lassen nicht von der Verfassung ab, wir legalisiren dadurch nicht das verfassungswidrige Regiment, wir schwören nicht unsern bisherigen Kampf ab; sondern wir halten jedes Titelchen des Rechts fest und bleiben unsern Grundsätzen durchaus treu; ich glaube nicht, daß die Männer der liberalen Partei, die muthigen Kämpfer der letzten Jahre, jetzt, da sich die Sache der Freiheit günstiger zu gestalten scheint, gesonnen sind, ihr Recht aufzugeben. Die Vorlage ist ferner nicht inhaltslos, verwirrt nicht die Rechtsbegriffe, sondern ist eine Genugthuung für unsere Kämpfe. Ueber die Reorganisation werden wir auch später mitzusprechen haben, und nirgends wird uns ein Verzicht auf dieses Recht zugemuthet; wir sollen nur Indemnität für die Ausgaben ertheilen. Wir geben dadurch auch kein böses Beispiel und ertheilen keinen Ablaß für zukünftige Sünden, sondern wir erhalten dadurch grade eine Sicherung unseres Rechtes. In der neuen Praxis der Kreditsuchung liegt das ebenso entschiedene, wie in der Zusicherung, daß das Etatsgesetz immer vor Beginn der betreffenden Periode vorgelegt werden soll. Wäre diese Praxis in der Vergangenheit beobachtet worden, dann hätte, glaube ich, selbst dieses Ministerium nicht den Muth gehabt, so zu handeln, wie es gehandelt hat. Darin finde ich die einzige Sicherheit für die Wiedereinführung sicheren Verfassungslebens. Sollten wir die Indemnität verweigern und den Konflikt fortsetzen? Wird dadurch mehr erreicht werden? Kann Jemand glauben, daß nach den Thaten dieses Jahres wegen Mehrausgaben für das Heer noch eine Anklage eintreten könnte? Der materielle Streitpunkt des Konflikts ist beseitigt. Bei der gesetzlichen Regelung der Frage werden wir zurückkommen müssen auf die Dienstpflicht des Einzelnen, auf die Leistung des gesammten Landes und der neuen Provinzen, für die Gegenwart aber ist das kein materieller Streitpunkt. Wir befinden uns trotz des geschlossenen Friedens in einem Kriegszustande und werden bewilligen müssen, und werden bewilligen, was die Regierung fordert um zu sichern, was gewonnen ist, das Ausland abzuweisen und der Mißgunst zu steuern. Es ist ferner ein ganz ungerechter Vorwurf gegen die Kommission, daß sie Art. 1—119 der Verfassung preisgegeben; sie hatte es nur mit Art. 99—104 zu thun. Es sollen ja mit der Annahme dieses Gesetzes nicht alle Schaden geheilt werden, sondern nur die eine klaffende Wunde des Budgetstreites. Das ist nöthig und das ist jetzt möglich; sowenig auf den Feldzug dieses Jahres eine Zeit des ewigen Friedens folgen wird, ebensowenig nach Annahme dieser Vorlage eine goldene Zeit der inneren Zustände. Nur die Sicherung der Selbstständigkeit wird da helfen. Aber die Versöhnung kann nicht warten bis die Verfassung ausgebaut ist. Wollten wir den Konflikt so lange fortführen, so würde er dauern, aber die Verfassung würde nicht ausgebaut. (Bravo.) Wenn wir die Indemnität so lange aufschieben, bis wieder verfassungsmäßig ein Budget zu Stande gekommen ist, so verweigern wir sie; denn wir haben nur jetzt die Entscheidung, nicht für die Zukunft. Der Streit berührt nun allerdings das tiefste Wesen unseres Rechtsstaates und darum werden wir immer wieder den Kampf aufnehmen, wenn es nöthig wird.

Nur das Eine kann mich bewegen, jetzt davon abzulassen, weil ich es nicht für nöthig finde, jetzt den Kampf fortzusetzen. Was würde denn die Folge sein von der Versagung der Indemnität? Die Versöhnung würde zurückgewiesen, der Konflikt würde weiter bestehen. Und mag man überzeugt sein, daß er das politische Interesse und den Rechtssinn des Volks gestählt hat, so hat er auf der anderen Seite doch auch sehr abgestumpft und Demüthigungen mit sich geführt, Verfolgungen aller Art verursacht und die Verwaltung und Justiz vielleicht auf lange Jahre geschädigt. Ebenso hat die Rückkehr zu den alten Junkermaximen und zum absolutistischen Regiment das Interesse des Staats gegenüber dem Auslande geschädigt; er hat in ganz Deutschland brennenden Haß gegen Preußen hervorgerufen. Freilich sind die Folgen nicht so schlimm gewesen, als man hätte fürchten können, aber es konnte kein Mensch vorhersehen, daß sich die Leitung, die Führung, die Vorbereitung des Krieges so streng innerhalb der Reminiscenzen der alten Reichsarmee halten würde. Außer den so dringend geforderten Garantien haben wir doch auch noch an manches Andere zu denken; wenn ich bedenke, daß Graf zu Eulenburg und Graf zur Lippe die Verhältnisse der innern Verwaltung in den neuen Landestheilen werden zu arrangiren haben, so finde ich das durchaus nicht gleichgültig, sondern gefährlich. Aber solche Möglichkeiten künftiger Streitfälle zu erwägen, halte ich für müßig. Können wir einen Schritt weiter thun, um die Macht des Hauses zur Wahrung der Volksrechte zu kräftigen, so werden wir uns damit begnügen müssen. Die Hand wird uns auf dem Boden der Verfassung zur Versöhnung geboten, wir können Frieden schließen ohne Verzicht auf irgend ein Recht, darum müssen wir darauf eingehen. Allerdings werden wir in der nächsten Zeit den Bogen nicht zu straff spannen dürfen, damit das wiedererrungene Recht nicht wieder zusammenstürze; aber wenn wir uns mäßigen, wird die Regierung auf uns Rücksicht nehmen. Die jetzige Zeit ist nicht nur geeignet zum Friedensschluß, sondern sie macht ihn nöthig; der gute Wille scheint bei der Regierung und ihrer Partei vorhanden zu sein, die Ausdehnung unserer Verfassung auf die neuen Landestheile zu ermöglichen und damit unsern Wirkungskreis zu vergrößern. Darum hoffen wir, daß auch die rechte Seite dieses Hauses nicht starr an ihren Prinzipien festhalten, sondern auf dte Thatsachen Rücksicht nehmen wird. Die Gemeinsamkeit der Aktion ist für alle unsre Ziele nothwendiger als je. Darum hat die Regierung Ursache, unsre Mitwirkung zu wünschen. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die Stimmung des Heeres, des Volkes während des Krieges und bei den Wahlen sich dahin dokumentirt hat, aus der Negative herauszutreten; das Volk ist darum nicht reaktionär geworden, sondern es wird festhalten an Recht und Freiheit und mit diesem Kriege ist sein Gefühl und Bewußtsein gewachsen. Die Frage liegt für mich einfach so: haben wir das Recht Indemnität zu ertheilen, und ist es politisch? Wäre das Erste nicht der Fall, so würde mich keine Rücksicht bewegen, sie zu ertheilen. Wegen der Erfolge der auswärtigen Politik aber darf man durchaus nicht über das Recht hinwegsehen, diesen Grundsatz acceptire ich, aber der Fall liegt eben nicht vor; wir haben das Recht, Indemnität zu ertheilen und die Regierung tritt mit uns auf den Boden der Verfassung. Bei der politischen Seite der Frage ist die Aussicht auf den Erfolg und die Stimmung des Landes das Maßgebende. Die Stimmung des Landes hat sich kundgegeben im Heer, in den Wahlen und in dem gehobenen Gefühle, das jetzt durch das ganze Volk geht. Darauf muß man Rücksicht nehmen. Auf die Freiheit dürfen wir allerdings nicht verzichten; aber ich bin überzeugt, daß das einige Deutschland dafür die beste Grundlage ist.

Wir wollen jetzt nur die frühere gezwungene Negation gegen die Uebergriffe der Regierung aufgeben; denn sie war immer ein Unglück. Die Regierung sucht unsre Mitwirkung, sie braucht sie und wird auf uns Rücksicht nehmen. Im übrigen Deutschland ist Alles, was preußisch gesinnt ist, liberal; will die Regierung da vorwärts kommen, so muß sie darauf Rücksicht nehmen. Wird die Versöhnung heute zurückgewiesen, so ist der Bruch da, so schroff wie nie. Aber die Größe der Fragen, welche wir vor uns sehen, würde mich schon über jedes politische Bedenken hinwegsetzen, denn rechtliche Bedenken sind nicht vorhanden. Ein Einzelner kann sich für sich jeder Abstraktion hingeben, das Abgeordnetenhaus kann das nicht, sonst ist es selbst unmöglich, oder der Staat. Wir sind verantwortlich dafür, daß der große Moment nicht ungenützt vorübergeht; wir würden dadurch die wichtigsten Interessen unseres Vaterlandes schädigen. Wir müssen uns dadurch bestimmen lassen, die versöhnliche Hand nicht zurückzuweisen und so die Lösung der großen Aufgaben der einen Partei zu überlassen. Ueber Sünden der Vergangenheit hinwegzusehen, dafür sind immer große Ereignisse entscheidend gewesen. Es ist jetzt ein Erfolg über alle Erwartung erreicht, es ist eine neue Epoche für die Geschicke Deutschlands eröffnet und das muß Vieles gut machen, was in der Vergangenheit gefehlt worden ist. In meinen Augen hat das Ministerium Bismarck in den letzten Jahren viel gesündigt gegen das Recht und das Rechtsbewußtsein; aber die Geschicke des letzten Jahres haben ihm die Indemnität ertheilt! Sprechen wir sie aus! (Bravo!)

Der Präsident schreitet zur Abstimmung. Art. 1 der Vorlage wird mit großer Majorität angenommen.

Zu Art. 2 beantragt Abg. Kosch eine Theilung in der Fragestellung, so daß der erste Theil gehe bis „dergestalt" und der zweite bis zu Ende; denn er sei der Ansicht, daß dieser zweite Passus überhaupt überflüssig oder materiell ...

(Fortsetzung in der Beilage.)

riell mit dem Art. 1 in Widerspruch sei. Ein Gesetz müsse aber ganz klar sein und keinen Zweifel lassen.

Abg. v. Gerlach setzt auseinander, weshalb die konservative Partei für den Gesetzentwurf stimme. Er hält die Indemnitätserklärung für eine „Unschädlichkeitserklärung" des Ministeriums. (Große Heiterkeit.) Redner verweist zur Orientirung auf eine Reihe Leitartikel der Kreuzzeitung und endet unter großer Heiterkeit und vielseitigem Bravo.

Abg. Schulze (Berlin). Man hat die Verhältnisse in die Debatte gezogen, unter deren Eindruck diese Vorlage entstanden ist und Aeußerungen von mir und meinen Freunden citirt. Wenn die Verhältnisse jetzt wieder so lägen, so würde ich ganz denselben Standpunkt einnehmen. Vor dem Kriege war die große Mehrheit des Volkes gegen den Krieg. (Widerspruch rechts.) Das war mir ein ernstes Moment, welches noch jetzt tiefe düstre Schatten auf die Erfolge wirft. Wäre das Terrain der moralischen Eroberungen nicht aufgegeben worden, so wäre das deutsche Volk nie gegen uns gewesen und die Dinge ständen heut anders. Sie haben so wenig als ich die unerhörten Erfolge voraussehen können; ich habe zwar nie gefürchtet, daß das Ende unsre gänzliche Niederlage sein könnte, aber diesen Ausgang konnte Niemand voraussehen. In Oestreich wurde auf jede Weise gehetzt und getrieben, bei uns war es das tiefe, ernste, sittliche Moment, das politische Bewußtsein und die Intelligenz des Volkes, welche uns halfen. (Bravo.) Ein Widerspruch in der Haltung liegt also in keiner Hinsicht vor. Die von mir citirte Aeußerung aus dem Jahre 1863 gebe ich vollständig zu; denn wir haben noch kein deutsches Parlament, sondern erst ein norddeutsches. Herr v. Vincke hat eine Blumenlese aus meinen Aeußerungen gesammelt, ich habe nicht die Zeit, ihm dieselbe Aufmerksamkeit zu erweisen, jedenfalls wird er wissen, daß ich jederzeit die Rechte, die Hegemonie Preußens in Deutschland vertreten habe auch zu Zeiten, wo es uns von der Regierung nicht leicht gemacht wurde. Gegenseitige Verdächtigungen führen zu Nichts. Daß das Volk in den letzten Wahlen seine Gesinnungsänderung gezeigt hat, ist nicht wahr; es wird bald erwägen und die Bilanz ziehen und ich wünsche sehr, daß sie zu Gunsten des Vaterlandes ausfällt.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Herr Vorredner hat behauptet, daß vor dem Kriege die große Majorität des preußischen Volkes entschieden gegen den Krieg gewesen sein soll. Ich glaube auch die Stimmung im Lande etwas zu kennen; und da habe ich allerdings bemerkt, daß die Stimmung nirgends kriegslustig gewesen ist; daß das Volk aber den Krieg nicht gewollt, das ist vollständig falsch. Die Stimmung ist nicht kriegslustig gewesen, weder bei unserem erhabenen Monarchen, noch bei dem letzten gemeinen Soldaten; denn man hat keinen Haß gegen Oestreich gehabt und auch keine Verachtung. Ueberall war man sich der großen Aufgabe bewußt, die man mit einem Kriege gegen einen der größten militärischen Staaten Europas übernahm. Aber von dem Augenblicke an, wo die Nothwendigkeit, Krieg mit Oestreich zu führen, hervortrat, ist sie vom Monarchen bis zum gemeinen Soldaten herab begriffen worden; sie ist in der Bevölkerung begriffen worden. — Mit großer Bescheidenheit sind unsere Truppen in das Feld gezogen, mit großer Bescheidenheit haben sie sich nach ihren glanzvollen Siegen gehalten, mit großer Bescheidenheit tritt die preußische Regierung bis diesen Augenblick auf, wo es heißt, die Früchte des Sieges nutzbar zu machen. (Bravo rechts.) Meine Herren! Unsere Tapferkeit und unsere Bescheidenheit und diejenigen Elemente im Volke, die davon beseelt sind, haben den Staat groß, geachtet, vielleicht gefürchtet gemacht, nicht diejenigen Elemente, welche vor dem Kriege geschrien haben: Keinen Bruderkrieg! keinen Pfennig diesem Ministerium! (Bravo rechts.)

Abg. v. Wedemeyer: Das Abgeordnetenhaus hat nur in formeller Beziehung noch dem Ministerium Indemnität zu ertheilen, denn in materieller Beziehung ist die Indemnität bereits ertheilt durch das Volk selbst; denn das Volk sieht ein, daß es dem Könige allein zu verdanken ist, daß das Vaterland befreit worden ist. Deswegen hat das Volk schon materiell Indemnität ertheilt, wir haben nur das formelle Siegel aufzudrücken.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird darauf angenommen, und zur Abstimmung über Art. 2 geschritten.

Auf den Antrag des Abg. Dr. Kosch wird getrennt abgestimmt, und zwar über den zweiten Theil nach „ertheilt" von „dergestalt" an zuerst; der zweite Theil wird angenommen; dagegen ein großer Theil der Fortschrittspartei und des linken Centrums.

Es wird nunmehr zur namentlichen Abstimmung über den ganzen Artikel geschritten, nachdem vorher der Präsident noch mitgetheilt, daß sich der Abg. Reichensperger wegen Unwohlsein entschuldigt habe.

Es stimmten überhaupt 309 Mitglieder; davon stimmten mit Ja 230, mit Nein 75. — 4, nämlich der frühere Finanzminister v. Bodelschwingh, der Minister des Innern Graf zu Eulenburg, der Finanzminister v. d. Heydt sowie der landwirthschaftliche Minister v. Selchow enthielten sich der Stimme.

Gegen die Vorlage haben gestimmt die Abgeordneten Dr. Alscher, Dr. Becker, Dr. Beitzke, Dr. Bender, Berger (Solingen), Bresgen, Caspers, Classen-Kappelmann, Cornely, Coupienne, Deutz, Drabich, Dr. Eberty, Ellering, Elven, Fischbach, Frentzel, Frommer, Dr. Fühling, Dr. Gneist, Gockel, Groote, Haebler, Hagen, Harkort, Herrmann, Freiherr v. Hilgers, Hobbeling, Freiherr v. Hoverbeck, Dr. Jacoby, John (Marienwerder), Keuffel, Kleinschmidt, v. Kleinsorgen, Dr. Krebs, Kreutz, Krieger (Goldap), Lazwitz, Lesse, Lucas, Marquardt, Meulenbergh, Meuser, Dr. Michelis (Allenstein), Nitschke, Nücker, Olbertz, Pauli, Pelzer, Plehn, Dr. v. Proff-Irnich, Raffauf, Reinhardt, Römer, v. Rönne, Roggen, Rohden, Runge, v. Saucken-Tarputschen, Schulte-Westhoff, Schulze (Berlin), Schwartz, Senff, v. d. Straeten, Taddel, Triacca, Dr. Virchow, Dr. Waldeck, Dr. Weber, Wendisch, Werner, Weygold, Winkelmann, Ziegler, Zurmühlen.

Art. 3 der Kommissionsvorlage (Bewilligung des Kredits von 154 Millionen) wurde sodann mit allen gegen ca. 10 Stimmen angenommen; dagegen stimmten u. A. die Abgg. Waldeck, Jacoby, Runge, Saucken (Tarputschen), Bresgen, Groote, Berger (Solingen).

Art. 4 und die Einleitung wurden sodann gleichfalls und schließlich das ganze Gesetz mit derselben Majorität, wie Art. 2 angenommen.

Die Sitzung wird darauf um 3 Uhr vertagt auf morgen Mittag 12 Uhr. Tagesordnung:

Verlesung der Interpellation des Abgeordneten v. Bonin, wegen Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht während des Friedensstandes und deren Vergütung. 2) Wahlprüfungen. 3) Mündlicher Bericht der Kommission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats über die Petition des Kreisgerichtssekretär Neubauer zu Greifenberg in Pommern, betreffend die Verbesserung der Gehälter der Justiz-Subalternbeamten. Antrag der Kommission: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Königliche Staatsregierung das Bedürfniß einer weiteren Aufbesserung der Gehälter zunächst der Unterbeamten und Subalternbeamten anerkannt und eine Befriedigung desselben nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zugesagt hat

über die vorbezeichnete Petition zur Tagesordnung überzugehen. 4) Petitionen, welche von den Kommissionen für nicht geeignet zur Erörterung in pleno erachtet worden sind.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 1. September.

Der Verbesserungsantrag des Referenten der Kreditkommission, Abg. Röpell (nicht Virchows, wie wir gestern irrthümlich schrieben), lautet:

§. 1. Der Kriegs- und Marineminister wird zu den durch den Krieg gegen Oestreich und in Deutschland veranlaßten außerordentlichen Ausgaben bis zur Höhe von 108 Millionen Thalern ermächtigt.

§. 2. Der Finanzminister wird ermächtigt, dem Staatsschatze 20 Millionen Thaler baar zuzuführen.

§. 3. Der Finanzminister hat die zu den §. 1. bezeichneten Ausgaben nöthigen Geldmittel der Militär- und Marine-Verwaltung und die nach §. 2. dem Staatsschatze zuzuführende Summe der Verwaltung des Staatsschatzes zu überweisen.

Alle diese Geldmittel sind zu beschaffen:

I. a. aus dem Bestande des Staatsschatzes zu Ende des Jahres 1865;
b. aus dem Erlöse für schon verkaufte Eisenbahnaktien;
c. aus den Verwaltungsüberschüssen pro 1865;
d. aus den Kriegskontributionen und der Kriegsbeute;
e. aus dem Erlöse für entbehrliche Pferde, welche nach der Demobilmachung verkauft werden können;
f. aus den zu erwartenden Kriegskosten-Entschädigungen;
g. aus dem Erlöse für die noch zu verkaufenden Eisenbahn-Aktien, und endlich,
h. aus dem Kaufgelde für die Westfälische Staats-Eisenbahn.

II. Durch Aufnahme einer verzinslichen Anleihe bis zur Höhe von zwanzig Millionen Thaler.

§. 4. Ueber die Bestände des Staatsschatzes kann die königliche Staats-Regierung nur nach vorgängiger Zustimmung beider Häuser des Landtages verfügen.

Die dem Staatsschatze durch die Kabinetsordres vom 17. Januar 1820 (G.-S. S. 21.) und 17. Juni 1826 (G.-S. S. 57.) übereigneten Einnahmen fließen, sobald die baaren Bestände desselben durch die fernere Einziehung und sonstige Zuwüchse über 30 (sage dreißig) Millionen Thaler erhöht werden würden, den allgemeinen Staatsfonds zu und können dem Staatsschatze zur weiteren Ansammlung nur mit besonderer Zustimmung beider Häuser des Landtags überwiesen werden.

Wenn vor dem Jahre 1870 durch kein Gesetz bestimmt wird, daß der bis dahin angesammelte Staatsschatz ferner ganz oder theilweise oder noch für eine bestimmte Zeit weiter bestehen solle, so geben die Bestände des Staatsschatzes am Ende des Jahres 1869 in die allgemeinen Staatsfonds über.

§. 5. (Wie §. 3. der Vorlage.)

§. 6. (Wie §. 4. der Vorlage.)

§. 7. Der Finanzminister wird ermächtigt, um den Erlös der §. 3. I. Littr. g. und h. bezeichneten Außenstände rechtzeitig flüssig zu machen, verzinsliche Schatzanweisungen, längstens auf ein Jahr lautend, bis zur Höhe von dreißig Millionen Thalern auszugeben.

Der Erlös dieser Außenstände wird zur Zurückziehung resp. Einlösung der Schatzanweisungen verwendet.

Die Ausgabe der Schatzanweisungen ist durch die Hauptverwaltung der Staatsschulden zu bewirken.

Ob und in welchem Betrage neue Schatzanweisungen an Stelle der eingelösten ausgegeben werden dürfen, bleibt der bei der gesetzlichen Feststellung des Staatshaushaltsetats zu treffenden Bestimmung vorbehalten.

Die Zinsen auf Schatzanweisungen verjähren binnen vier Jahren, die verschriebenen Kapitalsbeträge binnen dreißig Jahren nach Eintritt des in jeder Schatzanweisung auszudrückenden Fälligkeitstermins.

§. 8. (Wie §. 6. der Vorlage.)

§. 9. (Wie §. 7. der Vorlage.)

Der Antrag des Abg. Hagen lautet: unter Verwerfung der Regierungsvorlage vom 28. Juli 1866:

„Entwurf eines Gesetzes, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung"

folgenden Gesetzentwurf dem Hause der Abgeordneten zur Annahme zu empfehlen.

§. 1. Die durch den diesjährigen Krieg gegen Oestreich und in Deutschland entstandenen außerordentlichen Ausgaben werden, vorbehaltlich der Rechnungslegung, hierdurch nachträglich genehmigt.

§. 2. Zur Deckung der Ausgaben (§. 1.), sowie der während der Fortdauer der Kriegsbereitschaft noch entstehenden Kosten der Militärverwaltung hat der Finanzminister nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die nöthigen Geldmittel dem Kriegsminister zu überweisen.

§. 3. Diese Geldmittel sind

zunächst aus den Kriegskontributionen und den Kriegsentschädigungen, demnächst aus den Beständen des Staatsschatzes, sowie aus den verwendbaren Mitteln der General-Staatskasse zu entnehmen und im Falle des weiteren Bedürfnisses endlich durch Verwerthung der verfügbaren Effekten der Staatskasse bereit zu stellen.

§. 4. Insoweit die im §. 3 erwähnten Mittel nicht sogleich flüssig zu machen sind, wird der Finanzminister ermächtigt:

„fundirte verzinsliche Schatzanweisungen"

bis zur Höhe von 25 Mill. Thalern, längstens bis zum 1. Juli 1867 lautend, auszugeben.

§. 5. Als Unterpfand für diese Schatzanweisungen (§. 4) dienen die im §. 3 gedachten, im Besitz des Staats befindlichen, durch den Verkauf der Westphälischen Bahn in seinen Besitz tretenden Eisenbahneffekten, insbesondere der Köln-Mindener und der Bergisch-Märkischen Bahn, im Werthe von pp. 30 Mill. Thalern.

§. 6. Soweit die Versilberung der im §. 5 angegebenen Effekten erfolgt und der verbleibende Bestand nach seinem Kurswerthe den Betrag der inzwischen ausgegeben Schatzanweisungen nicht deckt, ist ein verhältnißmäßiger Betrag der letzteren wieder einzuziehen und zu vernichten.

§. 7. Die Ausgabe und Tilgung der Schatzanweisungen wird durch die Hauptverwaltung der Staatsschulden bewirkt; desgleichen liegt der letzteren die Kontrole über den zu ihrer Sicherstellung als Unterpfand vorhandenen Effektenbestand ob (§. 5 und 6).

§. 8. Die zur Verzinsung, sowie zur Einlösung der Schatzanweisungen erforderlichen Beträge sind aus den bereitesten Staatseinkünften an die Staatsschulden-Tilgungskasse abzuführen.

§. 9. Die Zinsen auf Schatzanweisungen verjähren binnen 4 Jahren, die verschriebenen Kapitalsbeträge binnen 10 Jahren nach Eintritt des in jeder Schatzanweisung auszudrückenden Fälligkeitstermins.

§. 10. Dem Landtage ist bei der nächsten Zusammenkunft desselben über die Ausführung dieses Gesetzes unter bestimmterer Angabe der Höhe der erwachsenen Kriegskosten und der Höhe der eingezogenen, beziehungsweise noch zu erhaltenden Kriegskontributionen oder Kriegsentschädigungen Rechenschaft zu geben. Soweit die Ausführung alsdann noch nicht erfolgt ist, ist die Fortdauer der im §. 4 ertheilten Ermächtigung von einer andern gesetzlichen Anordnung abhängig.

Berlin, 30. August 1866.

— Die Interpellation des Abg. v. Bonin, welche in der morgenden Sitzung zur Verlesung kommt, lautet:

„Die königliche Staatsregierung hat in den beiden letzten Sessionen des Landtages wiederholt die Erklärung abgegeben, daß sie, in Anerkennung des vorliegenden dringenden Bedürfnisses, einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Natural-Leistungen für die bewaffnete Macht während des Friedensstandes und deren Vergütung, einbringen werde, sobald die umfangreichen Ermittelungen, welche dazu erforderlich, bewirkt worden.

Es ist von vorn herein anzuerkennen, daß diese Ermittelungen während des eben beendeten großen und glorreichen Krieges nicht haben fortgesetzt und beendet werden können.

Dagegen haben die Erfahrungen während dieses Krieges gezeigt, daß auch das Gesetz vom 11. Mai 1851 wegen der Kriegsleistungen und deren Vergütung Bestimmungen enthält, welche theils unpraktisch, theils zweifelhaft sind, und zu einer eben so ungerechtfertigten als ungleichmäßigen Belastung des Landes führen.

Gestützt auf diese Erfahrungen richte ich an die königliche Staatsregierung die Anfrage:

steht bei der beabsichtigten anderweiten gesetzlichen Regelung der Natural-Leistungen für die bewaffnete Macht während des Friedensstandes auch die Abänderung des Gesetzes vom 11. Mai 1851 wegen der Kriegsleistungen und deren Vergütung in Aussicht?"

Sie ist unterstützt von über 50 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses aus der altliberalen Fraktion, dem linken Centrum und der Fortschrittspartei; aus der konservativen Partei befindet sich Graf Bethusy-Huc unter den Unterzeichnern.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 4. September. An der Spitze des gestrigen „Dz. posn." erklärt dessen verantwortlicher Redakteur, Herr Ludwig v. Zychlinski, eine Notiz des amtlichen „Dz. warsz." aus Zürich, welche lautet: Bürger Zychlinski, Red. des Dz. poz., ist am 19. August vom Central-Komité zum Hauptagenten für das Großherzogthum Posen ernannt worden, — für unwahr und rein ersonnen. Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß das Warschauer Blatt an allen Orten, wo die polnische Emigration in nennenswerther Zahl von Flüchtlingen vertreten ist, unter diesen einen Korrespondenten hat. Die Berichte beziehen sich fast ausschließlich auf die Organisation und die Verhandlungen der polnischen Vereine, ihre Absichten und Unternehmungen. Zürich ist das Hauptquartier, in welchem sich Hauke und Giller als die jetzt hervorragendsten Emigranten befinden.

— Die polnischen Blätter möchten gern die polnische Frage wieder auf die Tagesordnung bringen. Die Lemberger „Gazeta narodowa" läßt sich daher aus Paris schreiben und der „Dz. pozn." druckt es nach: Herr von Benedetti hat in Berlin die Kompensationsfrage angeregt. Darauf hat Graf Bismarck den Grafen Goltz in Paris angewiesen, die Unmöglichkeit einer Kompensation am Rhein darzulegen. Es möchte sich indeß ein anderes Kompensationsobjekt finden lassen. Der Kaiser habe wiederholt einer Wiederaufrichtung Polens erwähnt, Preußen werde dazu gern die Hand bieten. Dieses Auftrages entledigte sich Graf Goltz. Der Kaiser nahm die Andeutung sehr günstig auf und erklärte sogar, daß er diese Art der Kompensation der am Rheine vorziehe. Als jedoch in Berlin hierüber nähere Erklärungen gefordert wurden, war Graf Bismarck jedesmal verhindert, sie zu geben. Inzwischen aber sandte er eine Abschrift der französischen Depesche durch den General v. Manteuffel nach Petersburg, wo man im Begriff stand, eine antipreußische Koalition ins Dasein zu rufen. Herr v. Manteuffel bediente sich der qu. Depesche mit vielem Geschick. Das Petersburger Kabinet, die drohende Gefahr erkennend, gab seine antipreußischen Ideen auf und fand sich willig in die preußische Machterweiterung, die entente cordiale zwischen Berlin und Petersburg war wieder hergestellt. So schlug Graf Bismarck die Kompensationsgelüste des einen Nachbarn durch die des andern, das Großherzogthum Posen blieb Preußen erhalten. Die Aufregung über dieses Verfahren ist in der hiesigen Regierungssphäre groß. Was erfolgen wird, ist noch ein Geheimniß, aber die Rüstungen dauern fort.

Dies giebt der Korrespondent als verbürgte Thatsachen. Der Ministerwechsel in Frankreich bezeichnet den Werth dieser Bürgschaft.

— Aus Polen wird dem „Dziennik pozn." folgendes „Faktum" berichtet: Herr Alfred Lubienski, Besitzer von Stawiszyn unweit der Stadt Kalisch, hört eines Tages in der Nähe seiner Behausung schießen, und bemerkt auf seinen Aeckern einen russischen Kapitän mit zwei Kosaken, welche sich die Zeit mit Jagen vertreiben. Er eilt zu den Personen hin und fordert dem Kapitän das Jagdgewehr ab. Dieser übergiebt ihm dasselbe auch, besinnt sich aber, und befiehlt seinen Kosaken, es ihm wieder zu entreißen. Herr L. indeß hält sich die Kosaken fern und bleibt im Besitz des Gewehrs. Mit einer Beschwerde gegen den unberechtigten Jäger überbringt er dasselbe als corpus delicti dem General Bergmann in Kalisch, der auch die Einleitung einer Untersuchung anordnet. Inzwischen aber hat sich der Kapitän mit einer Klage gegen L. an den Gouverneur Szczerbatow gewandt, und die Folge davon ist, daß nicht der Kapitän, sondern L. bestraft wird. Er erhielt drei Tage Haft und 25 Rubel Geldstrafe.

— Sogleich nach der Rückkehr der Truppen vom Kriegsschauplatze findet eine allgemeine Dislokation derselben statt, welche auch für die Stadt Posen einige Veränderungen bringt. Es verläßt uns nämlich das 47. und das 52. Infanterie-Regiment, als Ersatz dafür erhalten wir das 37. und 50. Das 47. Regiment bleibt in der Provinz und erhält Rawitsch, Ostrowo und Krotoschin als Garnison, das 52. dagegen rückt nach dem Königreich Sachsen. Von den in deren Stelle nach Posen kommenden beiden Regimentern soll das 50. (3. niederschlesisches, bisherige Garnison Breslau) vollständig in der Stadt Posen verbleiben, während von dem 37. (westphälisches Füsilier-Regiment aus Mainz) nur ein Bataillon mit dem Regimentsstabe hier verbleibt, während die andern Bataillone für Städte in der Provinz bestimmt sind.

— Wir hatten berichtet, der Magistrat lasse seit dem Auftreten der Cholera die Gruben der städtischen Schulen desinficiren. Das ist nicht der Fall. Die Desinfektion ist zwar angeordnet, aber nicht zur Ausführung gekommen. Es geschieht in dieser Beziehung eben gar nichts.

— [Cholera.] Am 2./3. September c. erkrankten im Civil 4 starben 4. Bestand am 3. September c. im Stadtlazareth 15, im Militärlazareth 51.

— [Militairisches.] Gestern kam die 4. Reservebatterie des 5. Artillerie-Regiments nach Posen zurück. Dieselbe wurde von der hier stehenden Musikkapelle des Niederschl. Fest.-Artill. Nr. 5. eingeholt. — Morgen gehen die in der Stadt stehenden jüngeren Ersatzmannschaften des 10. Regiments, die hier seit etwa 4 Wochen exerzirt worden sind, nach Breslau, um daselbst weiter ausgebildet zu werden.

— [Im Handwerker-Verein] fand gestern nach einer Pause von mehreren Wochen wieder eine Sitzung statt. Herr Dr. Hueppe hielt einen Vortrag über Oestreichs neuere Geschichte. Nach demselben beantwortete Herr Oehlschläger eine Frage, wie man Weißblech auf kaltem Wege verzinnt, und wies nach, daß dies durch die galvanische Methode geschehen könne. — Die nächste gesellige Versammlung wird über 14 Tage anberaumt werden.

— [Der hiesige Rettungsverein] hielt vorgestern früh seine fünfte diesjährige Versammlung und Uebung ab. Die letzten Versammlungen waren wohl aus Veranlassung der Cholera nicht so stark wie sonst besucht gewesen, ja die im Frühjahr eingeführten Turnübungen hatten wegen Mangel an Theilnahme in den letzten Wochen ganz eingestellt werden müssen; die gestrige Versammlung zeigte jedoch wieder eine recht rege Betheiligung. Die an dem Steigerhause ausgeführten Uebungen und Proben legten Zeugniß davon ab, daß bereits viele Vereinsmitglieder es zu einer großen Gewandtheit und Sicherheit im Ersteigen von mehreren Stockwerken mittelst der Steige- und Enterleitern gebracht haben.

Von besonderem Interesse waren die vorgenommenen Spritzenproben unter Anwendung verschiedener Mundstücke, deren richtige Wahl und Anwendung je nach der Verschiedenartigkeit des Feuers in Bezug auf dessen Oertlichkeit, Ausbreitung ꝛc. von besonderer Wichtigkeit ist. Ganz besonders zeichnete sich die zuletzt angeschaffte, aus der Fabrik unseres Mitbürgers Cegielski hervorgegangene Schlauchspritze aus, deren zum vierten Stockwerke hinaufgezogener Schlauch auch von dort aus noch einen starken Strahl in Höhe von über 20 Fuß warf.

Für die nächste gleichzeitig letzte diesjährige Versammlung ist eine recht rege Betheiligung um so mehr dringend wünschenswerth, als in derselben mehrere wichtige Vereinsangelegenheiten zur Besprechung gelangen sollen.

— [Das Erntefestschießen] der hiesigen Schützengilde begann in diesem Jahre am 25. August c. und dauerte bis zum 1. September. Der beste Schuß fiel diesmal schon am zweiten Schießtage in den 11. Zirkel der Scheibe und war der des Bürstenbindermeisters Pägelow, der laut Statut 25 Thlr. und eine silberne Medaille am Bande erhielt. Auf die nächstbesten Schüsse fallen je 2 silberne Eßlöffel zu 2½ Thlr.

— [Unsicherheit.] Es herrscht in der Stadt seit mehreren Tagen eine Unsicherheit, als hätte uns eine ganze Diebesbande mit ihrer Gegenwart beglückt; die großen Diebstähle in den letzten Tagen liefern die schlagendsten Beweise und wir können nur Jedem dringend anrathen, mehr als sonst auf seiner Hut zu sein. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sind allein drei Geld-Diebstähle vorgekommen. Der Geldschrank des Hotelbesitzers Hrn. Mylius in der Wilhelmsstraße wurde von einem durch ein Fenster vom Hofe aus eingedrungenen Diebe geöffnet und daraus 415 Thlr. in Gold, Silber und Werthpapieren entwendet. Aus der Handlung von Segall & Tuch in der Breitenstraße wurden in derselben Nacht 120 Thlr. gestohlen. In die Konditorei des Herrn Pfitzner am Markte hatte sich Abends ein Dieb geschlichen, und als gegen 11 Uhr der Gehülfe auf kurze Zeit aus dem Laden ging, entfernte sich der Dieb mit der glücklicherweise bis auf 5 Thlr. geleerten Kasse. Vor unsern Nachtwächtern, die größtentheils große Reviere haben, sind die Diebe ziemlich sicher, um so mehr, als sich die meisten Wächter nicht gerade sehr zu beeilen pflegen, um von einem Ende des Reviers zum anderen zu kommen. Manche begehen das Revier nur selten, pfeifen vielmehr die Stunden an den Straßen-Ecken ab, zum großen Verdruß der in ihrem Schlafe dadurch oft Gestörten. Aus diesem Grunde haben beispielsweise mehrere Kaufleute in der Wronker- und Krämerstraße sich einen Privatwächter gedungen, der speziell ihre Häuser zu beaufsichtigen hat.

— [Ein Schuß] erdröhnte vorgestern Abend auf dem Sapiehaplatz

und drang durch ein Parterrefenster des Eichborn'schen Hotels in ein Zimmer. In wenigen Minuten hatte sich vor dem Hause eine große Menschenmenge angesammelt und man forschte eifrig nach dem Thäter, jedoch vergeblich. Auch in dem Zimmer war außer dem durch die Kugel entstandenen runden Loche in der Fensterscheibe keine Spur des Schusses zu finden.

— [Der Schnellläufer Itau] hat auch die zweite Aufgabe, in 30 Minuten 6 Mal um den Wilhelmsplatz zu laufen, vor einem zahlreichen Publikum, von dem 5 Blusenmänner die Beiträge einkassirten, gelöst. Herr Itau ist ein kräftiger Mann von mittlerer Größe, dessen starker Brustkasten und tüchtige Wadenmuskeln eine solche Anstrengung wohl ertragen können. In den Rundlauf wurde übrigens das Theater mit eingeschlossen.

k Buk, 1. September. Gestern Abend wurde vor dem K.schen Gasthofe hierselbst am Markte nach dem Entladen eines Fuhrwerks von Kaufmannsgütern, und während der Fuhrmann sich nur einige Minuten zur Unterbringung der Pferde entfernt hatte, in und vor dem Gasthofe sich aber noch Personen bewegten, eine Tonne Heringe gestohlen. Zur Ausführung dieses frechen, bald entdeckten Diebstahls waren drei Mann nöthig; — verfolgt, ließen die Diebe, von denen der eine aber erkannt worden, die Tonne in einer Hintergasse im Stich und ergriffen die Flucht. Der Erkannte ist der Polizei angezeigt worden und werden daher auch die andern Theilnehmer ermittelt werden.

Buk, 2. Septbr. [Schwurgericht.] Am 10. d. Mts. beginnen in Meseritz die Schwurgerichtssitzungen für die Kreise Meseritz, Birnbaum, Bomst und Buk. Es mußte allgemein auffallen, daß die Schwurgerichtssitzungen grade in einer Zeit stattfinden, in welcher die Cholera-Epidemie daselbst so stark herrscht. Daß unter solchen Umständen so mancher zur Sitzung einberufene Geschworene sich scheut der an ihn ergangenen Vorladung Folge zu leisten liegt klar auf der Hand. Und dies mit Recht, wenn man annimmt, daß in der Zeit vom 23. bis 30. v. Mts. nach den evangelischen Kirchennachrichten allein 65 Todesfälle vorkamen.

Aber auch ein anderer Grund dürfte für Wegfall der Sitzungen sprechen. Bekanntlich feiern die Israeliten am 10. und 11. d. M. ihr höchstes Fest, das Neujahrsfest, während welches sie vom frühesten Morgen bis spät Mittags in den Bethäusern zubringen. Wie wir erfahren, sind zur gegenwärtigen Schwurgerichtssitzung auch viele Juden als Geschworene vorgeladen worden.

* Konkolewo, 31. August. Der Rentier Herr G. Wittgen, welcher seit dem 7. Juni d. J. aus Newyork nach einem Zeitraume von 15½ Jahren hierher zurückgekehrt ist, hat der hiesigen Kirchengemeinde eine schöne Glocke geschenkt, welche von dem Glockengießer Herrn Schön aus Posen gefertigt ist und zu unserer ersten, auch in Posen gegossenen Glocke sehr gut paßt. Auch will Herr Wittgen unserer Gemeinde eine Thurmuhr anschaffen.

w Kempen, 31. August. [Nächste Aufgaben der Friedenszeit; Chausseen und Telegraphen, welche noch fehlen; die gehobene Bürgerschule.] Bei der Wiederkehr ruhiger, geordneter Zustände liegt es wohl sehr nahe, wieder mit allem Ernst an die seither unterbrochenen Arbeiten des Friedens zu gehen. Indem wir zugleich die Hoffnung aussprechen, daß die weitere Herstellung der Chausseeverbindung zwischen Kempen und dem Bahnhofe Trachenberg an der Breslau-Posener Bahn von den betreffenden Regierungen und Kreisen Schlesiens und Posens mit aller Rührigkeit baldigst weiter betrieben werden werde, so weit es die Umstände irgend gestatten, dürfen wir wohl die Nothwendigkeit dieser Verbindung nicht noch erst des Weiteren auseinandersetzen. Jedenfalls erhält die Chaussee Kempen-Antonin, z. B. vielleicht eine der am wenigsten befahrenen des ganzen Staates, erst dann die rechte Bedeutung für den Schildberger Kreis, wenn die Lücke von Antonin nach Militsch hin ausgefüllt sein wird. Als weiteres Bedürfniß erscheint die baldige Anlage einer Telegraphenlinie von Antonin nach Trachenberg, weil der derzeitige Telegraphenverkehr nach Posen immer noch entweder über Breslau oder Krotoschin, Kozmin oder Pleschen vermittelt werden muß. Wie nützlich hätte sich diese Linie nicht im Laufe der letzten kriegerischen Momente erwiesen. Auch nach Rawicz giebt es von hier aus noch keine bequeme telegraphische Verbindung; doch würden die hieraus erwachsenden Uebelstände durch die zu hoffende Verbindung Antonin-Trachenberg schon ihre Beseitigung finden. Die telegraphischen Anlagen lassen sich in der That so billig herstellen, daß hier der Kostenpunkt am allerwenigsten in Betracht kommen darf und daher auch noch vor Ausfüllung der Chausseelücken zwischen Antonin und Trachenberg mit der Drahtlegung vorgegangen werden möchte. Bei provis. Anlagen durch Wälder bedarf es wohl nicht allemal besonderer Stangen, da die Isolatoren sehr bequem an den Kiefern befestigt werden können. Eine Beschädigung der Anlagen ist in diesem Falle weit weniger zu besorgen, als bei den längs den Chausseen selbst hinlaufenden Drähten. — Daß der benachbarte schlesische Kreis Polnisch-Wartenberg noch immer nicht Miene macht, die von Kobylagóra aus nach Wartenberg herzustellende Chaussee in Angriff zu nehmen, soll im Handelsministerium nicht gut aufgenommen werden. Der betreffende Decernent in diesem Ministerio, Herr G. R. Schede, schenkt nämlich den Chausseebauten im Süden unserer Provinz auf Grund deren großer Dringlichkeit eine ganz besondere Aufmerksamkeit, wie vielfach versichert wird. — Unsere gehobene Bürgerschule, deren unleugbare Nothwendigkeit in diesen Blättern seit so vielen Jahren schon unablässig nachgewiesen worden, hat ihr erstes Schuljahr glücklich vollendet. Leider ist der Zuspruch aus der Umgegend noch ein sehr geringer, ein Beweis, daß die Bevölkerung der letzteren den Segen der Schulbildung noch nicht recht zu würdigen vermag. Nicht blos der polnische Landmann, sondern auch der polnische Ackerbürger hält „vom Studiren" oder doch Lernen noch immer nicht vielmehr, als vom Obstbau — „das seien Dinge", meint er, „die Einen nicht satt machen." Es wird sich das hoffentlich hier ändern, wenn die Anstalt erst ein Jahrzehent in reger Wirksamkeit gewesen sein wird. Soll aber der Zuzug von außen recht bald besser werden, so wird die polnische Sprache in der Sexta mindestens zu größerer Berücksichtigung kommen müssen, um eben auch den nur polnisch sprechenden Knaben die Aufnahme zu ermöglichen. Namentlich werden die Lehrer dieser Klasse alle im Stande sein müssen, sich dem Zöglinge auch in polnischer Sprache gut verständlich zu machen. Denn wenn auch das deutsche Element im Kreise nicht in dem Grade zurücksteht, wie es nach der großen Platerschen polnischen Geographie der Provinz (Leipzig) den Anschein haben möchte, so haben wir doch sicher noch guten Grund, bei unseren Schulen das polnische Element nach Möglichkeit zu berücksichtigen. In diesem Buche (S. 302) ist nämlich erwähnt, daß in der hiesigen evangelischen Kirche polnischer Gottesdienst stattfindet, ohne daß des ebenfalls stattfindenden deutschen gedacht wäre und daß in der evangelischen Kirche zu Schildberg nur polnisch gepredigt werde, was wohl nur auf einem Irrthum beruht, da unseres Wissens in dieser Kirche allsonntäglich polnisch und deutsch gepredigt wird.

× Schroda, 31. August. [Erhängung; Bestrafung; Cholera.] Wie in Nr. 200 d. Ztg. gemeldet, waren am 25. v. M. mehrere Gebäude im Dorfe Strzeszki abgebrannt. Der Brandstiftung verdächtig war der Maurer Drobert aus Sulencin verhaftet und an das kgl. Kreisgericht in Schroda abgeliefert; derselbe hat sich im Gefängniß erhängt. Drobert hinterläßt Frau und mehrere Kinder. — Vor einiger Zeit beschädigten zwei weibliche Personen die hiesigen Verschönerungs-Anlagen (Promenaden), indem sie wohl an 50 jungen Tannen die Kronen abbrachen resp. abschnitten. Sie wurden beide von dem hiesigen k. Kreisgericht blos mit 14 Tagen Gefängnißbestraft. — Die Cholera tritt hier am Orte sehr heftig auf; das katholische Hospital ist zum Lazareth eingerichtet worden, die evangelische und katholische Schule sind geschlossen. Die hiesigen barmherzigen Schwestern und der katholische Dekan Samarzewski sind in ihren Bestrebungen unermüdlich, den von der Krankheit Ergriffenen mit Rath und That beizustehen. Herr S. läßt aus einem Speisehause stärkende Suppen und bessere Nahrungsmittel an viele Arme und Kranke verabreichen, und beeilt sich, auch den ländlichen Bewohnern hülfreich beizustehen. Ebenso kann dem jetzigen stellvertretenden Bürgermeister Hrn. Jaskowski die Anerkennung nicht versagt werden, daß er Alles aufbietet, um der Epidemie Einhalt zu thun. Rinnsteine, Senkgruben 2c. werden geräumt und die Sanitätsvorschriften ordnungsmäßig gehandhabt.

r Unruhstadt, 31. August. [Städtische Sparkasse.] Nach dem Extrakte aus der Rechnung der hiesigen städtischen Sparkasse beträgt die Einnahme derselben für den Zeitraum vom 1. Juli 1865 bis Ende Juni 1866 12,045 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf., und zwar: 1) an Bestand aus der vorjährigen Rechnung 2531 Thlr. 17 Sgr. 4 Pf., 2) an Kapitalanlagen 3534 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf., 3) an Zinsen von ausgeliehenen Aktivis 711 Thlr. 25 Sgr. 9 Pf., 4) an extraordinären Einnahmen 6 Thlr. 16 Sgr. und 5) an zurückgezahlten Einlagen 5261 Thlr. Die Ausgabe beträgt in demselben Zeitraum 9417 Thlr. 9 Sgr. 3 Pf., und zwar: 1) an Verwaltungskosten 95 Thlr., 2) an ausgezahlten Einlagen 3199 Thlr. 17 Sgr. 4 Pf., 3) an ausgezahlten laufenden Zinsen 444 Thlr. 8 Sgr. 5 Pf., 4) an Extraordinaria 13 Sgr. 6 Pf. und zur 5) zur Verleihung gekommen 5678 Thlr. Es verbleibt demnach ein Bestand von 2628 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf., welcher besteht a) in Bomster Kreisobligationen mit 1550 Thlr. und b) in baaren Beträgen mit 1078 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. Die sämmtlichen Einlagen seit der Errichtung der Kasse vor 13 Jahren bis ult. Juni 1866 betragen 36,564 Thlr. 27 Sgr. Die diesjährige Prämiirung Seitens der Provinzial-Hülfskasse zu Posen für Interessenten der hiesigen Kasse beträgt 110 Thlr. 7 Pf.

Bromberg, 31. August. Von dem königlichen Kriegsministerium, Abtheilung für das Remontewesen, sind zum Ankauf von Remonten im Alter von 3 bis einschließlich 6 Jahren im Bezirke der königlichen Regierung und den angrenzenden Bereichen für dieses Jahr nachstehende Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar: den 10. September in Schwetz, den 12. in Polnisch-Crone, den 13. in Inowraclaw, den 17. in Wirsitz, den 20. in Znin, den 22. in Gnesen, den 24. in Wongrowitz, den 28. in Zirke, den 1. Oktober in Driesen. Die von der Militär-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Fünfter Auszug

aus den Verlustlisten der königlich preußischen Armee, enthaltend sämmtliche der Provinz Posen angehörigen Offiziere und Mannschaften.

Abkürzungen: T. bedeutet „todt". — S. „schwer verwundet". — L. leicht verwundet". — V. „vermißt".

2. Posensches Infanterie-Regiment Nr. 19.

Gefecht bei Kissingen am 10. Juli 1866.

1. Kompagnie. Major von Drigalski, S. Sek.-Lieut. von Bentivegni, S. Feldw. Hoppe aus Rawicz, Kr. Kröben, L. Die Musketiere: Waszak aus Kolaczkowo, Kr. Wreschen, L. Weigt aus Langguhle, Kr. Kröben, S. Waldmeyer aus Przybin, Kr. Fraustadt, T. Kristofiak, V. Zielazny aus Emmchen, Kr. Schrimm, V. Klarczynski aus Ruszko, Kr. Pleschen, L. Limanski aus Zabno, Kr. Schrimm, S. Płotek aus Grabow, Kr. Schildberg, L. Mrówka aus Wieszczyczyn, Kr. Schrimm, S. Jochim aus Wydawy, Kr. Kröben, V. Scholz aus Lissa, Kr. Fraustadt, V. Florek aus Roszky, Kr. Krotoschin, V. Zidorczak aus Brzemików, Kr. Krotoschin, L. Miękisiak aus Brzostow, Kr. Pleschen, V. Maychrzakowski aus Baranow, Kr. Schildberg, L. Grzeszynski aus Szalęka, Kr. Schildberg, L. Benkel a. Zwolno, Kr. Kröben, L. Pietrusiak a. Mócha, Kr. Schrimm, S. — 2. Kompagnie. Sek.-Lieut. Schultze, S. Die Unteroffiziere Rachals aus Rawicz, Kr. Kröben, V. und Dommik aus Lindenstadt, Kr. Birnbaum, V. Die Musketiere: Katarzynski aus Opporowo, Kr. Fraustadt, T. Sobczak aus Grudzielec, Kr. Pleschen, T. Kajewski aus Drobnin, Kr. Fraustadt, L. Poprawa aus Ziemianice, Kr. Schildberg, S. Piętkowski aus Piszząca, Kr. Schrimm, L. Górski aus Golli, Kr. Schrimm, S. Jamroczy aus Przeborow, Kr. Schildberg, L. Weszka aus Wola, Kr. Schildberg, L. Bartkowiak aus Wola Xiązęca, Kr. Schrimm, S. Kowalewski aus Niedzwiaty, Kr. Schrimm, L. Hecek aus Solciatkowo, Kr. Kröben, L. Wróbl aus Pleschen, S. Mendika aus Ostrowo, Kr. Schildberg, S. Tomczak aus Steniewo, Kr. Krotoschin, L. Paul aus Rawicz, Kr. Kröben, V. Schulz aus Koszawo, Kr. Kröben, L. Walkowiak aus Borowo, Kr. Kosten, L. Handtke aus Schnietschen, Kr. Fraustadt, L. Kirste aus Lissa, Kr. Fraustadt, L. Wrzalik aus Kommachau, Kr. Schrimm, L. Brodziak aus Chynow, Kr. Adelnau, V. Stawniak, L. Szafraniak aus Kolaczkiwina, Kreis Kröben, L. Mazurek aus Szelejewo, Kr. Krotoschin, L. Psikus aus Swaliegus, Kr. Adelnau, L. — 3. Kompagnie. Prem.-Lt. von Lettkau, L. Sergeant Stiller, L. Die Musketiere: Mos aus Olczowo, Kreis Schildberg, L. Sniatecki aus Osiek, Kreis Pleschen, L. Dolata aus Fabianowo, Kreis Pleschen, L. Pietrowiak aus Pawlowice, Kr. Fraustadt, V. Szymczak aus Boszkowo, Kreis Adelnau, V. Hęciak aus Uciechów, Kreis Krotoschin, V. Gliemann aus Lissa, Kreis Fraustadt, V. Luczak aus Tanieszница, Kreis Kröben, V. Jaruczewski aus Parzyno, Kr. Schildberg, V. Muskała aus Jutckow, Kr. Schildberg, V. Huppa aus Brody, Kr. Schildberg, V. Chudak aus Luszczanowo, Kr. Pleschen, V. Skopiński aus Rawicz, Kr. Kröben, V. Inner aus Sobotka, Kreis Pleschen, V. Wasielewski aus Czekanow Biskupice szalone Kr. Adelnau, V. Krysiak a. Czekanow Biskupice szalone, Kr. Adelnau, V. — 4. Kompagnie. Hauptm. Halm a. Bromberg, T. Unteroff. Carl Hosemann, L. Die Musketiere: Konarkiewicz aus Cerekwica, Kr. Pleschen, L. Brzesiak aus Chrzanów, Kr. Pleschen, T. Gumpert a. Grudzielec, Hauland, Kr. Pleschen, V. Bojnowicz aus Pogorzella, Kr. Kröben, V. Brząkowski aus Modziejewice, Kr. Wreschen, V. Rzyski aus Goniczko, Kr. Wreschen, V. Niedzwiedz aus Zurbecko, Kr. Kröben, L. Galbierczyk aus Swieca, Kr. Adelnau, V. Jazwiec aus Skalmierzyce, Kr. Adelnau, L. Owczanowski aus Pogorzella, Kr. Krotoschin, V. Zacher aus Weigmannsdorf, Kr. Fraustadt, L. Kurzawa aus Rossoszice, Kr. Adelnau, L. Rossowski a. Kurzno, Kr. Schildberg, L. Schwarz aus Strzyzew, Kr. Schildberg, S. Borowicz aus Mostki, Kr. Schildberg, L. Jowiakowski aus Polwica, Kr. Schroda, L. Kujak aus Kamionek, Kreis Schrimm, L. Torzecki aus Kozmin, Kr. Krotoschin, L. Cieśliński aus Wreschen, V. Rosik a. Brzeznica, Kr. Schrimm, V. Gerlach a. Krotoschin, V. Nowak aus Sokolniki, Kr. Pleschen, L. Konczak aus Pacanowice, Kr. Pleschen, L. Sobkowiak a. Boguslaw, Kr. Kröben, T. Pietrusiak a. Rudnicisko, Kr. Schildberg, L. Pawlikowski a. Gluchowo, Kr. Kosten, V. Plontke aus Szury, Hauland, Kr. Adelnau, L. Kazmirski a. Grabow, Kr. Wreschen, L. — 5. Kompagnie. Uoff. Piepzyski aus Borzencice, Kr. Krotoschin, L. Hornist Haremza a. Slupia, Kr. Schroda, T. Die Musketiere: Grabia a. Kierzno, Kreis Schildberg, T. Kubik aus Westrza, Kreis Adelnau, L. Bystrek aus Schwarzwald, Kr. Adelnau, L. Blasczyk aus Wyszki, Kr. Pleschen, L. Bączynski aus Grabowo, Kr. Schildberg, L. Breyer aus Gerzupia, Kr. Krotoszyn, L. Cierniech aus Studiana, Kr. Schrimm, L. Czerniejewski aus Raymundowo, Kreis Schroda, L. Dopierala aus Czyluz, Kreis Pleschen, L. Duttka aus Leide, Kr. Kröben, L. Dziubalka aus Gr.-Łęka, Kr. Kröben, V. Goląbek aus Izbice, Kr. Kröben, L. Herzmann a. Kempen, Kr. Schildberg, L. Hoch aus Skrzypno, Kr. Pleschen, S. Jakubowski aus Zerkow, Kr. Wreschen, V. Janas aus Nabyszyce, Kr. Adelnau, T. Junik aus Bozacin, Kr. Krotoschin, L. Kaluzny aus Siedlikow, Kr. Schildberg, L. Kasprzak aus Opatow, Kr. Schildberg, L. Kowalski a. Zimino, Kr. Schroda, L. Krawczyk a. Krajkowo, Kr. Schrimm, L. Kromarek a. Granowice, Kr. Adelnau, L. Kropasz a. Konarskie, Kr. Schrimm, L. Owczarski a. Woyciechowo, Kr. Schrimm, L. Strzelec a. Budy, Kr. Krotoschin, L. Weyrauch a. Strzyzew, Kr. Schildberg, T. Wlodarczyk aus Bulakow, Kr. Krotoschin, L. Wosinski aus Kobylin, Kr. Krotoschin, S. Ziemniak aus Noskow, Kreis Pleschen, T. Zuckewicz, L. — — 6. Kompagnie. Pr.-Lieut. v. Uttmann, T. Die Musketiere: Stepaniak aus Kankel, Kr. Fraustadt, T. Cohudy a. Kunowo, Kr. Schrimm, T. Griesche aus Feuerstein, Kr. Fraustadt, T. Uoffz. Sobota a. Zawady, Kr. Kröben, S. Musketiere: Augustyniak a. Theodorowo, Kr. Pleschen L. Dolot aus Bekwitz, Kreis Fraustadt, L. Dropek aus Stotnik, Kreis Wreschen, T. Tambour Gozwinski aus Kröben, S. Musketiere: Grande aus Lissa, Kreis Fraustadt, S. Gauza aus Zerniki, Kr. Wreschen, V. Jas aus Zembcow, Kr. Adelnau, L. Jankowiak aus Chwalencinek, Kr. Pleschen, L. Kiolbassa aus Turzko, Kreis Pleschen, L. Lakomy aus Siedlikow, Kr. Schildberg, L. Majhofer a. Rosenfeld, Kr. Krotoschin, S. Mądrecki a. Rozdrazewo, Kr. Krotoschin, L. Muscelak a Gąsiorowo, Kr. Wreschen, V. Malinowski a. Jaworowo, Kr. Gnesen, L. Niklewicz a. Kozmin, Kr. Krotoschin, V. Olejniczak a. Bialepiątkowo, Kr. Wreschen, L. Obecny a. Kurczen, Kr. Pleschen, L. Szika a. Góra, Kr. Schrimm, L. Szopny aus Szelejewo, Kr. Krotoschin, S. Szymendera aus Wolica-Pusta, Kr. Pleschen, L. Szymkowiak aus Krajewicz, Kr. Kröben, L. Szyska aus Sobialkowo, Kr. Kröben, V. Szostok aus Grzybno, Kreis Schrimm, V. Wojciechowski aus Prochnowo, Kreis Wongrowitz, L. Kalnowski aus Borek, Kreis Krotoschin, V. — 7. Kompagnie. Hauptmann von Zwehl, T. Lieut. Metze II. T. Sergt. Ganowiak aus Niedzwiady, Kr. Schrimm, L. Uoffzr. Andrzewski aus Sulencin, Kr. Schroda, L. Die Musketiere: Galansecki aus Login, Kreis Krotoschin, T. Bloch I. aus Bobrowniki, Kr. Schildberg, T. Bartkowiak a. Gostyn, Kr. Kröben, L. Galęski aus Lenkocin, Kr. Adelnau, S. Janicki aus Kozmin, Kr. Krotoschin, S. Nadol aus Leipe, Kr. Kosten, S. Snusko aus Orkowo, Kr. Schrimm, T. Piskorski aus Boguslawski, Kreis Kröben, S. Mańska aus Smolic, Kr. Kröben, S. Duda aus Neudorf, Kr. Krotoschin, L. Krys a. Goreczki, Kr. Kröben, S. Jarmuszkewicz aus Wreschen, L. Ogoniak, L. Matschula aus Grembanin, Kr. Schildberg, L. Durczewski aus Dlonie, Kr. Kröben, L. Kochanka aus Rogalin, Kr. Schrimm, S. Nowicki aus Rąbczyn, Kr. Kröben, S. Jankowiak a. Orzeszkowo, Kr. Schroda, S. Ratayek a. Wierzbno, Kr. Schrimm, L. Slupinski aus Swiątnik, Kr. Schrimm, L. Bendzioch aus Neu-Karmin, Kr. Pleschen, S. Filipowski aus Swierczyn, Kr. Fraustadt, L. Kunz aus Mlynik, Kr. Adelnau, L. Nowacki aus Russocin, Kreis Schrimm, L. Przybylski aus Bialepiątkowo, Kr. Wreschen, S. Liberacki aus Pleschen, S. Micke aus Zilalin, Kr. Kröben, S. Kaczmarek aus Dalaczyn, Kr. Schrimm, L. Lipczak aus Kolnice, Kr. Pleschen, L. Feige aus Mostki, Kr. Schildberg, L. Nowakowski aus Kozmin, Kreis Krotoschin, V. Goy aus Rawicz, Kr. Kröben, V. — 8. Kompagnie. Unteroffizier Töpli aus Rusko, Kreis Pleschen, L. Die Musketiere: Pakula aus Ludwinowo, Kreis Schrimm, L. Pielat aus Kl.-Wysocko, Kr. Adelnau, L. Thalor aus Turze, Kr. Schildberg, L. Mikolayczyk aus Pospolno, Kr. Wreschen, V. Reim aus Czekanowo, Kreis Adelnau, L. Jankowiak I. aus Borek, Kr. Schrimm, L. Kurzmann aus Izbiczno-Hauland, Kr. Krotoschin, S. Florczak aus Lowencice, Kr. Schrimm, L. Dzikowski aus Boguslawki, Kr. Kröben, S. Fronczyk aus Siemianice, Kr. Schildberg, T. Schulz a. Swiątek, Kr. Schrimm, S. Musketa aus Weine, Kr. Fraustadt, L. Micloch aus Woyciechowo, Kr. Schrimm, L. Bieclewski a. Sarne, Kr. Kröben, T. Pierzak a. Roszkowo, Kr. Pleschen, L. Gerhardt a. Poln.-Lissa, Kr. Fraustadt, L. Makowski aus Skarboszewo, Kr. Wreschen, L. — 9. Kompagnie. V.-Feldwebel Heinke, S. Die Füsiliere: Kalmuczak aus Zakrzewo, Kreis Kröben, T. Kozak aus Dziecmierowo, Kr. Schrimm, T. Kasprowicz aus Mixstadt, Kr. Schildberg S. Górny aus Bnin Kr. Schrimm, S. Hirse aus Rogowo, Kr. Schildberg S. Kania aus Biernatki, Kr. Schrimm, S. Lachmann aus Skarka-Myslniewska, Kr. Schildberg, S. Gabrysiak a. Dombrowo, Kr. Schrimm, S. Langner aus Krotoschin, S. Helwig aus Zimst, Kr. Buk, S. Malusiewski aus Komorze, Kr. Pleschen, S. Reich aus Barow-Hauland, Kreis Schrimm, S. Kaczmarek aus Biniew, Kr. Adelnau, S. Scholz a. Placzkowo, Kr. Kröben, S. Slabolepszy aus Gerekwica, Kr. Pleschen, S. Kaliszan aus Kretkow, Kr. Wreschen, S. Owczarek a. Kurkowo, Kr. Pleschen, T. Fischer aus Kreutsch, Kr. Fraustadt, S. Piasecki aus Borgowo, Kreis Schrimm, S. Switon alias Olek aus Mieliszowka, Kr. Schildberg, S. — 10. Kompagnie. Sek.-Lt. Pfannenberg, S. Vice-Feldw. Andersch aus Konary, Kreis Kröben, S. Die Füsiliere: Toluszak aus Witkowoja, Kreis Schrimm, T. Płaczyński aus Kamionek, Kr. Schrimm, T. Schramm aus Bozegowo, Kr. Schrimm, T. Weigt aus Kröben, T. Woydeniczak aus Gr.-Gorzyce, Kr. Adelnau, T. Andacht a. Radlin, Hauland, Kr. Pleschen, S. Bartniczak aus Pawlowice, Kreis Wreschen, S. Giera aus Gorowo, Kreis Fraustadt, S. Gurny aus Konarskie, Kr. Schrimm, S. Jankowiak aus Sarbinowo, Kr. Kröben, S. Kusz aus Borzęcice, Kr. Krotoschin, S. Kolęda a. Neudorf, Kr. Krotoschin, S. Kocz a. Brzostownice, Kr. Schrimm, S. Mykolayczyk aus Krązki, Kr. Schildberg, S. Nowak aus Baranowo, Kreis Schildberg, S. Najewski II. aus Radzewo, Kr. Schrimm, S. Ptak I. aus Rogoszewo, Kr. Kröben, S. Stróżyk a. Gogolewo, Kr. Kröben, S. Swiatła aus Trzebin, Kreis Schildberg, S. Schramm aus Thorn, Kreis Bromberg, S. Stendera aus Hauland Szezury, Kr. Adelnau, S. Basiński aus Trkusow, Kr. Adelnau, V. Bawolski aus Osiek, Kreis Kröben, V. Maciszyk a. Ciąszczaw, Kr. Pleschen, V. Popielas a. Jarocin, Kr. Pleschen, V. Soikowski aus Nekla, Kreis Schroda, V. Schulz aus Remiszowka, Kreis Schildberg, V. Scheller aus Szymanowo, Kreis Kröben, V. Richlik aus Rozdrazewo, Kr. Krotoschin, V. Tomalik aus Laski, Kr. Schildberg, V. — 11. Kompagnie. Hauptmann Rudolph v. Leszczyński, S. Serg. Ziembinski aus Jarocin, Kr. Pleschen, S. Die Füsiliere: Günther aus Mianowice, Kr. Schildberg, T. Kulczak aus Konaczki, Kr. Kurnik, T. Nowacki a. Boguszyn, Kr. Pleschen, T. Frank a. Sowina, Kr. Pleschen, T. Wirska aus Olokok, Kr. Adesnau, T. Brynk aus Wasowo-Pietrowo, Kr. Buk, S. Jasz aus Zembrowo, Kr. Adelnau, S. Kubacki aus Kuznica, Kreis Schildberg, S. Kowalewski aus Brodnica, Kr. Schrimm, S. Klóstka aus Rzemia, Kr. Schildberg, S. Krukowski aus Zerkow, Kr. Wreschen, S. Liebig aus Racendowo, Kreis Pleschen, S. Marczak aus Franklinowo, Kreis Adelnau, L. Musiellag aus Pawlowice, Kreis Fraustadt, S. Pszczola aus Borowno, Kreis Schildberg, S. Piaskowski aus Slawin, Kreis Adelnau, S. Polomski aus Siedlików, Kreis Schildberg, S. Pohl aus Gombenika, Kreis Krotoschin, S. Urbaniak aus Gałęzewo, Kreis Wreschen, S. Walczak aus Taczanowo, Kreis Pleschen, S. Witczak aus Groß-Przygodzice, Kreis Adelnau, S. Röhl aus Neustadt a. W., Kreis Pleschen, V. — 12. Kompagnie. Vice-Feldwebel Püschel aus Neudorf, Kr. Militsch, S. Die Füsiliere: Pfitzner aus Kobylin, Kr. Krotoschin, T. Woyciechowski aus Grzybno, Kreis Schrimm, S. Kirsch aus Jelitow, Kr. Adelnau, S. Labrzycki aus Pozegowo, Kr. Schrimm, S. Banaszak aus Konarski, Kr. Schrimm, S. Stachowiak aus Rembowo, Kr. Kröben, S. Kasprzak aus Opatow, Kr. Schildberg, S. Nawicki aus Laski, Kr. Schrimm, S. Tabrowski aus Mixstadt, Kr. Schildberg, S. Pierunnek aus Lutogniewo, Kr. Krotoschin, S. Murawski aus Rzeshiekow, Kr. Krotoschin, L. Kobns aus Lojewo, Kr. Kosten, L.

4. Posensches Infanterie-Regiment Nr. 59.

Gefecht bei Uettingen am 26. Juli 1866.

1. Kompagnie. Uoffzr. Freitag aus Sierakowo, Kr Kröben, S. Uoffzr. Hoffmeister aus Kempen, Kr Schildberg, S. Gefr. Glowaczyk aus Sabisz, Kr. Kröben, S. Gefr. Stebner a. Chalup-Hauland, Kr. Schrimm, L. Die Musketiere: Baraniak aus Witobel, Kr. Posen, S. Urbaniak aus Skrzebowo, Kr. Schildberg, S. Baszynski a. Slupce in Polen, T. Manka aus Zytowiecko, Kr. Kröben, L. Wieczorek a. Baszkowo, Kr. Kröben, L. Greulich aus Schwetzkau, Kr. Fraustadt, L. Masur aus Lissa, Kr. Fraustadt, V. Nowak aus Rogalinek, Kr. Schrimm, L. Kordus aus Skokow, Kreis Krotoschin, L. Marcziniak aus Brylewo, Kr. Fraustadt, S. — 2. Kompagnie. Vice-Feldwebel Tecklenburg aus Rawicz, Kr. Kröben, T. Sergt. Sliwinski aus Lissa, Kr. Fraustadt, T. Uoffz. Wilprecht aus Kandlau, Kr. Fraustadt, Die Musketiere: Kadler a. Haugfeld, Kr. Krotoschin, T. Zeuke a. Schwetzkau, Kr. Fraustadt, L. Mroczinski aus Zimino, Kr. Schroda S. Piasniak aus Luschwitz, Kr. Fraustadt, S. Dudziak aus Bodzewko, Kr. Kröben, S. Leszczynski aus Gostyn, Kr. Kröben, L. Musielak aus Sowina, Kreis Pleschen, T. Kontzog aus Siedmiorogowo, Kr. Krotoschin, S. Uzarek, L. Bednarek aus Kruczyn, Kr. Pleschen, S. Nieke aus Schwirnerei, Kr. Fraustadt L. Mergner aus Zakrzewo, Kr. Adelnau, L. — 3. Kompagnie. Die Musketiere: Kapala aus Oszusz, Kr. Krotoschin, T. Klopsch aus Moraczewo, Kr. Fraustadt. T. Gebel aus Nieder-Zedlitz, Kr. Fraustadt, L. Jas aus Zemblow, Kr. Adelnau, S. Strauchmann aus Krotoschin, L. Mizgalski aus Gostyn, Kr. Kröben, S. Kuntz aus Rothdorf, Kr. Kosten, V. Tyca aus Swiba, Kreis Schildberg, V. Pfeiffer aus Orpiszewo, Kreis Krotoschin V. Bartsch aus Szymanowo, Kr. Kröben, L. Klopsch a. Jlgen, Kr Fraustadt, L Manka aus Lutogniewo, Kr. Krotoschin, T. Frankiewicz a. Pleschen, T. Kozielski aus Slomowo, Kr. Pleschen, L. — 4. Kompagnie. Pr.-Lieutenant Freih. v. Bothmar aus Ostrowo, Kr. Adelnau, S. Heimlich aus Krotoschin, S. Woykowski aus Zirkowo, Kr. Wreschen, L. Trennert aus Zduny, Kr. Krotoschin, L. Hoffmann aus Zakrzewo-Hauland, Kr. Schrimm, L. Kokot aus Radlow, Kr. Adelnau, L. Skrzypczak a. Dombrowo, Kr. Schrimm L. Marczewski aus Ostrowo, Kr. Adelnau, L.

Vermischtes.

* In einem Briefe der „Aach. Ztg." heißt es: „General Steinmetz hat seine Frau und alle seine Kinder vor einigen Jahren durch den Tod verloren und aller Ruhm und alle Ehre, die der vortreffliche Mann erworben, erfüllt sein Herz mit tiefem Schmerz, denn es erinnert ihn daran, daß er Niemand besitzt, der Theil an seinen Auszeichnungen hat."

* Die Lycker, in hebräischer Sprache erscheinende, Wochenschrift „Hamaggid" (der Anzeiger) berichtet nachträglich aus Nikolsburg in Mähren von einer weniger bekannt gewordenen edlen That unseres Monarchen, die so recht die herzgewinnende Humanität König Wilhelm's I. veranschaulicht. Als nämlich die preußischen Truppen in die genannte mährische Stadt eingerückt waren, wurde der dortigen Judengemeinde eine Kontribution von 20,000 Gulden auferlegt. Vergebens bemühte sich der Bürgermeister Blau, den unmöglich auszuführenden militärischen Befehl rückgängig zu machen, er konnte nur einen Aufschub von drei Tagen erlangen. Da kam unser König in die Stadt, überzeugte sich von der traurigen Lage der betreffenden Gemeinde und erließ ihr nicht nur die ausgeschriebene Kontribution, sondern beschenkte noch überdies sehr reichlich deren arme Mitglieder, welche persönlich vor Sr. Majestät erscheinen mußten. So viel Liebe und Gerechtigkeit muß alle Welt bezwingen!

* Bern, 28. August. Am 23. d. M. hat sich auf dem Montblanc ein Unglück zugetragen, welches an das auf dem Matterhorn erinnert. Drei junge Engländer, drei Brüder Namens Young, hatten das Wagstück unternommen, den Montblanc ohne Führer zu besteigen. Glücklich kamen sie auch auf seiner Spitze an. Das Wetter war herrlich. Gegen 11½ Uhr Vormittags traten sie den Rückweg an, der bekanntlich die meisten Gefahren bietet. Einer der jungen Männer wollte sehen, ob der Weg nach der Nordseite zu nicht abgekürzt werden könne, und hatte zu

diesem Zwecke einige Stufen in das Eis eingehauen. Als er sich umwandte, um seinen Brüdern zu melden, daß der Rückweg nach dieser Seite unmöglich sei, glitt sein Fuß aus, er stürzte und riß die anderen Brüder, mit welchen er durch ein Seil verbunden war, mit sich den steilen Abhang hinab. Während einer kurzen Zeit war das Hinabgleiten fast eine Vergnügungstour, bald aber langten sie an einer tiefen Gletscherspalte an, über welche sie im Fluge hinwegsetzten, um das Herabgleiten von Neuem fortzusetzen, bis sie endlich von frisch gefallenem Schnee aufgehalten wurden. Jetzt aber trat ein schrecklicher Moment ein. Einer der Brüder war betäubt, und erst die Schreckensbotschaft, daß der jüngste kein Lebenszeichen mehr von sich gebe, rief ihn zur vollständigen Besinnung zurück. Alle Wiederbelebungsversuche an dem jüngsten Bruder waren vergebens, er blieb eine Leiche. Lange Zeit konnten sich die Ueberlebenden von dem todten Bruder nicht trennen; immer kehrten sie wieder zu ihm zurück, um neue Versuche an ihm anzustellen. Endlich aber rückte der Abend heran und meldete sich mit eisiger Kälte. Die Brüder befanden sich zu dieser Zeit auf den Petits Mulets. Der eine, der seine Schneebrille verloren, war fast blind und mußte von dem anderen geführt werden. Dies alles sah man von Chamounix aus, wo man die Unglücklichen für verloren hielt. Erst gegen 6 Uhr Abends entschlossen sich dieselben, den Felsen zu verlassen und den Rückweg anzutreten. Da ereignete sich etwas Unglaubliches, was Niemand aufklären wird, da sich selbst die beiden jungen Leute keine Rechenschaft davon abzulegen wissen: schon 7½ Uhr Abends kamen sie auf Grands Mulets an. Um dies möglich zu machen, mußten sie steile Felsen, Abgründe und Spalten passiren, so daß ihre Rettung vor dem sicheren Verderben fast einem Wunder gleicht. Auf den Grands Mulets trafen sie eine zu ihrer Hülfe von Chamounix aufgebrochene Rettungskarawane an, welche später ihren verunglückten Bruder aufsuchte und auch auffand.

Angekommene Fremde.

Vom 4. September.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Mamroth und Unruh aus Breslau, Moses aus Kosten, Westphal aus Plauen und Slubowski aus Warschau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Kaufmann Schulz aus Berlin, Kalkulator Cohn aus Grätz, die Oberamtmänner Sommerbrodt aus Sorau und Biegler aus Nimkau, k. k. östr. Lieutenant v. Felsenhardt.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Golkowski aus Siekierek, v. Swinarski aus Golaszyn und v. Kaniewski aus Kloni, Rentier v. Cieromski aus Wyciążkowo, Major Rohwedel aus Neisse, Geschäftsführer Krause aus Dirschau.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Alexander aus Frankfurt a. M., Pulvermacher aus Bromberg und Szybilski aus Pleschen.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Harmel aus Lesniewo und Bąkowski aus Skotnik, Propst Krüger aus Neustadt a. W, Assistenzarzt Dr. Jordan aus Böhmen.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Gräbner aus Stettin, Horwitz aus Berlin, Balbarn aus Alt-Strantz und v. Merbeck aus Paris, Ritterschaftsrath v. Winterfeld aus Mur.-Goslin, Artilleriehauptmann v. Brunn.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Przygocki nebst Familie aus Sulmierzyce, v. Raczkowski aus Gaz und v. Bialkowicz aus Golyn, Brigadekommandeur Oberst v. Tholtzig aus Glogau, Hauptmann Burgund aus Neisse, Direktor Pauli aus Düsseldorf, Kaufmann Lindner aus Elberfeld.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Kirstein aus Berlin, Landwirth Lange aus Rawicz, Schauspieler Ahrendt und Opernsänger Holenberg aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Kiszewski aus Trzemeszno und v. Markiewicz aus Chabsko, die Gutspächter v. Swinarski aus Oporowo und v. Walknowski aus Karska, die Inspektoren Spilling aus Murke und Grassmann aus Schwerin a. O.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Potulicki aus Groß-Jeziory, Graf Lącki aus Konin, Sypniewski aus Piotrowo, Stablewski aus Slachcin und Zychlinski aus Targowa-Gorka.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bitte.

Zum Besten der unter unserer Verwaltung stehenden Dr. **Jacob**schen Waisen-Anstalt, in welcher dreißig verwaiste, arme Mädchen evangelischer und katholischer Religion aus hiesiger Stadt erzogen werden, beabsichtigen wir auch in diesem Jahre zu Anfang des Monats Oktober eine Lotterie zu veranstalten.

Zu diesem Zwecke richten wir an die geehrten Frauen und Jungfrauen und Freunde der Waisenanstalt die dringende und ergebenste Bitte: **durch Zuwendung von Handarbeiten und sonstigen geeigneten Gegenständen** unser wohlthätiges Unternehmen gütigst zu unterstützen und die gewährten Gaben an eine der Unterzeichneten im Laufe dieses Monats September gelangen zu lassen. Die Geschenke sollen, außer mit der laufenden Nummer, auch mit den Namen der geehrten Geberinnen und Geber bezeichnet werden.

Loose zu dieser Ausspielung zum Preise von 7½ Sgr. sind bei uns und in der Waisenanstalt in der Neuen-Straße zu bekommen und die Tage und der Ort der Ausstellung der Geschenke und der Verloosung derselben sollen rechtzeitig bekannt gemacht werden.

Posen, den 3. September 1866.

M. Strödel. E. Berger. M. Bielefeld. A. Hiersch. M. Herrmann. D. v. Horn. M. Kohleis. C. Tschuschke.

Familien-Nachrichten.

Unsere am 28. August in **Charlottenburg** stattgehabte Verlobung zeigen wir hierdurch ganz ergebenst an.

Elise Mann — **Frankfurt a. O.**
Louis Dietzel — **Breslau.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen. Herr G. Richter mit Frl. C. Meyerbeer in Wiesbaden.

Geburten. Ein Sohn: Hrn. D. Eppenstein in Berlin, Hrn. Handelsmann Kaselowsky in Berlin. Eine Tochter: Hrn. Prediger Dr. Diko in Berlin, Hrn. Landrath W. v. Hagen in Belgard, Hrn. Schlächtermeister J. Eichler in Berlin, Hrn. Zimmermeister L. Zeitler in Charlottenburg.

Todesfälle. Destillateur H. Matthias in Potsdam, Kaufmann H. L. Wagner in Züllichau, Frau Feldpropst Thielen in Berlin, Frau Ober-Bergrath Ribbentrop in Elbing, Johanniterritter v. Buggenhagen in Vorwerk bei Lassan, Frl. v. Westernhagen, Stiftsdame in Erfurt, Lieutenant Loesewitz in Mschenno, Frau Thierarzt Kreitz in Wrietzen a. O., Frau Hulda Stambke in Neudamm, Frau Prediger Motz in Trebatsch, Rittmeister v. Holleuffer in Salzwedel, Frl. Wanda v. Kummer in Breslau.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 4. September 1866. **(Wolff's telegr. Bureau.)**

		Not. v. 3.
Roggen, höher.		
Herbst	46⅜	45¾
Frühjahr	45⅜	44⅞
Spiritus, besser.		
Herbst	14⅝	14⅔
Frühjahr	15	14⅞
Rüböl, fest.		
Herbst	12 5/24	12⅛
Frühjahr	12 5/24	12⅛

Fondsbörse: Fonds matt.		Not. v. 3.
Amerikaner	77⅜	77¼
Staatsschuldscheine	84¼	85
Neue Posener 4% Pfandbriefe	89¾	89¾
Russische Banknoten	74⅜	74⅛
Russ. Pr.-Anl., alte	84¼	84
do. do. neue	80¾	80½

Kanalliste: Nicht gemeldet.

Stettin, den 4. September 1866. **(Marcuse & Maass.)**

		Not. v. 3.
Weizen, unverändert.		
Septbr.-Oktbr.	68¾	68¾
Oktbr.-Novbr.	67½	67¾
Frühjahr 1867	68	67¾
Roggen, fest.		
Septbr.-Oktbr.	44¼	44
Oktbr.-Novbr.	44¼	44
Frühjahr 1867	44½	44

		Not. v. 3.
Rüböl, matt.		
Septbr.-Oktbr.	12	12 1/24
April-Mai 1867	12¼	12¼
Spiritus, ruhig.		
Septbr.-Oktbr.	14¼	14¼
Oktbr.-Novbr.	14 1/12	14 1/12
Frühjahr 1867	14½	14⅝

Börse zu Posen

am 4. September 1866.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 89¾ Gd., do. Rentenbriefe 90¼ Gd., polnische Banknoten 74⅛ Gd.

Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pfd.] gekündigt 50 Wispel, pr. September 41 Br., 40½ Gd., Septbr.-Oktbr. 41 Br., 40½ Gd., Herbst 41 Br., 40 7/12 Gd., Oktbr.-Novbr. 40 Br. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 40 Br. u. Gd., Dezbr. 1866/Jan. 1867 40½ Br.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gekündigt 75,000 Quart, pr. Septbr. 13⅔ Gd. u. Br., Oktbr. 13⅔ Br. u. Gd., Novbr. 13 7/12 bz. u. Br., Dezbr. 13 7/12 bz., ⅛ Br., Jan. 1867 13 7/12 Br. u. Gd., Febr. 1867 13 7/12 Gd.

Produkten-Börse.

Berlin, 3. Septbr. Wind: W. Barometer: 27¹¹. Thermometer: früh 12° +. Witterung: Sich aufklärend.

Die Preise für Roggen haben sich heute neuerdings sichtlich gebessert. Die Kauflust zeigte sich namentlich im Beginn des Marktes rege und scheute nicht vor erhöhten Forderungen zurück. Nach Befriedigung des dringlicheren Begehrs trat eine Erschlaffung ein, die indessen schließlich wieder beinahe gänzlich überwunden wurde. Im Effektivgeschäft war der Umsatz einigermaßen lebhaft; es ist manches für den Export gekauft worden. Gekündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 45¾ Rt.

Rüböl in matter Haltung und auf alle Sichten kaum preishaltend.

Spiritus hat sich bei äußerst zurückhaltenden Offerten nicht nur gut behauptet, sondern theilweise noch etwas weiter im Werthe gebessert, es ist indessen nicht viel umgesetzt worden. Gekündigt 100,000 Quart. Kündigungspreis 14 17/24 Rt.

Weizen loko zu festen Preisen rege umgesetzt, Termine höher.

Hafer loko unverändert, Termine leblos. Gekündigt 600 Ctr. Kündigungspreis 24 Rt.

Weizen loko p. 2100 Pfd. 50—74 Rt. nach Qualität, bunter poln. 60, weißbunter do. 71½, gelber uckermärk. 68 Rt. ab Bahn bz., schwimmend poln. 60 Rt. bz., p. 2000 Pfd. Septbr.-Oktbr. 65 Rt. Br., 64½ Gd., Oktbr.-Novbr. 64½ Br., Novbr.-Dezbr. do., April-Mai 64½ a ¾ bz. u. Gd., 64 Br.

Roggen p. 2000 Pfd. loko 79/82pfd. 46 a ⅛ Rt. ab Bahn und ab Kahn bz., abgel. Anmeld. 45¾ Rt. bz., vor dem Kanal 79pfd. 46 Rt., im Kanal 80/82pfd. 46¼ Rt. bz., Septbr. 46 a 45⅝ a 46 Rt. bz., Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. do., Oktbr.-Novbr. 45⅝ a ⅛ a ½ bz., Novbr.-Dezbr. 45¼ a 45 a ⅜ bz., Frühjahr 44⅞ a ¼ a 45 bz.

Gerste loko p. 1750 Pfd. 38—44 Rt.

Hafer loko p. 1200 Pfd. 23 a 27 Rt., schles. 24 a ½, feiner schles. 26 Rt., poln. 24 a ¼ Rt. ab Bahn bz., Septbr. 24 Rt. nominell, Septbr.-Oktbr. 23¾ Rt. do., Oktbr.-Novbr. do., Novbr.-Dezbr. do., Frühjahr 24 Rt. do.

Erbsen p. 2250 Pfd. Kochwaare 50—64 Rt., Futterwaare do.

Raps p. 1800 Pfd. loko poln. 75 a 83 Rt. ab Bahn bz.

Rübsen Winter- loko poln. 73 Rt. ab Bahn bz.

Rüböl loko p. 100 Pfd. ohne Faß 12⅛ Rt. Br., Septbr. 12 7/24 bz., Septbr.-Oktbr. 12 5/24 a ⅙ bz., Oktbr.-Novbr. 12⅛ a 1/12 bz., Novbr.-Dezbr. do., April-Mai 12⅛ a ⅛ a ⅙ bz.

Leinöl loko 14⅜ Rt.

Spiritus p. 8000 % loko ohne Faß 15¼ Rt. bz., Septbr. 14¾ a ⅝ a ¾ bz., Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. do., Oktbr.-Novbr. 14 7/12 a ½ a 13/24 bz., 7/12 Br., ½ Gd., Novbr.-Dezbr. 14 13/24 a ⅝ a 7/12 bz. u. Gd., ½ Br., April-Mai 14 11/12 a ⅞ a 23/24 bz., 15 Br., 14 11/12 Gd.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 4⅝—4 Rt., Nr. 0. u. 1. 4⅛—3⅞ Rt., Roggenmehl Nr. 1. 3⅞—3⅛ Rt., Nr. 0. und 1. 3 7/12—5/12 Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert. Bei kaum behaupteten Preisen wenig Geschäft. (B. H. Z.)

Stettin, 3. Sept. **An der Börse.** [Amtlicher Börsenbericht.] Wetter: Regnigt. + 15° R. Barometer: 27" 9"'. Wind: SW.

Weizen fest und etwas höher, loko p. 85pfd. gelber alter 66—69 Rt., neuer 65—68 Rt., 83/85pfd. gelber pr. Septbr. 69½ Gd., Septbr.-Oktbr. 68½, ¾ bz. u. Gd., Oktbr.-Novbr. 67½ Gd., Frühjahr 67½ Gd.

Roggen höher bezahlt, p. 2000 Pfd. loko 43—44 Rt., pr. Septbr., Septbr.-Oktbr. und Oktbr.-Novbr. 44 bz. u. Gd., pr. Frühjahr 44, 44¼ bz.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Winterrübsen loko 77—82½ Rt. bz., pr. Septbr.-Oktbr. 82, 82½ bz., 82 Gd.

Rüböl fest, loko 12½ Rt. Br., pr. Septbr.-Oktbr. 12 1/24 bz. u. Gd, Oktbr.-Novbr. 12 1/24 bz., 1/12 Br., Novbr.-Dezbr. do., April-Mai 12¼ Br.

Spiritus fest, loko ohne Faß 14⅞ Rt. bz., 1 abgel. Anmeld. 14⅛ bz., pr. Septbr. und Septbr.-Oktbr. 14⅛, ¼ bz., Oktbr.-Novbr. 14 Br., Frühjahr 14⅜ bz.

Angemeldet: 200 Wispel Rübsen. (Ostſ.-Ztg.)

Breslau, 3. Septbr. [Produktenmarkt.] Bei vorherrschend lustloser Stimmung waren Preise am heutigen Markte wenig verändert und fanden die belanglosen Angebote nur beschränkte Beachtung.

Weizen wurde wenig beachtet. Wir notiren p. 84 Pfd. weißer 70—90 Sgr., in neuer Waare belanglos angeboten, gelber 70—76—82 Sgr., feinster über Notiz, neuer gelber 66—70—75 Sgr.

Roggen zeigte sich schwach gefragt, p. 84 Pfd. alter 53—56 Sgr., neuer 48—53 Sgr., feinster über Notiz bezahlt.

Gerste blieb vernachlässigt, wir notiren p. 74 Pfd. alte 43—46 Sgr., neue 38—42 Sgr.

Hafer verharrte in matter Stimmung, p. 50 Pfd. alter 26—29 Sgr., neuer 24—27 Sgr. bezahlt.

Hülsenfrüchte. Kocherbsen wurden wenig beachtet, 60—65 Sgr., Futtererbsen 48—52 Sgr. p. 90 Pfd.

Wicken offerirt, p. 90 Pfd. 50—54 Sgr.

Bohnen waren wenig beachtet, p. 90 Pfd. 110—125 Sgr., feinste über Notiz.

Lupinen ohne Umsatz.

Buchweizen wenig beachtet, p. 70 Pfd. 46—52 Sgr. nominell.

Oelsaaten waren in vorherrschend flauer Stimmung, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto Winterrübsen 160—183 Sgr., Winterraps 170—202 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. Sommerrübsen 145—160 Sgr. Leindotter 130—150 Sgr. Schlaglein ohne Handel.

Rapskuchen gefragt, 42—44 Sgr. p. Ctr.

Kleesaat. Wir notiren bei stillem Geschäft roth (alte Waare) 13—14¾ Rt. p. Ctr.

Kartoffel-Spiritus (p. 100 Quart zu 80 % Tralles) 14⅛ Rt. Gd.

Breslau, 3. Septbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen (p. 2000 Pfd.) etwas höher. 1000 Ctr. loko in Auktion 40⅝ bz., pr. Septbr. 40¼ Gd., Septbr.-Oktbr. 40¼—⅛ bz. u. Br., 40¼ Gd., Oktbr.-Novbr. 40¼ bz., Novbr.-Dezbr. 40¼—⅛ bz., Dezbr.-Januar 40¼ Gd., April-Mai 40¾ bz. u. Gd., 41 Br.

Weizen pr. September 59 Br.

Gerste pr. September 39½ Br.

Hafer pr. September 35 Br.

Raps pr. September 95 Br.

Rüböl wenig verändert, gek. 500 Ctr., loko 11 7/12 Br., pr. Septbr. und Septbr.-Oktbr. 11⅝—5/12—11/24 bz. u. Br., Oktbr.-Novbr. und Novbr.-Dezbr. 11½ Br., 11 5/12 bz. u. Gd., Dezbr.-Jan. 11½ Br., April-Mai 11⅛ bz.

Spiritus fest, loko 14⅛ Gd., 14⅓ Br., pr. Septbr. 14⅛ Br., Septbr.-Oktbr. 14 bz., Oktbr.-Novbr. 13 11/12 Br., Novbr.-Dezbr. 13¾ Gd., April-Mai 14 Gd.

Zink fest. Die Börsen-Kommission.

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	198	188	175 Sgr.	p. 150 Pfd. Brutto.
Rübsen, Winterfrucht	180	170	160 „	
do. Sommerfrucht	—	—	— „	
Dotter	150	140	130 „	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 3. Septbr. Wind: SW. Witterung: Bewölkt. Morgens 10° Wärme. Mittags 13° Wärme.

Weizen, alter ganz gesunder 128—133pfd. holl. (83 Pfd. 24 Lth. bis 87 Pfd. Zollgewicht) 66—70 Thlr., feinste Qualität je nach Farbe 1—2 Thlr. über Notiz, weniger ausgewachsen 122—127pfd. holl. (79 Pfd. 27 Lth. bis 83 Pfd. 5 Lth. Zollgewicht) 48—54 Thlr., stark ausgewachsen 40—45 Thlr.

Weizen, frischer 124—128pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Zollgewicht) 60—64 Thlr., 129—131pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 23 Lth. Zollgewicht) 65—68 Thlr.

Roggen 122—125pfd. holl. (80 Pfd. 16 Lth. bis 81 Pfd. 25 Lth. Zollgewicht) 39—40 Thlr.

Große Gerste 38—40 Thlr., feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Futtererbsen p. Wspl. 43—45 Thlr. Kocherbsen 46—48 Thlr.

Hafer p. Schffl. 25—30 Sgr.

Rübsen und Raps ohne Zufuhr.

Spiritus ohne Handel. (Bromb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 3. Septbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt leblos und matt. Weizen pr. Septbr.-Oktbr. 5400 Pfd. netto 118 Bankothaler Br., 117 Gd., pr. Oktbr.-Novbr. 116 Br. u. Gd. Roggen pr. Septbr.-Oktbr. 5000 Pfd. Brutto 70½ Br., 70 Gd., pr. Oktbr.-Novbr. 71½ Br., 70½ Gd. Oel pr. September 26 Br., pr. Oktober 26 Br. u. Gd., pr. Mai 26¼ a 26½. Kaffee sehr ruhig. Zink 1000 Ctr. pr. Oktober specielle Marke, 1000 Ctr. pr. November 13 Mk. 15 Sch. — Wetter: Veränderlich, feucht.

Paris, 3. Septbr., Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rüböl pr. September 97, 50, pr. Oktober-Dezember 98, 00, pr. Januar-April 98, 10. Mehl pr. September 62, 50, pr. November-Dezember 64, 50. Spiritus pr. Oktober-Dezember 52, 50.

Liverpool (via Haag), 3. Septbr., Mittags. (Von Springmann & Comp.) Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Ruhiger Markt.

Middling Amerikanische 13¼, middling Orleans 13¾, fair Dhollerah 9¾, good middling fair Dhollerah 8½, middling Dhollerah 8, Bengal 7, New Dhollerah 10, New Domra 9¾.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1866.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
3. Sept.	Nchm. 2	27" 6"' 73	+12°5	WSW2-3	bedeckt. Ni.
3. „	Abnds. 10	27" 8"' 29	+ 8°7	WSW2-3	ganz heiter.¹)
4. „	Morg. 6	27" 9"' 33	+ 8°4	WSW2-3	bedeckt. Ni.²)

¹) Regenmenge: 3,2 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.
²) „ 0,4 „ „ „ „ „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 3. September 1866 Vormittags 8 Uhr — Fuß 8 Zoll.
„ „ 4. „ „ „ „ — „ 7 „

Strombericht. (Oborniker Brücke.)

Den 3. September. Kahn Nr. 51, Schiffer Mayer, von Stettin nach Posen mit Gütern; Kahn Nr. 4227, Schiffer Schubert, und Kahn Nr. 10,006, Schiffer Berent, beide von Berlin nach Schrimm mit Salz.

Uebersicht

der in Posen ankommenden und abgehenden Posten und Eisenbahnzüge.

Ankommende Posten.	Abgehende Posten.
4 U. 30 M. früh Pers.-Post von Trzemeszno.	7 U. — M. früh Botenpost nach Dombrowka.
4 - 35 - - - - Wreschen.	7 - 30 - - Pers.-Post - Pleschen.
4 - 40 - - - - Wongrowitz.	7 - — - - - - Schwerin a. W.
5 - — - - - - Krotoschin.	7 - 15 - - - - Unruhstadt.
8 - 25 - - - - Obornik.	8 - 10 - - - - Nakel.
8 - 50 - - - Schwerin a. W.	8 - — - - - - Krotoschin.
10 - — - - - - Ostrowo.	8 - 30 - - - - Gnesen.
10 - 15 - - - - Züllichau.	12 - — - Mitt. - - Strzałkowo.
2 - 40 - Nchm. - - Strzałkowo.	1 - — - Nm. - - Gnesen.
3 - — - - - - Gnesen.	6 - — - - - - Obornik.
6 - 40 - - - - Gnesen.	6 - 45 - - - - Ostrowo.
7 - — - - Botenpost - Dombrowka.	7 - 30 - - - - Züllichau.
7 - 30 - - Pers.-Post - Krotoschin.	7 - — - - - Schwerin a. W.
7 - 20 - - - - Unruhstadt.	7 - 15 - - - - Krotoschin.
7 - 5 - - - - Nakel.	10 - 30 - - - - Wongrowitz.
8 - 15 - - - - Pleschen.	11 - 30 - - - - Trzemeszno.
9 - 35 - - - Schwerin a. W.	11 - 30 - - - - Wreschen.

Ankommende Eisenbahnzüge		auf dem Eisenbahnhofe.	Posthofe.	Abgehende Eisenbahnzüge	vom Posthofe.	Eisenbahnhofe.
Pers.-Z. von	Kreuz	5⁵⁰ Vrm.	6 Vrm.	Nach Breslau	5⁴⁰ Vrm.	6 Vrm.
Gem. Z. -	Kreuz	9⁸ -	9⁴⁰ -	- Breslau	8⁴⁴ Vrm.	9⁵¹ Vrm.
Pers.-Z. -	Kreuz	4³⁹ Nm.	4⁵⁰ Nm.	- Breslau	4²⁴ Nm.	4⁴⁹ Nm.
Gem. Z. -	Breslau	9¹⁶ Vrm.	—	- Kreuz	—	12⁴⁸ Nm.
Pers.-Z. -	Breslau	11¹³ Vrm.	11²⁵ Vrm.	- Kreuz	11 Vrm.	11²² Vrm.
Gem. Z. -	Breslau	7⁵⁴ Nm.	—		—	—
Pers. Z. -	Breslau	9²¹ Nm.	9³⁰ Nm.	- Kreuz	9 Nm	9⁴¹ Nm.

Nachtrag.

Berlin, 3. September, Abends. Benedetti ist in Folge einer Depesche gestern Mittag nach Paris abgereist.

Der König hat dem Grafen von der Goltz eine längere Audienz ertheilt.

Bayern hat gestern die erste Rate der Kriegskosten eingesandt; mit derselben ist Graf Bray eingetroffen. (Wolffs Tel.-Bür.)

Telegramm.

Berlin, 4. September. Der Abschluß des Friedens zwischen Preußen und Darmstadt ist gestern Mittag hier erfolgt.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 3. September 1866.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	97¾ bz
Staats-Anl. 1859	5	102¾ bz
do. 54, 55, 57	4½	97¾ bz
do. 56, 1859	4½	97¾ B
do. 1864	4½	97¾ bz
do. 50, 52 conv.	4	89¾ bz
do. 1853	4	89¾ bz
do. 1862	4	89¾ bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	124 bz
Staats-Schuldsch.	3½	85 bz
Kur-u Neum. Schldv	3½	83 bz
Oder-Deichb.-Obl.	4½	— —
Berl. Stadt-Obl.	4½	98½ bz 5% 102¼ [bz
do. do.	3½	83 bz
Berl. Börsenh.-Obl.	5	101 bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-	3½	81⅜ bz
Märkische	4	91¼ bz
Ostpreußische	3½	79 G
do.	4	87¼ bz
Pommersche	3½	82 bz
do. neue	4	91 bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	89¾ bz
Schlesische	3½	87⅛ G
do. Litt. A.	3½	— —
Westpreußische	3½	79 G
do.	4	87 bz
do. neue	4	86 G
do. do.	4½	93½ bz
Rentenbriefe: Kur-u Neumärk.	4	91⅜ bz
Pommersche	4	91¼ bz
Posensche	4	90⅛ bz
Preußische	4	90⅛ bz
Rhein.-Westf.	4	95 G
Sächsische	4	91½ bz
Schlesische	4	93 bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	48½ bz
do. National-Anl.	5	53¾ bz
do. 250 fl. Präm. Ob.	4	59¼ bz
do. 100 fl. Kred. Loose	—	62 B
do. 5prz. Loose (1860)	5	63½-62-½ bz
do. Pr.-Sch. v. 1864	—	36 bz
do. Slb.-Anl. 1864	5	61 G
Italienische Anleihe	5	55⅝-½-⅛ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	63½ bz
6. do.	5	82¾ bz
Englische Anl.	5	86¾ bz
N. Russ. Egl. Anl	3	53 B
do. v. J. 1862	5	87¾ bz
do. 1864	5	93 G
do. engl.	5	91 G
do Pr.-Anl. 1864	5	84 bz, n. 80½ [bz
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	64½ bz
do. kl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	88 etw bz u B
Pfdbr. n. i. SR.	4	61-60¾ bz
Part. O. 500 Fl.	4	87 G
Amerik. Anleihe	6	77⅝-76⅞-77¼ bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	56 B
Neue Bad. 35 fl. Loose	—	30½ etw bz
Dessauer Präm. Anl.	3½	102 B
Lübecker Präm. Anl.	3½	50 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	145 G
Berl. Handels-Ges.	4	107 G
Braunschwg. Bank-	4	85 G
Bremer do.	4	115¼ G
Coburger Kredit-do.	4	92 B
Danzig. Priv.-Bk.	4	107 G
Darmstädter Kred.	4	83 bz
do. Zettel-Bank	4	98½ B
Dessauer Kredit-B.	0	2⅛ B
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	98⅜-⅝ bz
Genfer Kreditbank	4	29⅛ Post bz
Geraer Bank	4	105 B
Gothaer Privat do.	4	98 B
Hannoversche do.	4	84½ B
Königsb. Privatbk.	4	107 G
Leipziger Kreditbk.	4	80½ G
Luxemburger Bank	4	82¾ G
Magdeb. Privatbk.	4	95 G
Meininger Kreditbk.	4	95½ B
Moldau. Land. Bk.	4	22 B
Norddeutsche do.	4	117½ G
Oestr. Kredit- do.	5	62-61-61½ bz
Pomm. Ritter- do.	4	93 G
Posener Prov. Bank	4	99½ G
Preuß. Bank-Anth.	4½	159¾ bz
Schles. Bankverein	4	110 B
Thüring. Bank	4	65 G
Vereinsbnk. Hamb.	4	108¾ B
Weimar. Bank.	4	97¼ bz
Prß. Hypoth.-Vers.	4	111 B
do. do. Certific.	4½	101 G
do. do. (Henkel)	4½	97 G
Henkelsche Cred. B.	4	94 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	85 B
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	95 B
Aachen-Mastricht	4½	56 bz
do. II. Em.	5	56½ B
Bergisch-Märkische	4½	97 bz
do. II. Ser. (conv.)	4½	96¾ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	76¾ G
do. Lit. B.	3½	76¾ G
do. IV. Ser.	4½	94¾ G
do. V. Ser.	4½	94¼ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	85 bz
do. II. Ser.	4½	93¾ G
Berlin-Anhalt	4	92 G
do.	4½	96½ B
do. Litt. B.	4	94½ B
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	89¼ G
do. Litt. B.	4	89¼ G
do. Litt C.	4	89¼ bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	86½ G
Berl.-Stet. III. Em.	4	86¼ B
do. IV. S. v. St. gar.	4½	96¼ B
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	98 G
do. II. Em.	5	101¼ B
do.	4	89¾ B
do. III. Em.	4	85⅛ bz
do.	4½	96 G
do. IV. Em.	4	85¼ bz u B
do. V. Em.	4	83⅛ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	83 bz
do. III. Em.	4½	— —
do. 1865	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	95 G 1865
Magdeb. Wittenb.	3	68 bz [94⅞ bz
Mosco-Rjäsan S. g.	5	85¼ bz
Niederschles. Märk.	4	90¼ G
do. II. c.	4	— —
do. conv.	4	90¼ G
do. conv. III. Ser.	4	88 B
do. IV. Ser.	4½	97¼ bz
Niederschl. Zweigb.	5	99 B
Nordb., Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	— —
do. Litt. C.	4	89½ G
do. Litt. D.	4	89½ G
do. Litt. E.	3½	79¼ bz
do. Litt. F.	4½	93½ G
Oestr. Französ. St.	3	246¾ G
Oestr. südl. Staatsb.	3	224 bz
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. Prior. Obl.	4½	94½ G
do. 1862	4½	94½ G
do. v. Staat garant	4½	98¼ G
Rhein-Nahe v. St g.	4½	94½ bz
do. II. Em.	4½	94½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
do II. Em.	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	93 G
do. III. Em.	4½	93 G
Thüringer	4	92½ bz
do. II. Ser.	4½	96¾ G
do. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	4½	96¾ G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	— —
Aachen-Mastricht	4	33½ G
Amsterd. Rotterd.	4	107⅛ bz, neue 105¾ [B
Berg. Märk. Lt. A.	4	152 bz
Berlin-Anhalt	4	216½ bz
Berlin-Hamburg	4	159⅛ B
Berl. Potsd. Magd.	4	205 bz
Berlin-Stettin	4	127 bz u G
Berlin-Görlitz	4	75½ bz u B
do. Stamm-Prior.	5	100 bz
Böhm. Westbahn	5	59 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	136 G
Brieg-Neiße	4	98⅛ bz
Cöln-Minden	4	150¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	52¼ bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	5	86 B
Gal. C.-Ludwg.	5	79⅛ bz
Ludwigshaf.-Bexb.	4	147½ B
Magdeb. Halberst.	4	199¾ bz
Magdeb. Leipzig	4	264 bz
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	130 bz
Mecklenburger	4	71 bz u B
Münster-Hammer	4	89 G
Niederschles. Märk.	4	91¼ bz
Niederschl. Zweigb.	4	69¾ B
Nordb., Frd. Wilh.	4	70 Afgetw-69¾ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	167¾ bz
do. Lt. B.	5	148¼ G
Oest. Franz. Staat.	5	96⅛ bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	107¼-6¾-7 bz
Oppeln-Tarnowitz	5	75¾ bz
Rheinische	4	118¾-19¼ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	29 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	77¼ bz
Stargard-Posen	4½	94 B
Thüringer	4	131 bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113¼ bz u G
Gold-Kronen	—	9. 8¼ G
Louisd'or	—	110¾ G
Sovereigns	—	6. 23 G
Napoleonsd'or	—	5. 10¾ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	461¼ bz
Dollars	—	1 1⅛ bz u G
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	30 Th. 2 Sgr G
K. Sächs. Kass. A.	—	— —
Fremde Noten	—	99¾ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	— —
Oestr. Banknoten	—	78¼ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	74⅜ bz u B

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	153½ etwbz, jg. 146 [B
Berl. Eisenb. Fab.	5	97 G
Hörder Hüttenv. A.	5	105 G
Minerva, Brgw. A.	5	34 G
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia	4	— —

Wechsel-Kurse vom 1. Septbr.

Amstrd. 250 fl. 10 T.	6	143⅜ bz
do. 2 M.	6	142⅛ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	4	151⅞ bz
do. do. 2 M.	4	151 bz
London 1 Lstr. 3 M.	7	6 22⅜ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3½	80 5/12 B
Wien 150 fl. 8 T.	6	78⅜ bz
do. do. 2 M.	6	78⅛ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 22 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	4	56 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	6	99⅝ G
do. do. 2 M.	6	99⅛ G
Petersb. 100 R. 3 W.	6½	82½ bz
do. do. 3 M.	6½	80¾ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	5	110⅛ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	74¾ bz

Die Börse war heute in abwartender Stellung in Folge der auswärtigen Nachricht, das Geschäft war geringfügig; Eisenbahnen waren mehr vernachlässigt; preuß. Fonds mehr behauptet; östreichische ziemlich fest, zum Theil auch etwas höher; Italiener waren belebt, ebenso Amerikaner. Der Schluß der Börse war etwas fester.

Breslau, 3. September. In Amerikanern und östreich. Effekten war das Geschäft zu höheren Kursen ziemlich belebt. Eisenbahnaktien und Fonds ohne Umsatz. Russische Valuta wenig verändert.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien 62⅛ bz. Oestreich. Loose 1860 63½ G. dito 1864 —. dito neue Silberanleihe A. 61 B. Amerikaner 77½-⅜ bz. Schles. Bank-Verein 112 B. Breslau-Schweidnitz-Freiburger-Aktien 136½ B. dito Prior.-Oblig. 90¼ B. dito Prior.-Oblig. Lit. D. 93⅜ B 92⅞ G. dito Prior. Oblig. Lit. E. 93⅜ B 92⅞ G. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. dito 5. Em. —. Neiße-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 167½ G. dito Lit. B. —. dito Prior.-Oblig. 90¼ B. dito Prior.-Oblig. 94¼ B 93¾ G. dito Prior.-Oblig. Lit. E. 79¼ B. Oppeln-Tarnowitzer 76 B. Kosel-Oderberger 51 G. dito Prior.-Oblig. —. Oestr. neue Banknoten —. Russische Banknoten —. Warschau-Wien 5⁸⅛ bz u B. Minerva-Bergwerks-Aktien —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Hamburg, 3. September, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Anfangs schwankend, Schluß fest.

Schlußkurse. National-Anleihe 52. Oestreich. Kreditaktien 60¾. Oestreich. 1860er Loose 61½. 3 % Spanier —. 2½ % Spanier —. Mexikaner —. Vereinsbank 108. Norddeutsche Bank 118¾. Rheinische Bahn 118¼. Nordbahn 69½. Finnländische Anleihe —. 1864er russische Prämienanleihe 78½. Neue russische Prämienanleihe 76¼. 6 % Verein. St.-Anl. pr. 1882 69½. Diskonto 3½ %.

Paris, 3. September, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse war unbelebt. Die 3 % Rente, welche zu 69, 90 begonnen, wich schließlich auf Notiz. Pr. Liquidation schlossen italienische Rente zu 56, 10, östr. Staatsbahn zu 362, 50. Credit mobilier zu 667, 50, Lombarden zu 413, 75. Konsols von Mittags 1 Uhr waren 89½ gemeldet.

Schlußkurse. 3 % Rente 69, 85. Italienische 5 % Rente 56, 00. 3 % Spanier —. 1 % Spanier —. Oestr. Staats-Eisenbahnaktien 363, 75. Kredit-mobilier-Aktien 665, 00. Lombard. Eisenbahnaktien 413, 75. Oestr. Anleihe de 1865 312, 00 pr. cpt. 6 % Ver. St. pr. 1882 83¾.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.